

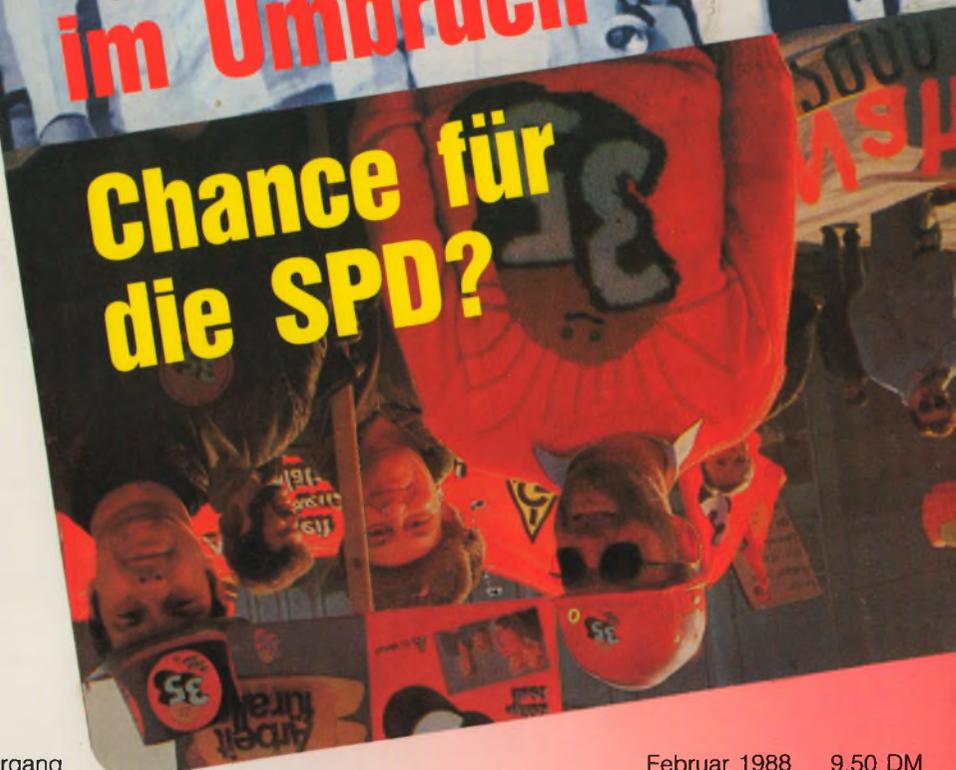


# SPW - 39



## Die Rechte im Umbruch

## Chance für die SPD?





**Herausgeber/Herausgeberinnen:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen:** Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

**Sekretariat:** Christina Hausberg

**Redaktion und Auslieferung:** Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65  
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1988.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Februar 1988.

Die spw erscheint 1988 in 6 Heften mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen ebenfalls 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

**Beilagenhinweis:** Diesem Heft liegt ein Prospekt des *Argument*-Verlages, Berlin/West, bei.

Editorial/Verlagsmitteilungen	3
Diskussionslinien der Zeitschrift spw	5

## Kultur

Michael Karnatz	
<b>Vom Zeitgeist in harten Zeiten</b>	9
Sigurd von Ingersleben	
<b>Einstürzende Neubauten</b>	
Betr. Betroffenheit — das Beispiel »konkret«	14

## Stahlkrise

Helmut Badekow	
<b>Mit der Kasse von Bord</b>	
Zur Vorgeschichte der Stahlkrise	19
Matthias Machnig	
<b>»Es brennt an der Ruhr ...!«</b>	22

## Sexualität

Katharina Gröning	
<b>»Pornographie ist Kriegspropaganda gegen Frauen«</b>	
Zur Antipornographie-Kampagne der Zeitschrift EMMA	26
Sigurd von Ingersleben	
<b>»Daß in den Kirchen gepredigt wird, macht deswegen die Blitzableiter auf ihnen nicht unnötig.«</b>	
Anmerkungen zur linken AIDS-Diskussion	29

## Ökologie und Kampf um die Umwelt

Detlef Bimboes	
<b>Chemie in der Landwirtschaft — Alternativen werden sichtbar!</b>	34
Jochen Zimmer	
<b>Ein Archiv der Umweltgeschichte gegründet</b>	36

## Berlin

Hans Willi Weizen	
<b>Keine Stadt wie jede andere</b>	
Zur Programmdebatte der Sozialdemokratie über Berlin-Perspektiven	39

## Sozialdemokratie

- Thomas Ralf Ewald  
**Zehn Jahre danach —  
 Stamokap-Streit, SPD-Ausschlüsse und die Folgen** 44
- Rainer Christ  
**Steinzeit? Parteiordnungsverfahren in Rheinhessen** 48
- Joachim Günther  
**»... wofür sie besonders schwärmt, wenn es wieder aufgewärmt«  
 Wem nützt das sozialliberale Revival?** 51

## SPD-Programmdiskussion

- Andreas Wehr  
**Marsch zurück!**  
 Anmerkungen zum Seeheimer Beitrag zur Programmdiskussion 53
- Sozialdemokratische Kulturpolitik** 58

## Die Rechte im Umbruch — Chance für die SPD?

- Klaus Naumann  
**Sweet smell of success**  
 Tendenzen und Grenzen einer »Modernisierung« der Union 59
- Wolfgang Fritz Haug  
**Die »aufgeklärte Aufklärung«  
 im Bund mit den »unternehmenden Unternehmern«**  
 Perspektiven einer regierungsfähigen Linken bei Peter Glotz 66
- Ekkehard Bock  
**Neofaschismus und Antifaschismus in Bremerhaven** 76
- Kerstin Schneider  
**Strategien und Perspektiven Le Pens**  
 »Ich kann als einziger die Franzosen noch zum Träumen bringen« 80

## Interview

- »... die tragenden Säulen dieses  
 neokonservativen Denkgebäudes sind zusammengebrochen«**  
 Interview mit Peter Glotz 88

## Besprechung

- Feit, Margret: Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik (H.Reese)* 94
- Über die Autorinn und Autoren 96

## Editorial

Die jüngsten Wahlniederlagen der Union haben die Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg von CDU/CSU neu angefacht. Da steht Geißlers Lagertheorie einer vor allem von der CSU geforderten Unabhängigkeit von der FDP gegenüber. Da ringen die Sozialausschüsse mit der Mittelstandsvereinigung, der »konservative Feminismus« einer Rita Süßmuth mit klerikalen Gruppen um den künftigen Kurs. Die Diskussion kennt kaum ein Tabu: Selbst klassisch sozialdemokratische Forderungen, wie der Ruf nach einem Beschäftigungsprogramm, gehören inzwischen zum Repertoire christdemokratischer Organisationsgliederungen. *Klaus Naumann* zeichnet die Stationen einer »Modernisierung« der Union nach, ein Prozeß, der noch lange nicht abgeschlossen ist.

Der gegenwärtige Umbruch bei den Rechtskräften bringt auch Bewegung am rechtsradikalen Rand. Bei den Bremer Bürgerschaftswahlen war erstmals wieder seit Ende der sechziger Jahre eine neofaschistische Gruppierung auch parlamentarisch erfolgreich. Die Unzulänglichkeiten und Versäumnisse der demokratischen Kräfte bei der Bekämpfung der braunen Gefahr zeigt *Ekkehard Bock* am Beispiel Bremerhaven auf. Was uns bei anhaltender Lethargie noch bevorstehen kann, beschreibt *Kerstin Schneider* in ihrer Analyse des »front national« in Frankreich.

Und die SPD? Wie verhält sie sich angesichts des Umbruchs bei den Rechtskräften? Steht sie nur mosernd abseits, und kritisiert sie das Wildern in ihren ureigenen Jagdgründen oder nutzt sie die Chance, die sich aus der Verunsicherung traditioneller Unionswählerinnen und -wähler ergibt? Nach *Joachim Günther* zieht es einen immer größer werdenden Teil der Partei zurück unter das vertraute Dach einer sozialliberalen Koalition. Angesichts des gegenwärtigen Zustands der FDP würde dies aber mit einem Ende der gerade erst in Gang gekommenen Erneuerung der SPD gleichzusetzen sein. Einen umfassenden strategischen Entwurf für eine Politik der Linken hat *Peter Glotz* im *Spiegel* 51/87 auf gut neun Seiten vorgelegt. Darin führt er interessanterweise die Krise der Linken auch auf die Ausschaltung marxistischer Denktraditionen in der Sozialdemokratie zurück. *Uli Schöler* hat ihn u.a. dazu in einem Interview für spw befragt.

Mit den Vorschlägen von Glotz setzt sich auch *Wolfgang Fritz Haug* auseinander. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Glotz tatsächlich kapitalistische Modernisierung will, sie aber als »Modernisierung des Antikapitalismus« verkleidet. Andreas Wehr

## Verlagsmitteilungen

### Zum II. Jahrgang

Wurde das zehnjährige Bestehen des Projekts eigentlich verschlafen, werden manche vielleicht fragen. Nein, es liegt noch vor uns. Anfang November, am *Wochende vom 5./6. November 1988* voraussichtlich, soll aus Anlaß der Auslieferung des ersten *spw*-Hefts vor genau zehn Jahren in West-Berlin eine kleine Veranstaltung und Feier stattfinden. *Wir laden unsere LeserInnen schon jetzt herzlich zur Teilnahme ein — Termin bitte vormerken!* Näheres werden wir in einem der nächsten Hefte mitteilen.

Im Januar 1978 erfolgte die Konstituierung der *spw*-Redaktion. Das war nur wenige Monate nach dem Parteiausschluß des Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten — Klaus-Uwe Benneter —. Am 17. Januar 1978 fand die »erste Besprechung über die Bildung und Arbeit einer Redaktion der Theorie-Zeitung der Juso-Linken« in der Moltkestraße 21 in Berlin-Lichterfelde statt. Die Idee für den Titel — *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft* — war bereits geboren und blieb in der Folgezeit alternativlos; Burkhard Zimmermann, heute Mitherausgeber, hatte angeregt, in bewußter Bezugnahme auf die Tradition marxistischer Sozialdemokraten in der Weimarer Republik den Titel der von Paul Levi von 1923 bis 1928 herausgegebenen *SPW* zu wählen. Das erste Heft war ursprünglich bereits für April geplant, es dauerte schließlich neun Monate, bis es erschien. Drei Mitglieder der Gründungsredaktion sind noch immer oder erneut dabei: Frank Heidenreich, Michael Karnatz und Dieter Scholz.

In Heft 38 (S. 389) kündigten wir es bereits an: 1988 erscheint die Zeitschrift in sechs Hefen. Format, Umfang und Aufmachung des einzelnen Hefts bleiben unverändert, ebenso der Einzelpreis im Buchhandel (9,50 DM). Im Abonnement beträgt der Preis des Einzelheftes ab dieser Ausgabe 7,50 DM (zzgl. 1 DM Versandkosten) — das Jahresabo 1988 kostet also 51 DM (Ausland 54 DM). Diejenigen AbonnentInnen, die für 1988 noch nicht überwiesen und auch keine Einzugsermächtigung erteilt haben, erinnern wir an die dem letzten Heft beigegefügte Abo-Rechnung und bitten um umgehende Zahlung des Betrags.

### Abo-Werbepremie!

Für jedes neue *spw*-Abonnement gibt es ein Gratisexemplar des Ende 1987 im Argument-Verlag erschienenen Buches von Detlev Albers, *Sozialismus im Westen* (267 S., br., 22 DM) — entweder für die neue Abonnentin/den neuen Abonnenten oder für den Werber/die Werberin. Detlev Albers (Mitglied der Programmkommission beim Parteivorstand) behandelt in den Aufsätzen u.a. die Grundsatzdebatte in der SPD sowie deren Herausforderungen und Perspektiven. Unser Angebot gilt bis zum 1. Juni 1988 (Datum des Poststempels).

# Diskussionslinien der Zeitschrift *spw*

»Me-ti lehrte:

*Umwälzungen finden in Sackgassen statt.*«

Bertolt Brecht, Buch der Wendungen

## Vorbemerkung

In diesem Jahr wird die Zeitschrift *spw* zehn Jahre alt. Die in diesem Zeitraum erschienenen 39 Hefte waren bestimmt von der Absicht, die für die Linke entscheidenden Fragestellungen aufzugreifen und — wenn möglich — ihrer Lösung ein Stück näherzukommen. Entsprechend dem Selbstverständnis der Zeitschrift geschieht dies aus der Sicht linker Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

In den zurückliegenden Jahren hat sich aber auch immer gezeigt, daß das Aufgreifen »entscheidender Fragestellungen« gar nicht so einfach ist. Das als wichtig Erkannte konnte nicht immer auch gleich in Artikel, Berichte, Analysen u.ä. umgesetzt werden. Zu oft waren wir auf zufällige Angebote von Autoren angewiesen, manchmal fehlte auch die Wahrnehmungsfähigkeit, um wirkliche Veränderungen rechtzeitig erkennen zu können.

Als Vierteljahreszeitschrift erschien *spw* zudem zu selten, um sich in laufende Diskussionen der Linken wirksam einschalten zu können. Dieser Mangel konnte inzwischen behoben werden: 1987 erschien *spw* bereits in fünf Ausgaben, ab diesem Jahrgang sind wir eine Zweimonatszeitschrift.

Bringt diese Ausweitung bereits bedeutend mehr Arbeit für die Redaktion mit sich und sind die zusätzlichen Kosten noch lange nicht abgedeckt, so liegen die eigentlichen Aufgaben noch vor uns. Es geht darum, die isolierte Betrachtung einzelner Entwicklungen (neue Technologien, Umweltveränderungen, Produktivkraftverschiebungen usw.) zugunsten des Begreifens der gegenseitigen Bedingungsbeziehungen zu überwinden. Kurz: Die Probleme in ihrer Komplexität zu begreifen. Nur so kann es gelingen, in Auseinandersetzungen orientierend einzugreifen, ja, bestimmte Debatten überhaupt erst anzuregen. Wobei es durchaus Beispiele dafür gibt, wie es uns zu verschiedenen Anlässen schon gelungen ist, eingreifende Diskussionen zu organisieren: Dafür steht die gegenwärtig in der Zeitschrift geführte Auseinandersetzung mit dem neuen Parteiprogramm. Die aktuellen Probleme der Linken (genannt seien hier nur die Veränderungen in der Arbeits- und Lebensweise, die Herausforderungen durch die ökonomischen Strukturveränderungen und vor allem die ungeklärte Perspektive einer rot-grünen Zusammenarbeit) machen aber die Entwicklung von Diskussionslinien auf verschiedenen Ebenen notwendig.

Bei der Erarbeitung solcher Diskussionslinien ließen wir uns von folgenden Prinzipien leiten:

1. Wir halten es für richtig, die Themen in die Form von Fragen zu kleiden, denn tatsächlich stellen die hier angeschnittenen Komplexe offene Fragen dar, die gegenwärtig für die gesamte Linke in der Bundesrepublik ungelöst sind.
2. Die Erarbeitung von Diskussionslinien erfordert eine enge Begrenzung auf die für wesentlich gehaltenen Fragestellungen, da nur so auch die geforderte publizistische Umsetzung gewährleistet werden kann. Die Beschränkung der Themen stellt daher schon selbst eine wichtige inhaltliche Entscheidung dar.
3. Mit diesen Vorschlägen soll die Redaktionsarbeit der Zeitschrift nach außen transparenter werden. Wir fordern vor allem unsere Leserinnen und Leser auf, sich in diese Diskussionen einzuschalten. Die Beantwortung auch nur eines Teils der aufgeworfenen Fragen wird ohne ihre Mitarbeit nicht möglich sein.

## I. Globale Probleme

Wie steht es um die internationalen Bedingungen einer linken Politik in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der globalen Probleme?

- Was sind die Ursachen und Wirkungsweisen der globalen Probleme, insbesondere der Massenvernichtungsmittel, der Entwicklungs- sowie der Ökologie- und Ressourcenproblematik?
- In welchem Verhältnis stehen die gattungsbedrohenden globalen Probleme zur andauernden Realität des Klassenkampfes?
- Ist der Kapitalismus von seiner ökonomischen Gesetzmäßigkeit und seiner politischen Gestaltbarkeit her friedensfähig? Ist die Herausbildung einer Kapitalismusvariante ohne militaristische Prägung möglich?
- Wie kann die sozialdemokratische Nord-Süd-Diskussion aufgegriffen und in einen antiimperialistischen Zusammenhang gestellt werden?
- Welche Ziele muß eine zweite Phase der Entspannungspolitik in der Bundesrepublik haben?
  - Wie kann die ökonomische Kooperation zwischen Ost und West entwickelt werden?
  - Wie ist der Streit der Ideologien von sozialdemokratischer Seite zu führen?
  - Wie sehen die nächsten Schritte zur militärischen Abrüstung aus?

## **II. Ökonomische Strukturveränderungen, Anforderungen an eine neue Wirtschaftspolitik**

- Welche unterschiedlichen nationalen Regulierungsvarianten haben sich herausgebildet?
- Wie verhalten sich diese nationalen Regulierungsvarianten zur Internationalisierung des Handels, der Produktion und der Finanzmärkte? Inwieweit machen diese Internationalisierungsprozesse nationale Regulierungsversuche unwirksam?
- Wie müssen sich Wissenschaft und Technik entwickeln für eine humane, sozial und ökologisch orientierte Zukunft?

Welche Umrisse muß eine neue sozialdemokratische Wirtschaftspolitik besitzen?

- Wie kann die dominierende Weltmarktorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft mit ihrem Beitrag zur Verelendung des Südens zugunsten einer beschäftigungsorientierten europäischen Binnenmarktorientierung abgelöst werden?
- Wie steht die Linke zur europäischen Integration?
- Welche programmatischen Anforderungen sind an ein erneuertes Konzept des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates zu stellen (Strukturveränderungen im Gesundheitswesen, Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen u.a.)?
- Wie können die regionalen Konzepte vorausschauender Strukturpolitik und die Beschäftigungsprogramme zu einer Reformstrategie der aktiven wirtschaftlichen Gestaltung weiterentwickelt werden?
- Wie kann ein ökologisches Umbauprogramm integraler Bestandteil eines alternativen Wirtschaftsprogramms werden?
- Was können öffentliche, gemeinwirtschaftliche, genossenschaftliche und alternative Betriebe und Unternehmen zu der sozialen und ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft beitragen?

### III. Veränderungen der Arbeits- und Lebensweise und Kultur der Veränderung

- Welche Auswirkungen hat die wissenschaftlich-technische Revolution auf den subjektiven Faktor?
  - Bildet sich durch Qualifikationsverschiebungen, Intellektualisierung der Lohnarbeit, Ausweitung des Dienstleistungssektors und durch Vergrößerung der arbeitsfreien Zeit ein neues Selbstverständnis der Lohnabhängigen heraus, das den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital als nicht mehr im Zentrum stehend begreift?
  - Was bedeutet die Feminisierung der Lohnarbeit? Welche kulturellen Umbrüche im Verhältnis der Geschlechter bringt sie mit sich?
  - Welche Anforderungen ergeben sich aus der ethnischen und kulturellen Aufspaltung der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik für eine linke Strategie?
- Wie muß ein »Projekt der Moderne« aussehen, in dem die Entwicklung der Individualität und kultureller Eigenständigkeit mit kollektiven Absicherungen verbunden ist?
- Welche Erfordernisse für politisches Handeln ergeben sich aus der fortbestehenden, alle Bereiche durchdringenden patriarchalischen Struktur unserer Gesellschaft und der sich erst langsam vollziehenden Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter zueinander?
- Wie können wir mit dem »Projekt Gesundheit« konsumistische Ideologien und Ästhetik durchbrechen?

### IV. Linke Bewegung, Parteientwicklung

Wie kann sich ein Block der Veränderung formieren?

- Ist die Hegemonie der Rechtskräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern in eine Krise geraten? Verweisen die Schwierigkeiten des konservativen Blocks in der Bundesrepublik auf eine schwindende Machtbasis oder auf eine Anpassung an veränderte Bedingungen?
- Entspricht die gegenwärtige organisatorische Verfassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften den gegenwärtigen Fragestellungen (Diskussion der Angestelltenfrage in den Gewerkschaften, Rolle der Arbeitsgemeinschaften der SPD, Probleme der betrieblichen Verankerung der SPD)?
- Welches Interesse muß die Linke an der Existenz der Grünen Partei haben?
- Wie können die Frauen- und die Ökologiebewegung Teile eines Blocks der Veränderung bilden, ohne ihre Autonomie aufzugeben?
- Gibt es Möglichkeiten für eine Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten im internationalen Rahmen und zwischen den beiden deutschen Staaten?

## V. Theoretisches Selbstverständnis

Woher kommen wir?

- Wie können die Elemente einer nichtreformistischen bzw. nicht marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung zusammengefügt werden?
- Welche Ansatzpunkte einer Theorie der »Revolution im Westen« sind für uns heute noch wichtig?
- Welche Anforderungen stellen die globalen Probleme der Philosophie?
- Was sind die einzelnen Stationen der Entwicklung marxistischer Kräfte nach 1969 in der SPD, und in welchem Verhältnis stehen sie zueinander?

Die Redaktion der Zeitschrift »spw«

**Uli Schöler**

**OTTO  
BAUER**

**UND**

**SOWJET-  
RUSSLAND**



Galt es nicht über zwei Jahrzehnte hinweg als unumstößliche Tatsache für alle sogenannten „seriösen“ Kremiforscher, daß in der Sowjetunion ein monolithischer Machtapparat herrscht, eine Demokratisierung unmöglich ist? Ist Gorbatschow vom Himmel gefallen?

**Uli Schöler** zeigt, daß **Otto Bauer**, der unbestrittene Führer der zeitgenössischen österreichischen Sozialdemokratie und theoretische Kopf des Austromarxismus die wesentlichen Grundlagen für ein Verständnis der immanenten Demokratisierungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der Sowjetunion gelegt hat.

in einem ausführlichen Interview mit dem zwischenzeitlich verstorbenen Prof. Wolfgang Abendroth werden Ereignisse der 80er Jahre wie etwa die Polenkrise einbezogen. Auch Abendroth plädiert für eine Aktualisierung der Einschätzungen Bauers.



mit einem Interview mit

**Wolfgang  
Abendroth**

Broschur, 100 S., 9,80 DM  
ISBN 3-88107-050-8

— VERLAG BERLIN 47 POSTF. 470552

# Kultur

Michael Karnatz

## Vom Zeitgeist in harten Zeiten

»Was soll ich im Regen singen,  
wenn ich in Champagner baden kann«  
(Werbespruch)

Die Zeitschriften *Tempo* und *Wiener* sind — wie der Zeitgeist selbst — ein Kind des Kapitalismus. Ursprünglich hätte es *eine* Zeitschrift geben sollen, einen deutschen Ableger des österreichischen *Wiener*, aber ein Streit um Besitzanteile entzweite die Verleger Schmid (*Wiener*) und Ganske (*Tempo*), und so erblickten 1986 gleich zwei Zeitschriften in der Bundesrepublik das Licht der Welt, bereit zum Kampf um die Köpfe und den Werbe- und Auflagenkuchen im Marktsegment »Zeitgeist«, jenem »Lebensgefühl einer kaufkräftigen Gruppe zwischen 20 und 40«. <sup>1</sup> Inzwischen sind sie mit zusammen etwa 270 000 verkaufter Auflage noch nicht aus den roten Zahlen gekommen, aber bei *Wiener* ist im Herbst 1987 der Bauer-Verlag eingestiegen — der Kampf wird härter.

Die Linke war mit ihrem Urteil (ideologischer Auswurf der Wendezeit oder Yuppie-Organ) schnell bei der Hand, und dennoch wollte, bestärkt durch die provozierende Machart dieser Blätter, der irritierende Eindruck nicht weichen, hier würde auch im linken Lager ideologisch gewildert. Tatsächlich ordnen sich die Blattmacher selbst dem fortschrittlichen gesellschaftlichen Lager zu, finden sich in beiden Zeitschriften eine Fülle von Reportagen und Artikeln, die den Konservativen keineswegs schmecken können (über Gauweiler, Strauss jr., U-Boot-Affäre, Volkszählung u.a.m.). Und dennoch: Die Linke rümpft die Nase — nein, linke Zeitschriften sind das nicht! Sehen wir uns doch einmal genauer an, was diese Zeitschriften transportieren, und was daran die Linke auf die Palme bringt.

### Der Geschmack von Freizeit und Abenteuer

Gewöhnt an die nur mühsam durchbrochenen Bleiwüsten von linken Theoriezeitschriften, schockiert zunächst die lockere Aufmachung, die große Bedeutung von Fotos, versehen mit wenig Text (Gaddafis Schlafzimmer, die Garage, in der »Apple« entstand, die Zellen von Stammheim, Damenringkampf, der dickste Mann von New York): die Welt als buntes skurriles Panorama. Auf vielen Seiten blicken uns ausdrucksvolle ernste Gesichter an: Schauspieler, Sängerinnen, Galeristen, Maler, Unternehmer — Gesichter und Posen, die zur Identifikation und Nachahmung auffordern.

Fotoserien über Dessous, Parfüms, Bademäntel, Badeanzüge, Schreibtische, Kleidung jeder Art, getragen von schönen Menschen, dazu die Hersteller und die Orte, wo man's kaufen kann — die Welt als großes Kaufhaus. Lebensstil ist das Thema dieser Zeitschriften. Die brennenden Fragen sind: Wie sollen wir leben, uns kleiden, Partner/innen finden, was lesen, was hören, wie die Wohnung einrichten usw. Leben heißt hier natürlich nur leben in der Freizeit, die Arbeitswelt interessiert nur, wenn es sich um die von Künstlern oder Unternehmern handelt, aber bei denen ist ja bekanntlich Arbeit und Freizeit dasselbe!

*Tempo* und *Wiener* bieten also Lebenshilfe für junge Leute in der riesigen unüberschaubaren Welt des Konsums. Es werden Ideen zur Ausgestaltung und Sinngebung des eigenen (Freizeit-)Lebens präsentiert. Ein großer Otto-Katalog der Lebensstile. Der Markt dafür ist vorhanden; denn die Welt ist viel komplizierter geworden (die »neue Unübersichtlichkeit«): Reichte früher ein »Knigge« für das ganze Leben, so überschlagen sich die Moden und Stile heute in rasantem Tempo. *Tempo* und *Wiener* können deshalb auch nicht *den* richtigen Stil verkünden, sie sagen vielmehr: Suche dir aus all dem deinen Stil heraus, bastele ihn dir zusammen, wichtig ist nur, daß du »echt« bleibst. Trends läuft man nicht hinterher, man macht sie: Dialektik von Mode und Individualität.

Die große Bedeutung der Konsumwelt verbindet den Zeitgeist mit der rechten Wendejugend und macht ihn der Linken suspekt. Konsumkritik stand schließlich an der Wiege der 68er-Bewegung, gegeißelt wurden die dummen Arbeiter/innen, die sich ihren Schneid (sprich: Klassenbewußtsein) durch Fernseher und Auto abkaufen ließen, die darüber die hungernden Massen in der Dritten Welt ganz aus den Augen verloren hatten. Spaltete sich ein großer Teil dieser Kritiker dann später zwar ins asketische grüne und weiterentwickelt ins (scheinbar) völlig konsum-entrückte esoterische Lager ab, so machen gedankliche Relikte dieser Konsumverdammung auch der zusammengeschrumpften Linken noch zu schaffen. Denn schien man vor einigen Jahren den gewöhnlichen und den Luxuskonsum noch klar voneinander abgrenzen zu können, so ist diese Grenze mit der Zeit immer undeutlicher geworden, werden heute auch innerhalb der Linken Konsumgewohnheiten gepflegt, die noch vor wenigen Jahren als snobistisch verketzert worden wären. Und so trifft man/frau sich am Ende doch mit dem *Wiener*-Verleger Schmid:

»Ich verbinde mit Sozialismus nicht zwangsläufig Sack und Asche. Auch ich trage gern klassische Anzüge. Sozialismus ist eine innere Einstellung.«<sup>2</sup>

Dieses Einsickern der Trends und Moden in die Linke hinein wird nur ungerne thematisiert. Schlechtes Gewissen gegenüber dem zu-kurz-gekommenen letzten Drittel oder der Dritten Welt oder gegenüber den »verratenen« Idealen? Der Zeitgeist hat damit keine Probleme:

»Die Angst ist weg, sich offen dem sozialen Leistungszwang der 'Bewegungen' zu versagen und sich zu den eigenen, höchst trivialen Gelüsten zu bekennen.«<sup>3</sup>

## Was denkt der Zeitgeist?

*Wiener* und *Tempo* sind nun allerdings mehr als nur Lebensstilkataloge, sie liefern ihren Konsumenten auch die ideologischen Raster und Weltbilder mit, die man braucht, um in diesem harten Leben bestehen zu können. Der Heyne-Verlag umreißt das Zeitgeistspektrum in einer Programmankündigung für eine neue »Szene-Reihe« als »avantgardistisch, progressiv, alternativ«.

Man ist avantgardistisch, setzt Trends, sondiert, was »hip« ist (früher hieß es »in«) und propagiert es. Das bedeutet natürlich Abgrenzung gegen »herrschende« Stile und Sitten, gegen Bürger- und Arbeitermief, da begibt sich schon mal ein unerschrockener Reporter in den Alltagsdschungel zu Aldi und erforscht skurrile Einkaufs- und Konsumgewohnheiten der niederen Schichten oder analysiert Gartenzweig- und Röhrende-Hirsch-Romantik in einer westdeutschen Kleinstadt. — Man ist progressiv, schreitet also munter voran. *Tempo* ist angesagt.

»Während ihre Väter noch zaudern, erwachsen zu werden, haben die Kids schon als software-speedies die ersten Tausender gescheffelt. Total abgeklärt und ohne Bock auf Illusionen, doch mit Lust auf Erfolg — so übt man sich in neuer Beweglichkeit (...) Wir wissen nicht wohin, aber wir werden als erste ankommen!«<sup>4</sup>

Die Befreiung von Moral- und Gesinnungsdruck setzte ungeahnte Energien frei. *Wiener* begann seinen bundesrepublikanischen Einstieg mit dem Motto: »Deutsche unter 40 verändern Deutschland«. Modernität ist angesagt, Kreativität, Leistung. Auch hier ist es nicht weit zur Ellbogenparole der Wende: »Leistung muß sich wieder lohnen.« Die kaum verhohlene Begeisterung für die »Entrepreneurs« (das sind junge, moderne Unternehmer, die etwas unternehmen, nicht nur verwalten wie große Konzerne oder Bürokrationen, die mit neuen, natürlich umweltfreundlichen Produkten neue Märkte erobern) ist so nur zu gut zu verstehen. In dieser Sichtweise sind die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Stahlarbeiter von Rheinhausen als Maschinenstürmer nur mehr von ästhetischem Interesse. »Die Kraft des niedergehenden Zeitalters bäumt sich edel und wunderschön vor der Kamera auf, als tragische Kraft«, kommentiert *Tempo* Arbeiterportraits.<sup>5</sup>

Große Entwürfe und Veränderungen sind suspekt geworden. »Wir haben die Welt durchschaut, wie könnten wir sie da noch verändern?«<sup>6</sup> Die Enttäuschung darüber, wie wenig die moralisch inspirierten kopplastigen Bewegungen der siebziger Jahre erreicht haben, hat Hoffnungen zerstört, daß das Verstehen der Welt überhaupt zu etwas nütze sein kann, und oft sogar bewirkt, daß Vernunft und Begrifflichkeiten generell die Fähigkeit abgesprochen wird, die Welt zu erfassen. Die Hoffnung, die Welt zum Guten verändern zu können, ist schwer erschüttert, und es folgt: »Wenn man Plastik und Beton eh nicht wegwirft — dann ist es am besten, man fährt drauf ab!«<sup>7</sup>

Die Probleme der Welt tauchen bisweilen wohl in den Zeitschriften auf, Berichte über Umweltsuchen, Sozialhilfeempfänger, AIDS, Kriminalität auf St. Pauli dürfen den Lesern schon mal einen kleinen Schauer über den Rücken jagen; aber zu tief will man doch nicht eindringen. Die Berichte sind oberflächlich, plakativ, es regieren auch hier Sprache und Stil der Werbung. Läßt ein Satz Betroffenheit und Engagement er-

kennen, so muß der nächste das ironisch in Frage stellen. Man verspottet Brigitte Nielsen (»Nackt, wie der Chirurg sie schuf«), bietet ihre Aktbilder gleichwohl feil. Der Zeitgeist ist eben auch ein Geist des Unernstes und der Ironie. Jedes Positionenbeziehen, jedes Festlegen wird ängstlich vermieden, denn es könnte sich ja später als falsch erweisen. Enttäuschung wäre womöglich die Folge. Die Furcht vor Enttäuschungen bedrückt um so mehr, als sich jeder nur noch als Einzelkämpfer begreift, Schutz durch Kollektive nicht mehr erwartet oder erhofft wird. Man kann das natürlich auch positiv ausdrücken: »Die Geschwätzigkeit der siebziger Jahre ist gelaufen.« Arjouni (ein 23jähriger Krimiautor): »Nach '68, dem ständigen Diskutieren und Gemeinsammachen, gibt es bei mir und anderen 'ne Lust und 'ne Ästhetik der Einsamkeit.«<sup>8</sup> Und damit sind wir dann auch bei dem Feindbild, dem der Zeitgeist ein Gutteil seines Selbstverständnisses verdankt: der Linken der siebziger Jahre.

### Der Zeitgeist und die Linke

Viel spricht dafür, daß es sich bei diesem Verhältnis auch um ein Phänomen enttäuschter Liebe handelt. Der laute moralische Rigorismus der Linken, ihr pädagogischer Impetus mit dem erhobenen Zeigefinger, ihre fertigen und scheinbar widerspruchsfreien Weltbilder mußten nicht nur bei den Rechten Widerspruch ernten: Das urdeutsche Gespenst, das ständig flüstert: »Wo bleiben die Inhalte? Was hat das politisch zu bedeuten? Ist es legitim?«<sup>9</sup>, kann einen schon nerven. Zeigt sich die Linke nicht lernfähig und stehen die rechten Weltbilder quer zum eigenen Leben, was bleibt dann mehr als die Freude darüber, »daß die konsequenten Weltbilder heute auseinanderbröseln wie alter Käse, daß neue Ideologien schneller zerpfückt, kopiert, verarscht werden, als sie zur »Bewegung« werden können — wunderbar.«<sup>10</sup>

Besonders übel nimmt man der Linken natürlich ihre weinerliche Erfolglosigkeit, ihr sang- und klangloses Abtauchen in die Bedeutungslosigkeit. Es wird gefolgert: »Solange eine Weltanschauung konsumierbar und durchschaubar ist, bleibt sie für dieses System verwertbar — egal, wo sie steht«<sup>11</sup>, und für das eigene Selbstverständnis wird die Wortschöpfung »Frumpie« eingeführt.

»Es steht für Former Radical Upwardly Moving Person. Es beschreibt Leute, die früher radikal dachten, sich aber trotzdem auf eine stinknormale Karriere eingelassen haben ... Leute, die wissen, wo's lang geht, ohne viel Worte darüber zu verlieren, weil das ja nur die Möglichkeit zur Gängelung bedeutet.«<sup>12</sup>

Wer aber auf Hoffnung zur Veränderung dann doch nicht verzichten kann, dem bleibt nur:

»Utopie ist etwas, was man im Kopf hat, was man in seinem Herzen trägt und nicht auf einem Spruchband wie ein Brett vorm Kopf ... Es ist 'ne Haltung, aber kein Programm. An konkreten Dingen kann ich diese Haltung beweisen, aber sonst geht sie keinen was an.«<sup>13</sup>

Angst vor der Vereinnahmung prägt diese Äußerungen; Angst davor, mit seinen Ideen und Bedürfnissen nicht ernst genommen zu werden, die Unsicherheit, Veränderungswünsche und Hoffnungen könnten, auf einen Begriff gebracht, den Auseinandersetzungen nicht standhalten, widerlegt werden. Die Welt der Begriffe und der Sprache scheint von anderen besetzt zu sein, so sicher, daß ein Kampf darum gar nicht lohnt.

Der (auch) theoretische Niedergang der Linken hat das ideologische, symbolische Kampffeld romantischen Ausstiegsmythen und rechten Wendeideologen überlassen. Neue kulturelle und ideologische Trends (ein Stichwort, das jetzt Konjunktur hat: Individualitätsschub) sind lange Zeit hartnäckig ignoriert worden.

Der Zeitgeist von *Tempo* und *Wiener* ist somit *auch* Ausdruck der Subalternität der Linken, ist Folge ihres Unvermögens, im kulturellen Bereich, im Bereich der Moden und Lebensstile, im Bereich der Bilder, der Sprache, der Musik eine der Zeit entsprechende (=moderne) Strategie zu entwickeln. Auf die Leserschaft von *Tempo* und *Wiener* können und müssen wir bei dieser dringlichen Aufgabe nicht von vornherein verzichten. Wenn *Tempo* schreibt: »In jedem von uns steckt ein Hippie — wir alle wollen Harmonie, Geborgenheit, Solidarität und eine intakte Umwelt. Und ein Yuppie, weil Leistung und Ambition längst nicht mehr Vokabeln aus dem Wörterbuch des Unmenschen sind. Sondern etwas mit Kreativität zu tun haben«<sup>14</sup>, so wird klar, daß wir ihre Hoffnungen und ihre Fähigkeiten den Rechten nicht überlassen dürfen.

## Anmerkungen

- 1 Medien 1/88, S.68.
- 2 Ebenda.
- 3 B. Guggenberger: »Liebt, was euch kaputtmacht«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/86, S.17.
- 4 B. Guggenberger: Sein oder Design. West-Berlin 1987, S.17.
- 5 Tempo 1/88, S.38.
- 6 B. Guggenberger: Sein oder Design. West-Berlin 1987, S.26.
- 7 B. Guggenberger: »Liebt, was euch kaputtmacht«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/86, S.18.
- 8 Wiener 11/87, S.97.
- 9 Tempo 7/87, S.3.
- 10 Ebenda.
- 11 Tempo 5/87, S.3.
- 12 Ebenda.
- 13 Tempo 1/87, S.3.
- 14 Tempo 12/87, S.3.

Sigurd von Ingersleben

## Einstürzende Neubauten

Betr. Betroffenheit — das Beispiel »konkret«

### Haltung

Nachdem im August die *Süddeutsche Zeitung* über »Schlüsselerlebnisse mit Sisyphus« (und Grimme-Preisträger) Gert Monheim berichtet und im Oktober die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den eben sechzigjährigen Günter Grass als »Störenfried vom Stamme Sisyphos« gefeiert hatte, schien die Ernennung von Günter Wallraff zum kritischen *Sisyphus* unmittelbar bevorzustehen. Dem kam der Hamburger *Tanälos* zuvor, indem er Wallraff kurzerhand zu seinem *Pelops* erklärte — und sich an seine Demontage machte. War doch ohnehin der auflagensteigernde Vorabdruck aus dem Wallraff-Werk »Der Aufmacher« seinerzeit an den *Spiegel* (und nicht an *konkret*) vergeben worden, obwohl Gremliza als gutbezahlter Ghostwriter dieses Werks fungiert hatte.

Es macht sich schlecht, wenn man fortlaufend der schreibenden Zunft ihre Sprachschlampereien vorhält oder ihr bescheidenes literarisches Niveau geißelt und mit einem Mal selbst als Verfasser eines nicht minder bescheidenen Werks angetroffen wird — Zeit also zur Flucht nach vorn. — In der *Deutschen Volkszeitung* trumpfte Fritz Wolf auf, Gremliza habe

»eine Haltung demontiert, die sich in den letzten Jahren ungehindert auf der Linken ausgebreitet hat (und nicht nur dort: sie tobt sich zum Beispiel auf jeder öffentlich finanzierten Schaubühne dieser Republik aus). Es geht um das Verhältnis von Kunst und Politik. Gremliza rechnet ab mit jener Betroffenheitskultur, die in Wallraff ihren unmittelbaren Ausdruck angenommen hat. Mit jenem Denken, das das Ansteuern von Zielgruppen nach Tagesbedarf schon für eine Kunstleistung hält; auf diesen sozialpflegerischen Hund ist nämlich der Begriff von der 'eingreifenden' Literatur inzwischen gebracht worden. Einer Politik und/oder Kunst, der der gute Wille immer noch mehr gilt als Denk- und Gestaltungsvermögen. Einer linken Kultur, die sich den Widerspruch, den Streit, die Polemik abgewöhnt hat und am liebsten in den versöhnenden Kategorien von Breite und Mitleiden denkt.«

Eine derartige Philippika in einer Zeitung, die Wallraffs aufklärerische Verdienste bislang ausführlich herauszustellen pflegte, erstaunt zumindest. »Er förderte mit seiner bisherigen Tätigkeit Informationen zu Tage, die zweifellos den politischen Kampf in der Bundesrepublik zu stärken vermochten«, hieß es da zuzeiten.

Doch es geht hier nur am Rande um Gremlizas Geschäfte oder um Wolfs Triumph, sondern eher um die Kritik eines Kulturbetriebs, dem beide Herren offenbar die Ausbeutung der Betroffenheit vorwerfen, und einer »Haltung«, die sie auf die Formel »Betroffenheit & Beziehungen« bzw. »Betroffenheitskultur« bringen.

Dabei ist der Begriff der »Betroffenheitskultur« eine Tautologie, ein schwarzer Rabe; denn eine Kultur, die einen nicht betrifft, Kunst, die niemanden etwas angeht, gibt es nicht. Man braucht ja nicht gleich vor Ergriffenheit im Boden zu versinken. Etwas ganz anderes ist die Gefühlsduselei von Leuten, die sonst nichts zu sagen haben; die Kritik daran ist nun aber wirklich nicht neu.

Gremliza und Wolf mahnen (jeder auf seine Weise) eine Kompromißlosigkeit an, die persönliche Betroffenheit unverzüglich in eindeutige Feindbilder umzusetzen hat. Solch politischem Maximalismus erscheint z.B. die endlich erreichte atomare Abrüstung prompt als geglückte Erpressung seitens der USA und als Niederlage der Sowjetunion — wie konkret 1/88 zu entnehmen ist. Dabei geht es in Wirklichkeit um die Erschließung neuer Märkte im Osten, den Niedergang bestimmter Märkte im Westen sowie ganz nebenbei um die erneute Verlagerung der Rüstung auf konventionelle Waffen (nach Beendigung des atomaren Pokers). Übrigens stammt der Begriff der »Weltinnenpolitik« von Willy Brandt.

Gremliza verkündet seinen »Austritt aus der Firma Betroffenheit & Beziehungen« und aus einem »'Gesamtwerk', dessen literarischer Wert Müll und dessen politischer Wert eine Pleite bedeutet«, und dekretiert in aller Bescheidenheit: »Besser, der Arbeiter hat kein Buch im Haus als zehn Konsaliks, fünf Simmels und einen Wallraff.«

### Betroffenheit

Was nun das »Austoben der 'Betroffenheitskultur'« auf den Schaubühnen dieser Republik anlangt, so kann man sich natürlich darüber ärgern, daß Becketts 80. Geburtstag 1986 mit etlichen Inszenierungen seiner Stücke gefeiert wurde — hüben wie drüben. Man kann Becketts »Warten auf Godot« immer noch als Dokument kapitalistischen Niedergangs (für den inzwischen auch die sowjetische Führung und die DKP größere Zeiträume veranschlagen) abtun. Man bringt sich damit aber nicht nur um die literarische Erfahrung von Denkweisen, auf die man schon als politisches Wissen nicht verzichten kann. Man verweigert vor allem die Einsicht in Lebenserfahrungen, denen sich auch der strammste Kommunist nur dann verschließen kann, wenn er die Augen schließt. Und zwar fest.

Umgekehrt kann man O'Caseys »Ende vom Anfang« (seit Jahren auf diversen Bühnen der Bundesrepublik gezeigt, inszeniert von B.K. Tragelehn, DDR) noch immer unbeirrt als komödiantisches Spektakel abtun; konkretistisch (vs. realistisch, versteht sich), also dämlich. Zwei Trottel, denen es in ihrer Borniertheit und Tolpatzschigkeit mühelos gelingt, einen intakten Haushalt binnen kürzester Zeit in einen Schutthaufen zu verwandeln, na und? Und was ist — über die halsbrecherische Komik hinaus — mit der wahrhaft absurden Tragik einer Anmaßung, die nicht begreift, daß der größere Teil des Desasters auf die Unfähigkeit der beiden (Idioten wie du und ich) zurückgeht, die wirklichkeitsimmanenten, begreifbaren Gesetzmäßigkeiten zu erkennen und mit ihnen angemessen umzugehen, was ja nicht Unterwerfung bedeutet. Ganz zu schweigen von der Gehässigkeit und Hinterhältigkeit der beiden untereinander — bald wie im richtigen Leben. Was Wunder, daß Menschen mit einer solchen »Haltung« die Dinge entgleiten und über den Kopf wachsen.

Eine ganze Generation bundesrepublikanischer Linksintellektueller hat gegen Ende der Adenauer-Ära im Zuge der Abkehr vom Existentialismus und der Kritik des Absurdismus ihre Sichtweise auf eine marxistische Orthodoxie einengen lassen, die heute von den gleichen Intellektuellen im Rahmen eines sogenannten »Pluralen Marxismus«

mühsam wieder geöffnet werden soll. — Noch 1960 erschien beispielsweise im *Argument* ein vehementer Verriß von »Hiroshima mon amour« (Buch: Marguérite Duras), der erkennen ließ, daß der Rezensent Resnais' Film nicht einmal verstanden hatte. Wütend war da von einer »Liebe im Dreieck« und einem »barbarischen Ästhetizismus« die Rede — Verdikte, über die man nur lachen kann. Inzwischen erscheinen die Werke der Duras unter anderem bei Stroemfeld/Roter Stern.

Liebe, Wahnsinn, Tod und Verbrechen; Einsamkeit, Krankheit und Lebensekel; Melancholie, Leere und Depression sowie — als deren Kehrseite — Rausch, Leidenschaft und Lust; Stoffe, die allemal ausgehen von der Faszination des Bösen und dessen Schicksalhaftigkeit — das sind die heute aktuellen Themen einer verbitterten »Linken«, die Sinnlichkeit, Gewalt und Individualität zu vereinbaren sucht mit Sensibilität, Lust, und Abgrenzung von der Masse. Die sich auf jeden Fall abgrenzt gegen eine Gesellschaft, deren pures Nützlichkeits- und Kausaldenken als Ursache eines lebensfeindlichen Fortschrittsglaubens begriffen wird, der Emotionalität und Irrationalität (im Sinne genuiner menschlicher Lebensäußerungen) keinen Raum läßt. Von daher rührt die gegenwärtige Attraktivität der sinnfreundlicheren Ästhetik der Bilder und Symbole, Mythen und Märchen — und deren Umsetzung in konsumfreundliche Musik, Moden, Wohnungseinrichtungen oder Kneipen sowie eine *Kunstproduktion*, die den asketischen Realismus der sechziger und siebziger Jahre sang- und klanglos zu Grabe trug — eine Beerdigung dritter Klasse, begleitet vom Trend zu symbolisch-metaphorischer Wirklichkeitserfassung und -deutung; einer neuen Metaphysik der Wahrnehmung, die Semiotiker der streng rationalen Physiologie und Psychologie der Wahrnehmung entgegensetzten.

Natürlich ist der Streit nicht neu, sondern erinnert an Lenins Kritik an Helmholtz' »Theorie der Symbole« in »Materialismus und Empiriokritizismus«. Zu erinnern ist aber auch an Sartres Bemerkung,

»die Erkenntnistheorie ist der schwächste Punkt des Marxismus. Wenn Marx schreibt, 'Die materialistische Weltauffassung bedeute ganz einfach die Auffassung der Natur, so wie sie ohne jeden fremden Zusatz ist', macht er sich zum *objektiven Weltauge* und behauptet damit, die Natur, so wie sie absolut ist, zu betrachten. Nachdem er alle Subjektivität abgestreift und sich der objektiven Wahrheit angeglichen hat, ergeht er sich in einer von Objekt-Menschen bevölkerten Objekt-Weit. (...) Es gibt im Marxismus ein konstituierendes Bewußtsein, daß *a priori* die Rationalität der Welt behauptet (und infolgedessen dem Idealismus verfällt).«

Dieses konstitutive, im Grunde idealistische *Rationalitätspostulat* des Marxismus blendet wesentliche Mechanismen des Erlebens und mithin der Wahrnehmung und der Erkenntnistätigkeit des Individuums aus. Es vernachlässigt die *Dialektik von Rationalität und Irrationalität* ebenso wie die *Dialektik von Materialismus und Idealismus*, obgleich die Kampfformen und Rituale der Arbeiterbewegung von dieser Dialektik ebenso zeugen wie ihre mitunter triumphalistische Presse oder ihre Kunstproduktion.

Von daher erschließt sich die Anziehungskraft einer Analyse der Individualisierung und Subjektivierung, in der beide Kategorien untergebracht sind, methodisch aber eine untergeordnete Rolle spielen: Foucaults Analyse der Machtverhältnisse befaßt sich mit den Resultaten gerade einer strikt rationalen Durchdringung und Organisation der

Lebensverhältnisse, die das zunehmend isolierte Individuum mit einer immer dichteren staatlichen Lenkung der Gesellschaft konfrontiert. Diese Analyse ist in mehreren, unterschiedlich plausiblen Schritten entstanden — daher erklären sich die Vorbehalte gegen Foucaults frühere Werke.

Insgesamt handelt es sich aber um einen gewichtigen Beitrag zu einer (erst noch zu schreibenden) *materialistischen* Ideologietheorie. Der orthodoxe (und das heißt: konservative) Marxismus beläßt es dagegen beim vergleichsweise primitiven Konzept des *subjektiven Faktors*, der — wie gehabt — mit den Kategorien der Eigensucht, Privatheit und Kleinbürgerlichkeit operiert. Die aufschluß- und einflußreichen sozialpsychologischen Analysen von Max Weber, Norbert Elias und Michel Foucault sind ihm gleichgültig, selbst die Methode der *Sekundäranalyse*, mit der sich die Klassiker zeitgenössische *Theorieangebote* aneigneten, wird nicht ins Auge gefaßt.

### Dandies & Flaneure

Wie gedenkt man aber mit den Moden eines ebenso verbitterten wie verwirrten »linken« Zeitgeists umzugehen, wenn nicht durch Annäherung an seine aktuellen Fragestellungen und die korrespondierenden Theorieangebote? Mit Begriffen wie »Betroffenheitskultur« wird nicht erfaßt, was derzeit die Leute umtreibt — sensibilisiert für Erscheinungsformen der Macht, denen sie sich hilflos ausgeliefert fühlen, u.a. mobilisiert von einer Kunstproduktion, deren Perfidie nicht ohne weiteres zu entschlüsseln ist, aber Wirkung zeigt.

Im Gegensatz zu den Schaubühnen dieser Republik, wo sich mehr tut, als Wolf offenbar wahrhaben will, hat sich im Kino eine Spur eingeschliffen, die mit der vorgebliehen Alltäglichkeit der kleinen und großen Gemeinheiten operiert. Sich gegen »Rambo« oder »Cobra verde« zu verwahren, ist einfach, doch schon bei »Blue velvet« scheiden sich die Geister.

In *konkret* 10/87 findet sich ein einfühlsames Portrait Eric Rohmers, »dieses Flaneurs des Films, der mit einer schier gleichgültigen Beharrlichkeit seit Jahren Filme dreht, die ihre Attraktion aus der Alltäglichkeit der Geschichten beziehen«. Diese Präsentation ist ebenso modisch wie naiv. Rohmers Filme sind mit Abstand (d.h. noch weit vor Hamilton) die platteste und zugleich verlogenste Umsetzung wirrer Altmännerträume von unberührten Mädchenkörpern (Kamera) und der Lust an der Verführbarkeit dieser unschuldigen Wesen (Story). Alain Robbe-Grillet wird da mit seiner »Schönen Gefangenen« (an die sich Ulrike Ottinger flugs mit einer lesbischen Variante »Dorian Gray im Spiegel der Boulevardpresse« anhängte) schon deutlicher. Beiden gemein ist die Lust an der Hernehmbarkeit von Frauen und deren Verschlüsselung in einer mehrdeutigen Bildsprache, deren Eindeutigkeit sich erst auf den zweiten Blick erschließt. Wegen seiner »Schönen Gefangenen« wurde Robbe-Grillet als möglicher Autor der »Geschichte der O« gehandelt (*lendemains* 38/39). Nebenbei: Robbe-Grillet saß 1986 in Venedig der Jury vor, die Rohmer mit dem »Goldenen Löwen« auszeichnete.

Von alledem unbeleckt, erscheint dann in *konkret* 12/87 eine Notiz über Pierre Klossowskis »Lebendes Geld« (noch einmal, weil man es schnell überliest: *Lebendes Geld*) — offenbar wiederum einen literarisch ambitionierten Porno, dessen in *konkret* abgebildete Illustration (nach einer Vorlage Klossowskis) eindeutig das »Thema der Geschichte der O« wieder aufnimmt. Klossowski ist der Verfasser von »Kultische und mythische Ursprünge gewisser Sitten der römischen Damen« und ein erkennbarer Liebhaber von Erniedrigungs- und Unterwerfungsphantasien und darf nunmehr als Autor der »Geschichte der O« betrachtet werden. Worauf man auch in Hamburg hätte kommen müssen, statt alberne Rohmer-Lobeshymnen abzdrukken. Doch wie denn, wenn sich der *konkret*-Herausgeber z.B. ein Heft später über »die Bekehrung schwarzer Prostituiertes zu Lohnarbeit und einem fremden Aberglauben« in Kenia mokiert und gleichzeitig Jan Reemtsma mit dem Vorwurf »linker Pornophilie« aufwarten läßt.

»Betroffenheitskultur« — das ist ein schwarzer Rabe, den einer aus dem Hut gezogen hat, als er die weißen Tauben satt war. Die Stilisierung dieses Vogels zum Pleitegeier linker Wahrhaftigkeit dient lediglich zur Ablenkung der Rohmer-Fans, die diesem schwarzen Raben prompt *betroffen* nachstarren, wie er bedrohlich am Himmel des Schönen, Guten, Wahren kreist — während unten auf dem Boden der Tatsachen Grem-liza in aller Ruhe seinen Stall ausmistet: die bisherige Redaktion rausschmeißt, Layout und Inseratenteil seines eigenen Blattes bereinigt (was ja kein Fehler sein muß). Nach Abdruck einiger weiterer Ergebnisadressen in Sachen Wallraff-Beschimpfung verweist Grem-liza auf das sehr kluge Schlußwort in dieser Sache von Thomas Neumann in *Debatte* 12/87 — für solche Angelegenheiten hat man seine Leute — und verbittet sich weitere Leserzuschriften.

# Stahlkrise

Helmut Badekow

## Mit der Kasse von Bord

### Zur Vorgeschichte der Stahlkrise\*

Kurz vor Weihnachten wurde Klöckner-Chef Jörg Alexander Henle gefragt: »Ist es nicht schön, in dieser Republik Unternehmer zu sein?« Der Stahlmanager antwortete: »Ganz zweifellos. Nachdem die jetzige Regierung hier die Führung übernommen hat, lohnt sich Leistung wieder.«

In der Tat kam die jetzige Regierung gerade zur rechten Zeit ins Amt, um den Stahlindustriellen den Rücken freizuhalten für die kritische Endphase ihres Konzepts der verbrannten Erde in den deutschen Montanrevieren. Die Liste der Arbeitsplätze, die allein in Nordrhein-Westfalen wegfallen sollen, ist offiziell schon knapp sechsstellig. Und Rheinhausen zeigt, daß neue Positionen plötzlich ganz oben dazwischengeschoben werden. Dabei kam die »Krise« keineswegs unverhofft. Ludwig Erhard, der Architekt des westdeutschen Wirtschaftssystems nach dem Zweiten Weltkrieg, wollte die Schwerindustrie beim Wiederaufbau sogar links liegenlassen. Er ahnte wohl, daß sie sich eines Tages überleben und dann schwere soziale Verwerfungen verursachen könnte. Der Vater des »Wirtschaftswunders« sah offenbar vorher, daß die kapitalistische Logik der Marktwirtschaft durch das von ihm selbst ausgegebene »soziale« Mäntelchen sich nicht würde ändern, sondern nur verumteln lassen. Und so kam es denn auch im Bereich Eisen und Stahl.

Die Stahlunternehmer, nur kurz interniert wegen ihrer tragenden Rolle im Nazi-Reich, konnten die Ärmel aufkrepeln lassen: Ihr Produkt war der Stoff, aus dem der Wiederaufbau geschmiedet wurde. Nach den silbernen Geschäften mit der Zerstörung herrschten nun goldene Zeiten stahlintensiver Investitionen. Der Preis kletterte, aber der Bedarf trotzdem. Technologische Verfahren zur Rationalisierung waren rar, so daß mehr Produktion auch mehr Beschäftigung bedeutete.

Anfang der sechziger Jahre verschoben sich die Gewichte. Die Zuwächse fielen geringer aus als gewohnt. Während die gesamte Industrie der Bundesrepublik im Zeitraum 1960 bis 1967 ihren Umsatz um 48 Prozent, ihre Nettoproduktion immerhin noch um 28 Prozent steigerte, produzierte die Stahlindustrie — bei unverändertem Umsatz — gerade acht Prozent mehr. Ihre Bedeutung in der Gesamtwirtschaft hatte zu schwinden begonnen — aus einleuchtenden Gründen, die bis heute wirken:

\* Auszugsweise entnommen dem *Gewerkschafter*. Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall 1/88

- Der Wiederaufbau des zerstörten Westeuropas war in seiner (stahlintensiven) Grundphase abgeschlossen.
- Neue Verfahren verminderten den Einsatz des schweren Stahls oder wichen auf Leichtmetall bzw. Kunststoff aus.
- Nach der Aufbauphase waren mehr Verbrauchsgüter gefragt, die ohnehin weniger Stahl benötigen als Anlagen der Produktion oder der Infrastruktur.
- Immer mehr Importe aus den anderen Ländern Westeuropas — die Montanunion von 1953 bildete den ersten »gemeinsamen Markt« und ist noch heute Grundlage der besonders günstigen Sozialpläne — machten Konkurrenzdruck auf die deutschen Produzenten.

Die Stahlunternehmen paßten sich an, indem sie Personal abbauten — was freilich kaum auffiel in einer insgesamt stark wachsenden Wirtschaft. Zugleich stellten sie um auf »höherwertige« Produkte (Flachstahl usw.) und rationalisierten kräftig. Das lohnte sich: In der Periode 1961 bis 1967 waren die Anlagen im Durchschnitt zu »nur« 76 Prozent ausgelastet. Die verkleinerten, aber rationalisierten Kapazitäten kamen in der Phase 1967 bis 1974 auf die traumhafte Auslastung von über 90 Prozent. Diese Zeit phantastischer Rendite nutzten die Stahlunternehmen für eine Rekordproduktion, die 1974 im Spitzenausstoß von 53 Millionen Jahrestonnen Rohstahl gipfelte.

### Von nun an ging's bergab

Als ginge es immer so weiter, beschlossen viele Stahlkonzerne in diesem Rekordjahr den Ausbau ihrer Kapazitäten. Aber schon ein Jahr später brachen die tollen Zahlen in sich zusammen. Die Rohstahlerzeugung schrumpfte allein im Jahre 1975 weltweit um neun, in der EG um 19, in der Bundesrepublik sogar um 24 Prozent. Die Nachfrage blieb aus, weil die Wirtschaft — wegen des ersten »Ölschocks« — weltweit lahmte.

Der Stahlmarkt hat sich seither nicht wieder erholt. Die Kapazitäten erreichten jedoch einen neuen Höchststand: Von 1975 bis 1980 kletterten sie von 62,9 auf 69,3 Millionen Jahrestonnen. Die Folge war ein europaweiter, gnadenloser Verdrängungswettbewerb. Er bedrohte geographisch benachteiligte Standorte in der Bundesrepublik wie etwa die Saar und Bayern und technisch rückständige Anlagen in anderen EG-Ländern.

Da griff die EG-Kommission ein. Produktionsbeschränkungen zunächst auf freiwilliger Basis, seit 1980 dann Zwangsquoten sollten die Katastrophe mildern, die sich zwischen Überkapazität und sinkendem Bedarf abzeichnete. Gewaltige Subventionen in den meisten Ländern hielten viele Stahlproduzenten künstlich am Leben. Gleichzeitig rüsteten die deutschen Konzerne zum Ausstieg aus der maroden Stahlwirtschaft, der sie weit über 100 Jahre Macht und Gewinn verdankten. Sie begannen, das von ihnen in schwere See gesteuerte Schiff zu verlassen:

- Die großen Stahlunternehmen kauften sich mit den in guten Jahren angehäuften Gewinnen in anderen Branchen ein, um ihr Kapital auf die sichere Seite zu bringen.
- Ihre Stahlbereiche machten sie zu selbständigen Firmen bzw. lösten Beherrschungsverträge, um für Verluste nicht mehr aufkommen zu müssen.

So schleichen sich die Konzerne von Bord — unter Mitnahme der Kasse. Und sie

kappen alle Trossen. Die zurückgelassenen Mannschaften sollen auf eigene Faust ins Ungewisse schlingern.

Für die Beschäftigten gibt es — dank des Montanunion-Vertrages — ansehnlich dotierte und aus öffentlichen Mitteln gespeiste Sozialpläne. Das sind aber kaum mehr als Rettungsringe für die einzelnen Mitglieder der jetzigen Belegschaften.

Die Dividenden sprudeln bei den — ehemaligen, muß man inzwischen sagen — Konzernen der Stahlindustrie. Ersatzarbeitsplätze — das entscheidende Stichwort — spielten in den Hauptversammlungen keine Rolle. Klöckner-Chef Henle: »Es ist gar nicht so leicht, geeignete, langfristig rentable Investitionsobjekte zu finden. Es ist manchmal einfacher, dafür das Geld aufzubringen.«

### **Ernst der Lage verkannt**

Schon 1975 wich der Boom der Dauerkrise. Die Arbeitnehmerseite hatte erhebliche Schwierigkeiten, sich darauf einzustellen und — vor allem — eine gemeinsame und überbetriebliche Strategie zu entwickeln. Jeder hoffte, selbst glimpflich davonzukommen. »Nur nicht durch unbedachtes Handeln bei der Konzernmutter auffallen«, lautete, so beobachtete der Hattinger Erste Bevollmächtigte Otto König, die Devise vieler Betriebsräte in den ersten Krisenjahren.

Wo Belegschaften abgebaut, Werke geschlossen wurden, da war der Sozialplan das Hauptinstrument der IG Metall, den Personalabbau zu kanalisieren. 1962 bereits war der erste Sozialplan in der deutschen Stahlindustrie abgeschlossen worden — mit Abfindungen, vorzeitigen Pensionierungen, verkürzten Anwartschaften auf Betriebsrente. Dieses Instrument ist in den 25 Jahren seines Bestehens ausgebaut worden und erlebt seit Beginn dieses Jahrzehnts einen Boom. 1980 konnten von den 19000 Arbeitern, die die Stahlindustrie »ausstieß«, 17 Prozent an einem Sozialplan teilhaben. 1983 (13000 Abgänge) war dieser Anteil bereits auf 62 Prozent gestiegen.

Während die Unternehmer die mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln finanzierte Sozialplanpolitik als Ausdruck ihrer sozialen Verantwortung werten, ist sie innerhalb der IG Metall nicht unumstritten. Rainer Barcikowski, Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung bei Peine + Salzgitter, und sein Stellvertreter Herbert Wittek formulierten ihr Unbehagen so: »Die soziale Abfederung hat den Nachteil, daß viele Kollegen sich über den Ernst der Lage täuschen, daß für sie nicht richtig sichtbar ist, wie tiefgreifend die Veränderungen und Bedrohungen sind.«

### **Vergesellschaftung nötig**

Wie die Probleme gelöst werden könnten, darüber diskutierte denn auch der Gewerkschaftstag 1983 in München. Am Ende der Münchner Stahldebatte war die Meinung nicht mehr geteilt: Die Delegierten bekräftigten bei nur einer Gegenstimme die Forderung, die Stahlindustrie zu vergesellschaften.

Dieser Punkt ging dann konkret in das Stahlpolitische Programm ein, das die IG Metall auf einer Stahlkonferenz 1985 in Mülheim verabschiedete. Kernpunkte des stahl-

politischen Programms der IG-Metall von 1985 sind neben der Vergesellschaftung die Bildung eines nationalen Stahlausschusses, die Ausrichtung der Subventionen auf die Arbeitnehmerinteressen, eine Überlebensgarantie für alle Standorte, das Fortführen der europäischen Stahlmarktordnung. Das Programm soll »die Klammer sein, die uns zusammenhält und uns auf ein gemeinsames Vorgehen verpflichtet«, so Hans Mayr.

In der Debatte gab es keinen Stillstand. Eingepaßt in das Konzept der Vergesellschaftung wurden kurz- und mittelfristige Schritte: Beschäftigungsgesellschaften der Konzerne, an denen sich auch der Staat beteiligt. So sollen Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden, damit die von der Entlassung bedrohten Arbeitnehmer weiterbeschäftigt werden können.

Die Gemeinsamkeit unter den Beschäftigten der Branche und ihren Betriebsräten wuchs, je stärker sich die Krise zuspitzte. Widerstand und Solidarität wurden immer breiter. Auf die Hiobsbotschaften des Jahres 1987 aus dem Ruhrgebiet reagierten nicht mehr nur die unmittelbar Betroffenen, sondern die ganze Region.

## Matthias Machnig

### »Es brennt an der Ruhr ...!«

Rheinhausen, ein Stadtteil von Duisburg, hat in den vergangenen Wochen eine traurige Berühmtheit erlangt. Die dortige Auseinandersetzung ist zum Kennzeichen eines zu bewältigenden Strukturwandels und der Brutalität deutscher Stahlkonzerne geworden. Ein Strukturwandel im Revier muß vollzogen werden, darüber sind sich alle Parteien und politischen Organisationen einig, nur das »Wie« ist umstritten. Die Neokonservativen und Neoliberalen führen zwar den Begriff des Strukturwandels im Munde, betreiben aber eine Politik, die nicht den Wandel, sondern lediglich eine Zerstörung industrieller Strukturen im Ruhrgebiet betreibt. Die klassische sozialdemokratische Sozialplanpolitik bietet ebenfalls keine Perspektiven für notwendige regionale und sektorale strukturpolitische Entscheidungen.

Der Auseinandersetzung um die Montanregionen fällt eine entscheidende Pilotfunktion zu, da vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Krisenprozesse auch andere Branchen und Regionen betroffen sein werden. Ihr kommt damit auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung für die Brechung konservativer Hegemonie zu.

### Stahl und Kohle ohne Zukunft?

In den Montanregionen der Bundesrepublik, insbesondere im Ruhrgebiet, jagt seit langem eine Hiobsbotschaft die andere. Seit 1980 sind in der Eisen- und Stahlindustrie bereits 83000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Inzwischen hat die Auseinandersetzung eine neue Dimension erreicht. Erstmals ist die Vernichtung ganzer Standorte wie Hattingen, Oberhausen oder Rheinhausen geplant.

Damit drohen zum erstenmal Massenentlassungen, denn der geplante Abbau von Arbeitsplätzen kann nicht mehr über die bisher übliche Sozialplanpolitik abgedeckt werden. Der Arbeitsplatzabbau wird in der Öffentlichkeit immer wieder mit sinkender Nachfrage und entsprechend rückläufiger Stahlproduktion legitimiert. Diese Argumentation ist jedoch nur begrenzt stichhaltig. Der Marktanteil der BRD war mit 33 Prozent stabil, und auch zukünftig sind drastische Marktverluste nicht zu erwarten.

Rationalisierungen und konzerninterne Umstrukturierungen stehen im Mittelpunkt der geplanten Arbeitsplatzvernichtungen. Die Stahlkonzerne haben in den letzten Jahren die Strategie verfolgt, den Stahlbereich innerhalb des Gesamtunternehmens zu reduzieren. Durch den Ankauf von Unternehmen in zukunftsorientierten Branchen wurde die Produktionsstruktur diversifiziert. Dies geschah in der Regel außerhalb des Ruhrgebiets und auch außerhalb Nordrhein-Westfalens. Produktinnovation und Diversifikation findet daher nur in einem begrenzten Umfang statt, so daß von einem Innovationsattentismus im Ruhrgebiet ausgegangen werden muß.

Die Gewosstudie stellt darüber hinaus eine Abkopplung der Wachstumsentwicklung des Ruhrgebiets vom Bundesgebiet fest und damit verbunden eine Abkopplung Nordrhein-Westfalens vom nationalen Wachstumsprozeß. Die Krisenbranchen Kohle und Stahl entfalten also Sogwirkung in andere Sektoren.

Auch im Kohlebergbau zeichnen sich in den nächsten Jahren dramatische Entwicklungen ab. Die Bundesregierung kürzt die Subventionen, der Jahrhundertvertrag wurde aufgekündigt.

Die ca. 60000 Arbeitsplätze, die in den nächsten Jahren in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlebergbau zur Disposition stehen, haben auch Konsequenzen für andere Bereiche. Vom Kohlebergbau sind allein 140000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie abhängig, und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaft geht davon aus, daß pro abgebautem Arbeitsplatz in der Stahlindustrie etwa zwei Arbeitsplätze in anderen Bereichen betroffen sind.

Sollten diese Prognosen eintreffen, hätte dies für die Ruhrgebietstädte unabsehbare Konsequenzen. Die Arbeitslosenquote, die in manchen Revierkommunen heute bereits bei 18 Prozent liegt, würde auf weit über 20 Prozent ansteigen. Die soziale Verelendung einer Region, die nach 1945 als Lokomotive der westdeutschen Nachkriegskonjunktur fungierte, wäre die Folge. Für die Jugendlichen, die bereits heute enorme Probleme haben, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen, würde sich die Lehrstellenkatastrophe noch weiter zuspitzen. Kohlebergbau und Stahl- bzw. Eisenindustrie bieten mit 24500 Ausbildungsplätzen den quantitativ größten Anteil auf dem Lehrstellenmarkt.

### »Auf-Ruhr«

Die Betroffenen in den Regionen sind nicht länger bereit, die Beschwichtigungsversuche aus Bonn oder Düsseldorf hinzunehmen. Die Aktionswochen in Rheinhausen und im übrigen Ruhrgebiet haben hinsichtlich der Kampfformen und politischen Breite alles übertroffen, was seit Anfang der fünfziger Jahre an Massenprotest im Ruhrgebiet

mobilisiert wurde. Der Versuch der Unternehmer, durch eine Salamtaktik die unterschiedlichen Stahlstandorte gegeneinander auszuspielen, ist vorerst gescheitert. Die Erkenntnis ist gewachsen, daß neben Hattingen, Oberhausen und Rheinhausen auch die übrigen Standorte betroffen sind.

Nicht allein in Rheinhausen ist es gelungen, breite Massenproteste zu formieren. Die Protestaktionen haben dazu geführt, daß die Konzernleitung zwischenzeitlich ihre angestrebten Schließungspläne zurückgezogen hat. Dies war bei vorangegangenen Auseinandersetzungen bisher nicht gelungen. Dennoch bleibt die weitere Entwicklung offen, denn der Kapitaleseite geht es offenbar um Zeitgewinn, um die Beruhigung der Situation. Zu einem mobilisierenden Abwehrkonzept gegen die von den Neokonservativen betriebene Strategie der marktradikalen Zerstörung alter Industriestrukturen zugunsten einer High-Tech-Orientierung, gibt es keine Alternative. Ein solches Mobilisierungskonzept wird jedoch nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, eine weitreichende demokratische und soziale Innovationsperspektive zu entwickeln.

### **Sozialdemokratische Alternativen?**

Die sozialdemokratische Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen unterscheidet sich häufig nur verbal von konservativen Varianten. In Düsseldorf akzeptiert man grundsätzlich den eingeschlagenen Weg zur Verringerung der Kapazitäten im Stahl- und Kohlebereich, ohne sie an beschäftigungspolitische Initiativen der Konzerne zu binden. Die sozialdemokratische Politik ist als strukturierte Modernisierung mit gewisser staatlicher Flankierung zu kennzeichnen. Trotz großer Wirtschaftsfreundlichkeit (umfassendes unentgeltliches Dienstleistungsprogramm, die Hinnahme von Verstößen gegen Umweltauflagen) kann die Arbeitslosigkeit im Revier nicht gestoppt werden. Die zahlreichen Technologieförderungsprogramme, die fast ausschließlich auf Finanzhilfen für Unternehmen ohne beschäftigungspolitische Auflagen basieren, sind nicht in der Lage, strukturpolitische Perspektiven zu eröffnen. Die finanziellen Hilfen stellen keine Anforderungen bezüglich der Produktinnovation und -diversifikation, sondern überlassen dies eigens den Entscheidungen der privaten UnternehmerInnen oder den Marktkräften. Um Beschäftigungseffekte zu erzielen, wäre eine grundsätzliche Umorientierung der bisherigen Wirtschafts- und Technologiepolitik erforderlich. Die Programme müßten gebündelt, vereinheitlicht und konzentriert verwendet werden. Sie müßten direkt kontrollierbar auf die gewünschten beschäftigungs-, umwelt- und ordnungspolitischen Zielsetzungen ausgerichtet sein, was eine Ausweitung der erforderlichen regionalen Planungs- und Beratungseinrichtungen zur Voraussetzung hätte.

Sicherlich ist Nordrhein-Westfalen allein nicht in der Lage, die Strukturprobleme zu lösen. Aber aus den Reihen der Industriegewerkschaft Metall wird die Konzeptionslosigkeit der nordrhein-westfälischen Strukturpolitik deutlich beklagt; die Forderung nach dem Abschied von den bisher praktizierten Gießkannen-Subventionen wird deutlich formuliert. Auch die politische Unterstützung der Landesregierung wird unverhohlen kritisiert. Zwar bekunden die politisch Verantwortlichen in Düsseldorf auf Kundgebungen die Solidarität der Landesregierung, ohne daß sich jedoch die SPD an

die Spitze der politischen Mobilisierung für den Erhalt der Arbeitsplätze in Kohlebergbau und Stahlindustrie stellt. Das von der Landesregierung in den Bundesrat eingebrachte Zukunftsprogramm Montanregionen (ZIM), das in vier Jahren 500 Millionen DM mobilisieren soll, ist wohl zu gering dimensioniert, um nachhaltige Effekte zu realisieren. Da das ZIM im Bundesrat keine Mehrheit fand, gab die Landesregierung am 10. Dezember 1987 grünes Licht für ein 150 Millionen Projekt. — All diese Maßnahmen lassen klare regionale und sektorale Strukturkonzepte vermissen.

Auch der in den Bundestag eingebrachte Antrag »Arbeit—Leben—Investitionen« sieht für die Montanregionen bundesweit lediglich 1,75 Mrd. DM für die nächsten vier Jahre vor. Alle Entwürfe zeugen von politischer Hilflosigkeit.

Entscheidend wäre allein eine Kopplung von Bestandssicherung und beschäftigungs- und strukturpolitischen Strategien, auf die Bund, Länder und Gemeinden sich gemeinsam verständigen. Die Vergesellschaftung der Stahlindustrie bleibt allerdings nach wie vor eine wichtige Voraussetzung, damit die betrieblichen und regionalen Umstrukturierungsprozesse im Interesse der Beschäftigten verlaufen und demokratisch gestaltet werden können. Mit der Vergesellschaftung ergeben sich wichtige Handlungsspielräume für regionale und strukturpolitische Weichenstellungen.

Eckpfeiler einer fortschrittlichen ökonomischen Entwicklung für das Ruhrgebiet und damit auch für die Stahlindustrie wäre ein Beschäftigungs- und Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP). Das Beschäftigungsprogramm sollte eine Höhe von fünf Milliarden DM besitzen und in ein ZIP von 50 Milliarden DM, bei einer Laufzeit von zehn Jahren, eingebettet sein. Der Beschäftigungseffekt läge bei ca. 170000 Arbeitsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen. Ein solches Programm hätte auch kurzfristige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, da auf Grund des zurückgestellten, aber real vorhandenen Investitionsbedarfs eine Nachfrage sich schnell entwickeln würde.

Das Ruhrgebiet bietet insgesamt ein klassisches Anwendungsfeld für die Entwicklung neuer organisatorischer und technischer Problemlösungen im Umweltbereich, womit gleichzeitig Marktchancen in anderen Bereichen eröffnet werden könnten. Dazu existieren eine Reihe von Anknüpfungspunkten im Ruhrgebiet selbst. Es ist bereits eine Basis für die Entwicklung solcher Technologien vorhanden; es gibt bereits eine Anzahl von Unternehmen, die durchaus eine Spitzenstellung im Bereich Umwelttechnologien einnehmen. Dies gilt es auszubauen. Voraussetzung wäre natürlich eine gezielte Bündelung öffentlicher Nachfrage nach diesen Umwelttechnologien und die Initiierung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durch öffentliche Aufträge mit der Auflage von Produktinnovation und Diversifizierung (Stadterneuerung, Altlastensanierung, öffentlicher Nahverkehr).

# Sexualität

Katharina Gröning

## »Pornographie ist Kriegspropaganda gegen Frauen«

### Zur Antipornographie-Kampagne der Zeitschrift EMMA

Mit der ihr eigenen Professionalität hat EMMA-Herausgeberin Alice Schwarzer eine Antipornographie-Kampagne gestartet und verhalf mit einer präzisen Planung, sowohl was die Medien als auch die Adressaten — EMMA fordert einen Gesetzentwurf — und schließlich die öffentliche Empörung angeht, einem bislang wenig beachteten sozialen Problem zu einer steilen Karriere. Soweit *Bravo Alice!*

Die inhaltliche Argumentation der Kampagne erscheint als konsequente Fortsetzung der Auseinandersetzung um patriarchalische Strukturen innerhalb wie außerhalb der Linken, sowohl was den bürgerlichen Moralkodex, die Theoriebildung zur Sexualität und schließlich die gelebte Praxis angeht. Erinnern wir uns: Die Periode sexueller Liberalisierung in der Bundesrepublik, die Mitte der sechziger Jahre begann und das vermiefte antisexuelle Klima der Adenauer-Ära ablöste, fand ihren institutionellen Höhepunkt mit der Reform des Sexualstrafrechts 1973. Diese Liberalisierung trug einen Januskopf. Die revolutionäre Erkenntnis, daß Liebe und Trieb zwei unabhängige Tatbestände sind, führte zur öffentlichen Höherbewertung der sexuellen Lust, eine Entwicklung, die in der Sexualwissenschaft zugleich als Einbruch des Warenprinzips in das Sexuelle angesehen wird. Beziehungen, vor allem Sexualität, erschienen konsumierbar, beliebig steigerbar und letztlich unverbindlich: Nehmen, Gebrauchen, Wegwerfen — in Liebe und Erotik schlichen sich die Prinzipien des kapitalistischen Tauschaktes ein.

Andererseits ermöglichte diese Entwicklung der bundesdeutschen Linken die Utopie einer Verknüpfung von gesellschaftlicher und sexueller Emanzipation. Studentenbewegung und APO sind nicht denkbar ohne die Arbeit von Herbert Marcuse »Triebstruktur und Gesellschaft«, ohne die Wiederentdeckung und Neubewertung von Marxismus und Psychoanalyse. Daß die in der Linken gelebten Praxen zwischen Frauen und Männern zu einer neuen Stufe patriarchalischer Vergesellschaftung führten, darüber ist bereits viel geschrieben worden. Das antisexuelle, keusche, friedfertige, bürgerliche Frauenideal wurde von der Linken nicht in Frage gestellt, sondern bestenfalls modifiziert. Auf eine eigenartige Weise bleibt auch die Genossin, die niemals »zweimal mit demselben pennt«, unberührt.

Alice Schwarzer hat sich immer gegen die Behauptung gewehrt, daß die durch die sexuelle Liberalisierung salonfähig gewordenen sexuellen Praxen emanzipatorischen Wert haben — das gilt ganz besonders für die Pädosexualität und die Pornographie. Ihr Fazit: Die Behauptung, daß der Konsum von Pornographie quasi als Triebabfuhr bei

Männern wirkt, diese also durch das Ausleben in der Phantasie auf aggressive Handlungen gegenüber Frauen verzichten würden, hat sich als folgenschwerer Irrtum erwiesen. (Im übrigen hat Alice Schwarzer auch etwas gegen das »Dampfkesselmodell« in der Sexualität, und da ist ihr sicher beizupflichten.) Vielmehr müssen wir zur Kenntnis nehmen — und da beruft sich die EMMA-Herausgeberin auf US-amerikanische Arbeiten —, daß der Konsum von Pornofilmen den Betrachter abstumpfen lasse und zum Kopieren der in den Filmen dargestellten Verhaltensweisen ermutige. — Die feministische Kritik an der Pornographie ist durchgängig — Schwarzer kritisiert die linke Presse der siebziger Jahre genauso unerbittlich wie die Arbeitsbedingungen der Pornodarstellerinnen und das in den Filmen Gezeigte:

»Pornographie ist Kriegspropaganda gegen Frauen«, skandalisiert Alice Schwarzer, »sie ist die Theorie, Vergewaltigung die Praxis ... Es rasseln die Ketten und knallen die Peitschen, Frauen sind nichts, nichts als ein verfügbares Loch, eine demütige Null, eben 0.« (EMMA 10/87)

Zugegeben, die EMMA-Kritik an der Pornographie hat etwas Bestechendes. Trotzdem verstellt sie m.E. den Blick auf das Geschlechterverhältnis, in dem sie Männer zu Sexualmonstern aufplustert. In den Pornodarstellungen wird Herrschaft von Männern über Frauen sexualisiert, Medium dieser Herrschaft ist der Phallus, ständig erigiert, mit dem Takt einer Maschine die Frau bewältigend. Hier symbolisiert die Frau die Natur, die selbst passiv durch Männlichkeit bzw. männliche Ordnung gelenkt und geleitet wird. So erscheinen die im Pornofilm dargestellten sexuellen Praxen als Versuch der Bewältigung weiblicher Sinnlichkeit durch den Mann, als ständiges Nachvollziehen dessen, was auf der gesellschaftlichen Ebene mit dem Einzug der Moderne bereits vollzogen wurde: Die Unterwerfung (und Zerstörung) der Natur unter die menschlich/männliche Rationalität. In einer krassen Weise spiegelt der Pornofilm das destruktive Arrangement der Geschlechter — den Verzicht der Frauen auf Subjektivität und die Unfähigkeit der Männer, sinnlich-regressiven Bedürfnisse als wichtigen Bestandteil ihres Seins zu integrieren. Und darauf kommt es an: Das im Pornofilm dargestellte Geschlechterverhältnis ist nicht nur ein Gewaltverhältnis, sondern auch ein Arrangement. Indem aber die Pornoindustrie die Frauen als ständig verfügbare Öffnung darstellt, stilisiert sie sie genauso zum irrealen Wesen wie die Frauenbewegung, die Frauen nur im Opferstatus gelten läßt. Meine inhaltliche Kritik an der Kampagne ist deshalb eher theoretisch und richtet sich darauf, daß das Verhältnis von Männern und Frauen wieder einmal als Dichotomie, nicht als Beziehung begriffen wird — ein Unterschied, der sich selbstverständlich in einer Phase der Skandalisierung eines öffentlichen Mißstandes schwer vermitteln läßt, mir aber trotzdem nicht marginal erscheint.

Was die politisch-strategische Seite der Kampagne angeht, so ist die EMMA-Forderung, Pornographie öffentlich zu ächten und ein Gesetz zur Ermöglichung einer Privatklage einzuführen, in jedem Fall bedenkenswert. Anders als bei der radikalfeministischen Losung »Feminismus ist die Theorie, Lesbianismus ist die Praxis«, wird hier auf rechtsstaatliche Mittel orientiert, ohne die Bedeutung eines öffentlichen Diskurses in Frage zu stellen oder auf die Entfaltung feministischer Utopien zu verzichten. In einer Zeit, in der Parteien Frauen als wichtiges Klientel und Innovationschance entdeckt haben, zeigen sich die parlamentarischen Ansprechpartner(innen) gesprächsbereit.

Es hat den Anschein, als könnten mit einer konservativen Regierung eine Reihe politischer Reformen vor allem im Bereich Gewalt gegen Frauen durchgesetzt werden, so z.B. die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe oder die Einrichtung von Mädchenhäusern als Anlaufstelle für sexuell mißbrauchte Mädchen. Die Gesprächsbereitschaft der CDU-Ministerin Rita Süßmuth nährt die Illusion, es könne im Bereich der Frauenpolitik ein parteiübergreifendes Interesse geben, eine große Frauenkoalition gegen sexistische Gewalt. Daß dieser Eindruck entstehen konnte, hat maßgeblich mit den Unterlassungssünden der sozial-liberalen Koalition, der Schwäche ihrer politischen Repräsentantinnen im Bereich Frauen- und Familienpolitik sowie der mangelnden Akzeptanz von Frauenfragen in der SPD während der siebziger Jahre zu tun.

Der Ansicht, mit Rita Süßmuth ließe sich etwas anderes als konservative Politik machen, eine Haltung, die bis in die feministische Szene und in die Reihen sozialdemokratischer Frauen reicht, sollte energisch entgegengetreten werden. Es ist zwar sicherlich richtig, daß Frauenthemen derzeit weniger marginal behandelt werden als zur Zeit der sozial-liberalen Koalition; jedoch kann nicht oft genug betont werden, daß die Beachtung von Frauenfragen als solche noch keinen Schritt in Richtung Emanzipation darstellt, sondern sich gut in eine neokonservative Gesamtstrategie integrieren läßt. Gerade in den Feldern Bildungs-, Familien- und Frauenpolitik ist seit Ende der siebziger Jahre eine Tendenzwende zu verzeichnen, deren Kernstück die Zurückdrängung der vermeintlichen oder tatsächlichen Hegemonie der Linken darstellt (Kongreß Mut zur Erziehung 1979, Strategiepapier der CDA: Zur sanften Macht der Familie 1981, Beratungsgesetz zum § 218). Die Wende ist gekennzeichnet von Kürzungen im Sozialbereich, dem Aufwerten ehrenamtlicher Tätigkeiten und einer Rhetorik der Werte. Die unablässigen Hinweise sowohl auf die Bedeutung der Familie für die Sozialisation der Kinder als auch für das Glück von Männern und Frauen bedeuten — analytisch betrachtet — eine Politik der Geschlechterpolarität auf der Basis traditioneller Orientierungen. In diese Rhetorik der Werte lassen sich ursprünglich feministische Analysen zur Gewalt gegen Frauen, also auch die aktuelle Pornographie-Kampagne, einreihen. Hervorgehoben werden Tugenden wie Liebe, Zuneigung und Verantwortung, die sich bei genauerem Hinsehen als Hochhalten eines asexuellen Ideals entpuppen. Unter der Losung, die Würde der Frau verteidigen zu müssen, wird hier wieder ein Bild etabliert, das Sexualität nicht als Realität der Frau anerkennt, sondern allenfalls als eine Gefährdung.

Zudem: Was an diskursiven Potentialen derzeit aktiviert werden kann, zeigt uns auf eindrucksvolle Weise die öffentliche AIDS-Diskussion. Bestimmend erscheinen hier neben dem dünnen liberalen Potential der AIDS-Hilfegruppe, der Pro Familia und der Sexualforschungsinstitute vor allem konservative Gruppen, die immer lauter nach Zwangsmaßnahmen rufen und sich skrupellos apokalyptischer Visionen bedienen.

Sigurd v. Ingersleben

## »Daß in den Kirchen gepredigt wird, macht deswegen die Blitzableiter auf ihnen nicht unnötig.«\*

### Anmerkungen zur linken AIDS-Diskussion

Wenn sich Retroviren, die zu einer tödlichen Immunschwäche führen können, nicht an die beschwichtigend in Aussicht genommenen Randgruppen der Schwulen, Fixer und Nutten halten, sondern durch Befall auch der gutbürgerlichen Klientel das Konzept der Verurteilung der Opfer durcheinanderbringen — dann ist das eine *Katastrophe* besonderer Art. — Im Editorial des *BdWi-Forums* 2/87 war beispielsweise zu lesen:

»Wenn es die Juden nicht gäbe, hätten wir sie erfinden müssen,« soll Göring einmal gesagt haben. Ähnlich scheint es zur Zeit den Konservativen in der Bundesrepublik mit AIDS zu gehen.«

Ein hübscher Vergleich. — Da hilft es wenig, daß anschließend eine ausführliche und ersichtlich um Nüchternheit bemühte Analyse »Prävention oder Repression?« von Rolf Rosenbrock abgedruckt wird. Zum einen wird der Aufsatz mit Fotos illustriert, deren forcierte Lustigkeit nur Unverstand signalisiert (wofür Rosenbrock nichts kann). Zum anderen mahnt der Aufsatz lediglich sehr allgemein vermehrte Forschung, Gesundheitsaufklärung und Selbsthilfe an. Die Frage der Entstehung von AIDS kommt ebensowenig vor wie die der konkreten Eindämmung von AIDS. Auch Rosenbrocks Kritik der HIV-Antikörper-Tests, die Diagnosen vortäuschen, wo nur Dispositionen nachweisbar sind, zeigt nur, daß selbst die AIDS-Diagnostik noch am Anfang steht. Um so mehr verbieten sich (eher desorientierende) Orakel dieser Art: »Infektionen durch Blutkonserven sind inzwischen so gut wie ausgeschlossen« (A. Becker im gleichen Heft). Ohne Infektologie und Virologie ist die Entmystifizierung von AIDS aussichtslos, auch wenn der Schwerpunkt einer effizienten AIDS-Bekämpfung auf der Prävention liegen muß, wie Rosenbrock zu Recht herausstellt.

»Vor allem die homosexuellen Betroffenen, in einigen Ansätzen auch die Prostituierten haben sich überraschend schnell und wirksam organisiert. Der Grad der Flächendeckung der ca. 40 schwulen AIDS-Hilfen ist beeindruckend für ein spontan entstandenes Gesundheitsnetzwerk.«

Solch triumphierende Bemerkungen mögen zwar ermutigend gemeint sein, verstellen aber den Blick auf die reale gesellschaftliche Ausgrenzung der AIDS-Opfer. In den Jubel über nichtstaatliche karitative Einrichtungen, während gleichzeitig die Krankenversicherungen AIDS-Kranke von der Erstattungspflicht ausnehmen, das Solidarprinzip also ausdünnen, mischen sich Zweifel an der Wirksamkeit solcher Selbsthilfe. Zumal die Selbstorganisation einiger Prostituiertes unter der Ägide von Pieke Biermann, die in einer Talk-Show den Strich als den Königsweg weiblicher Emanzipation feierte (»Sie sollen wenigstens dafür zahlen ...«), wohl eher unter die Kategorie Selbstbetrug fällt.

\* Lichtenberg (1742-1799)

Der Zorn über die übliche Doppelmoral führt Rosenbrock schließlich zu Wertungen, die er in anderem Kontext sicherlich selbst zurückweisen würde:

»Wenn Boulevard-Zeitungen die Schaltung von Safer-Sex-Annoncen unter Verweis auf die 'öffentliche Sittlichkeit' ablehnen, während sie gleichzeitig Tag für Tag seitenweise ungetarnt für Prostitution werben können, wird die Doppelmoral zur lebensgefährlichen Perversion«.

Doppelmoral als lebensgefährliche Perversion? Schon in Kenntnis von de Beauvoirs »Soll man de Sade verbrennen?« (1955) wird der Begriff der Perversion zurückhaltender zu verwenden sein — Rosenbrock selbst warnt eingangs vor der ressentimentgeladenen Vermischung atavistischer Ängste, Wünsche und Vorurteile. Boulevardzeitungen bedienen den Boulevard, und Safer-Sex-Annoncen neben Prostitutionswerbung verderben das Geschäft. Sittlichkeit ist hier das Kostüm einer Unsittlichkeit, deren *wirkliche* Sittlichkeit sich nach der Profithöhe ermißt. Sich darüber hinwegzutäuschen, ist schlicht naiv und wird von solchen Blättern entsprechend quittiert.

Im gleichen Heft stellt Rainer Bohn »irritierende Einbrüche« fest: »Etwa in der Frage, ob man nicht — bei sonstiger strikter Ablehnung — zur Bekämpfung des HIV-Virus' gentechnologische Forschungen befürworten sollte.« Das ist so durchdacht wie ein Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Die Gentechnologie ist bedrohlich, auch wenn Peter Starlinger sie als angewandte Molekularbiologie herunterspielen möchte, das stimmt. Immerhin bedarf es erheblicher Sicherheitsvorkehrungen, um ihre Produkte in Schach zu halten. Reicht das aber für eine »strikte Ablehnung«? Wie wird sie denn begründet — außer mit einer diffusen Angst? Allerdings erfährt die Gentechnologie durch die gentechnische Suche nach Mitteln gegen den HIV-Virus eine unerwartete Legitimation — wie in den USA inzwischen geschehen:

Dem *Wall Street Journal* war zu entnehmen, daß es Arzneimittelherstellern nach den im Juli geänderten Zulassungsbestimmungen in den USA unter bestimmten Umständen gestattet ist, »ihre Kosten durch den Verkauf sogenannter 'experimenteller Arzneimittel' zu decken, sofern diese wirksam zu sein scheinen«. »Das neue Verfahren stellt bezüglich der Arzneimittelprüfung seit 25 Jahren die durchschlagendste Veränderung dar«, hieß es. Nach dem neuen Verfahren dürfen Arzneimittel gegen schwere Leiden wie die Alzheimersche Krankheit oder Multiple Sklerose bereits in den Verkehr gebracht werden, wenn die Hersteller über vorbereitende Sicherheits- und Wirksamkeitshinweise (»some preliminary evidence of safety and effectiveness«) sowie die Zustimmung der FDA (Federal Drug Administration, oberste Arzneimittel-Kontrollbehörde der USA, vergleichbar dem hiesigen Institut für Arzneimittel des Bundesgesundheitsamts) verfügen. Hersteller, die Wirkstoffe gegen lebensbedrohliche Krankheiten wie fortgeschrittenen Krebs oder AIDS prüfen, müssen nur noch nachweisen, »daß es eine vernünftige Grundlage für den Schluß gibt, das betreffende Arzneimittel könnte wirksam sein und setze die Patienten keinem signifikanten zusätzlichen Risiko aus. Arzneimittel, für die diese Umstände zutreffen, dürfen 30 Tage nach Anzeige bei der FDA als 'investigational new drugs for treatment'/'treatment IND' in Verkehr gebracht werden.«

Ermuntert von den National Gay Rights Advocates, die — offenbar unter dem Eindruck der zahlreichen AIDS-Opfer in den USA — die Verzögerung der Arzneimittelanwendung durch Prüfungen nach klinischen Standards als einen Verstoß gegen die Bürger-

rechte betrachten, hat der Gouverneur von Kalifornien in das neue Bundesgesetz eine Zusatzklausel eingebracht, nach der »experimentelle Arzneimittel« gegen AIDS in Kalifornien auch ohne Zustimmung der FDA getestet werden dürfen. Das trifft sich: Dem Artikel war zu entnehmen, daß einige der im High-tech-Zentrum Kalifornien besonders zahlreich angesiedelten, gentechnisch arbeitenden Hersteller nur darauf warten, diverse hypothetische AIDS-Mittel, die sie nach internationalen Wirksamkeits- und Sicherheitsstandards vielleicht nie auf den Markt bringen dürften, schleunigst an den Mann zu bringen.

Unter solchen Bedingungen wird Rainer Bohns Frage nach den Gefahren der Gentechnologie erst gar nicht mehr gestellt, sondern im Gegenteil bei dieser Technologie geradezu Zuflucht gesucht. Daß die Hersteller dabei gleich auch noch die klinischen Sicherheitsstandards und die Kontrollkompetenz der FDA unterlaufen können, hat etwas mit Verhältnissen zu tun, die *deshalb* von manchen Leuten als kapitalistisch bezeichnet werden.

In *konkret* 5/87 warnt Günter Amendt vor einer Studie über homosexuelles Verhalten und AIDS im Auftrag der Bundesregierung. Schon Adorno und Horkheimer hätten die herrschaftssichernde Nutzbarkeit empirischer Sozialforschung durchschaut und kritisiert — ein Vergleich, der nicht einmal hinkt, sondern schon bei der AIDS-Mortalität endet. Die politische Dienstbarkeit sozialwissenschaftlicher Forschung ist im übrigen nicht beliebig, sondern hängt u.a. wesentlich von Studiendesign und -interpretation ab. Falsche Schlußfolgerungen sind anhand der empirischen Daten rekonstruier- und widerlegbar. Und was vielleicht tatsächlich als Alibiforschung gedacht war, könnte beispielsweise unversehens die Sinnlosigkeit des bayerischen »Modells« offenbaren.

Amendt verweigert die staatliche Ausforschung homosexuellen Verhaltens, bestreitet damit aber zugleich auch den dringenden Bedarf an konsistenten Erkenntnissen über die sozialen HIV-Übertragungsbedingungen als Grundlage einer wirkungsvollen Prävention. Sein Vergleich einer Studie im Auftrag der Bundesregierung mit den Konzernaufträgen, die Horkheimer und Adorno zu ihrer Kritik veranlaßten, entspricht einer Weltanschauung, die nur Herrschende und Beherrschte kennt und folglich zwischen Gesundheitspolitik und Taylorismus nicht unterscheiden kann.

Drittmittel sind nicht gleich Drittmitteln, es kommt auf die Projekte an, die mit ihnen finanziert werden. Sie generell zurückzuweisen ist (bei der heutigen konservativen Forschungspolitik, die jeden einzelnen Wissenschaftler auf solche Gelder verweist) schlicht ruinös.

Selbst das Paul-Ehrlich-Institut, Bundesamt für Sera und Impfstoffe in Frankfurt am Main, erwartet heute von Wissenschaftlern, die »eigenständige Forschungen zum Krankheitsbild AIDS betreiben« sollen, »die Fähigkeit zur Beschaffung von Drittmitteln« (*Die Zeit* 43/1987).

Amendt befürchtet, daß eine solche Studie zu erneuter Diskriminierung und Unterdrückung der Homosexuellen dienen könnte — dabei ist die Diskriminierung längst im Gange. Empirische Daten und Fakten über homosexuelles Verhalten würden gerade die allgemeine Stimmungsmache erschweren. Beklagte Amendt 1986 noch eine Gesell-

schaft, »deren rationale Substanz so ausgezehrt ist und deren Funktionszusammenhänge so undurchschaubar geworden sind, daß schließlich nur noch infantile Sicherheitsphantasien jenes Minimum an Wohlbehagen garantieren, ohne das menschliches Leben nur Vegetieren zu nennen wäre«, so forderte er ein halbes Jahr später Erkenntniskarenz. Es ist jedoch absehbar, daß die liberale AIDS-Politik der Bundesregierung mit zunehmender Verbreitung von AIDS auch zunehmend unter weiteren konservativen Druck geraten wird (an dieser Konstellation zeigt sich der Widerspruch zwischen »aufgeklärten« und »konservativen« Konservativen). Solchem Druck wird aber *jede* Bundesregierung nur widerstehen, wenn sie mit den Ergebnissen und Schlußfolgerungen wissenschaftlich ausgewiesener Studien über homosexuelles Verhalten argumentieren kann.

Die linke AIDS-Diskussion ist (wie sich an diesen wenigen Beispielen zeigt) gekennzeichnet von Angst, Wut und Trotz — von der Angst vor der Infektion und Stigmatisierung; von der Wut über die scheinheilige Instrumentalisierung einer lebensbedrohenden Seuche zur erneuten Unterdrückung eben erst (zumindest in Ansätzen) befreiter Sexualität bzw. über den Zwang zu safer-sex oder die Aufgabe bestimmte Verhaltensweisen; von dem Trotz, sich weder der Krankheit noch der Repression zu beugen.

Solch' emotionsgeladene Reaktionen kaschieren jedoch nur schlecht die eigene Ohnmacht und verniedlichen vor allem das Problem. Dies besteht nun einmal in einer klinisch oder sexuell übertragenen Viruskrankheit, die — falls sie zum Ausbruch kommt — bislang tödlich endet. Das Risiko ist für drei Gruppen besonders groß: für promiske Homosexuelle, *junkies* und Bluter, besteht aber auch für andere, wenn auch in bedeutend geringerem Umfang. Es ist sicherlich richtig, der Panikmache in den Medien mit sachlichen Informationen entgegenzutreten. Doch wenn Foucault fragt: »Wie ist in den abendländischen Gesellschaften die Produktion von Diskursen, die (zumindest für eine bestimmte Zeit) mit einem Wahrheitswert geladen sind, an die unterschiedlichen Machtmechanismen und -institutionen gebunden?«, so haben wir mit AIDS ein Beispiel dafür, wie sich die Linke ohne Not auf einen *Diskurs* einläßt, den zurückzuweisen sie allen Grund hätte.

»Es geht um die Verbindung von Sex, käuflichem Sex, Perversion, Orgien, Sucht, unsichtbaren Feinden und um den Tod — in *einem* Thema«, warnt Rosenbrock (der zwischenzeitlich selbst auf diesen Diskurs hereingefallen ist, wie wir oben sahen) vor diesem Diskurs, der mit der Viruskrankheit AIDS nur dann zu tun hat, wenn man sich auf die Verknüpfung der moralischen Beurteilung bestimmter Verhaltensweisen mit dieser Krankheit einläßt — und damit noch hinter die liberalen Positionen der (bekanntlich konservativen) Bundesregierung zurückfällt, ihr aber die moralischen Urteile frei Haus liefert.

*konkret* kommt 1986 mit einem Sonderheft »Operation AIDS« heraus, *Emma* featured 1987 Andrea Dworkins (im *Emma*-Verlag erschienene) Pornographie-Kritik (USA, 1979; BRD 1987) mit einer Anti-Pornographie-Kampagne. Jedes Mal wird ein *ethischer* Diskurs eröffnet, der sich spätestens bei der Frage nach den realen Verhältnissen, nach empirischen Daten über das tatsächliche Sexualverhalten totläuft, also

eine Kompetenz vortäuscht, die sich in Wirklichkeit auf den kleinlauten Versuch beschränkt, Begriffe zu klären und »zurückzuerobern«. Im Falle von AIDS ist die Hysterie damit vermutlich nicht etwa zurückgedrängt, sondern verstärkt und in weitere Kreise hineingetragen worden.

Wer aber erinnert den Staat an seine Sorgspflicht und die Existenzsicherung sowie die medizinische und psychische Betreuung der AIDS-Opfer? Vor lauter Abwehr ordnungsstaatlicher Maßnahmen, Jubel über spontane Selbsthilfe und Verärgerung über eine verlogene Presse wird vergessen, daß Naheliegendste anzumahnen: die staatliche Versorgung der Kranken und ein Diskriminierungsverbot. Das nenne ich eine glückte Einschüchterung — und deshalb nenne ich Parolen wie diese *unpolitisch*: »Mit Mikroben und Metastasen ließe sich leben — es sind die Metaphern, die den Tod bringen.« (Gremliza)

# Ökologie und Kampf um die Umwelt

Detlef Bimboes

## Chemie in der Landwirtschaft — Alternativen werden sichtbar!

Seit den Anfängen der Ackerkultur begegnet der Mensch Schädlingsskalamitäten und Krankheitsepidemien und ringt um ihre Vermeidung zur Sicherung der Ernteerträge. Ihr Ausmaß, ihr Verlauf sowie die Verbreitung von mikrobiellen, tierischen und pflanzlichen Schadorganismen werden durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse und die Art und Weise der Pflanzenproduktion mitbestimmt. Eine Reihe von Pflanzenkrankheiten in einzelnen Ländern sind auch durch die Verschleppung von Organismen über ganze Kontinente hinweg — in jüngerer Zeit besonders durch das Anwachsen des internationalen Warenaustausches — entstanden, da die entsprechenden Krankheitserreger erst in ihrer neuen Heimat zu Schädlingen geworden sind. Zum Teil resultier(t)en daraus enorme Ernteverluste. Abwehrmaßnahmen und Eindämmung solcher Gefahren gestalten sich grobenteils schwierig, sind abhängig vom Kenntnisstand in der Pflanzenmedizin, den zur Verfügung stehenden Mitteln und ihrer Entwicklungsrichtung.

In der BRD setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Primat der einzelbetrieblichen Gewinnmaximierung und im Rahmen der daran orientierten agrarstrukturellen Entwicklungen in wichtigen Betriebszweigen von Landwirtschaft und Gartenbau eine immer industrieähnlichere Produktionsweise durch. Sie war u.a. durch einen wachsenden Verbrauch von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln gekennzeichnet. Ziel waren und sind hohe sichere Flächenerträge bis an die Grenzen der Rentabilität. Das ist die Grundlage für den größtmöglichen Gewinn in DM pro Hektar. Inzwischen sind die Grenzen und Gefahren dieses chemieintensiven Weges überdeutlich geworden. Er zeichnet sich u.a. aus durch Gesundheitsrisiken für die im Bereich von Herstellung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln betroffenen Arbeitnehmer bzw. Landwirte, sinkende Erfolgchancen und enorme Entwicklungskosten für neue Wirkstoffe, weltweit wachsende Giftresistenz von Schadorganismen, Ausbruch von Epidemien bislang unbedeutender Pflanzenkrankheiten, Schädigungen des Naturhaushalts von der Produktion über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln bis hin zu Belastungen der Nahrungsmittel mit Rückständen und damit der Gesundheit der Verbraucher. Im besonderen muß auf die weitestgehende Ausschaltung natürlicher Selbstregulationskräfte in den Agrarökosystemen durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln hingewiesen werden.

Eine Umkehr ist notwendig. Die Alternativen zeichnen sich in Ansätzen bereits seit längerem ab. Der *biologisch-integrierte Pflanzenschutz* ist das *Pflanzenschutzsystem der Zukunft*, wird seine volle Wirksamkeit aber erst bei umfassender Durchsetzung

eines neuen Typs der Pflanzenproduktion — des *integrierten Pflanzenbaus* — erfahren. Er stellt die Weiterentwicklung des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes dar. Diese Zielsetzung stellt eine neue Dimension und Herausforderung dar: Sie erfordert eine Quantifizierung der zahlreichen biokybernetischen und produktionstechnischen Netzwirkungen, damit der gesamte Anbau so geschickt integriert und durch Feinsteuerung noch im Vegetationsverlauf zugleich so flexibel gestaltet werden kann, daß es dem Produzenten gelingt, ein wirtschaftliches Optimum unter minimaler Belastung des Ökosystems zu erzielen. Der biologisch-integrierte Pflanzenschutz bedient sich vorrangig biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Maßnahmen gegenüber chemischen Verfahren. Schadorganismen sollen dabei unter bewußter und im Vordergrund stehender Ausnutzung natürlicher Begrenzungsfaktoren unter der wirtschaftlichen Schadensschwelle gehalten werden. Insgesamt kann bei diesem Vorgehen an den Traditionen und Erfahrungen des ökologischen und konventionellen Pflanzenbaus angeknüpft werden.

Zum Teil langjährige Erfahrungen mit biologischen und integrierten Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen liegen aus den USA, Holland (Gemüsebau), Baden-Württemberg (Apfelanbau) und Bayern (Hopfenanbau) vor. Beträchtliche Einsparungen an Pflanzenschutzmitteln ließen sich erreichen. Zahlreiche Ergebnisse von Forschungsvorhaben weisen in die gleiche Richtung (bis zu 50 Prozent Einsparung an Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln). Zugleich sind aber auch die großen noch bestehenden Wissenslücken deutlich geworden, die einer weiteren Ausdehnung des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes im Wege stehen. So liegen z.B. generell noch unzureichende Kenntnisse über die Lebensweise, Vermehrung und Ausbreitung von Schadorganismen und Nützlingen (die diese in Schach halten) in einem Ökosystem vor.

Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte in diesem Bereich der Landwirtschaft setzt die zunehmende Verwissenschaftlichung des gesamten Produktionsprozesses voraus. Hierfür sind zahlreiche Schritte nötig: bedeutende Ausweitung der Forschungsansätze, Bündelung und Anwendung der bisherigen Erkenntnisse im biologisch-integrierten Pflanzenschutz, verbesserte Ausbildung der Agrarproduzenten, verstärkte Einbeziehung von Naturwissenschaftlern, Bioingenieuren und Biotechnikern für Beratung und Management des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes unter Einsatz computergestützter Datenverarbeitung zur Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten (z.B. zur langjährigen Erfassung klimatischer, standortbezogener Daten, zur Vermehrung und Verbreitung von Schadorganismen). Gleichzeitig ist die verstärkte Zurückdrängung des chemischen Pflanzenschutzes notwendig. Soweit Chemie noch unentbehrlich ist, muß die Entwicklung von derzeit überwiegend breitenwirksamen (»chemische Sense«) zu künftig selektiven, vor allem Schadorganismen bekämpfenden, die nützliche Kleintierlebewelt nicht schädigenden Pflanzenschutzmitteln vorangetrieben werden. Ansätze hierzu sind vorhanden.

Eine umfassende Durchsetzung des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes bzw. des integrierten Pflanzenbaus, ihr tiefgreifendes Wirksamwerden und eine Gesundung der Agrarökosysteme ist ohne grundlegende Änderungen der agrarpolitischen Rahmen-

bedingungen nicht möglich. In jedem Fall muß das in vielen Bereichen bestehende hohe Produktionsniveau mit seinem großen Verbrauch an Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und Düngern verlassen werden und die Produktion auf ein für die Umwelt erträgliches Maß heruntergefahren werden. Als Baustein auf diesem Wege könnte eine relative Anhebung der Kosten für Dünger und Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel gegenüber den Erzeugerpreisen dienen (im Sinne *steuerlicher Abgaberegelungen*). Langfristig hinzutreten muß eine behutsame gesamtstaatliche und regional differenzierte Planung. Prinzipien und viele Ziele von biologisch-integriertem Pflanzenschutz bzw. integriertem Pflanzenbau werden vom Bauernverband über die Agrarwissenschaften bis hin zur Pflanzenschutzmittelindustrie offiziell mitgetragen. Widerstände werden sich jedoch dann regen, wenn es gilt, zu ihrer effizienten Durchsetzung die entsprechenden Voraussetzungen auf der politischen Bühne zu schaffen. Ein Fortdauern der Agrarkrise und der vielen systembedingten Hindernisse (Macht und Einfluß der Chemiekonzerne, wirtschaftlicher Zwang zu Höchstserträgen, unzureichende Beratung, mangelnde Forschungsmittel etc.) lassen jedenfalls nur eine begrenzte Durchsetzung dieser neuen Entwicklungslinien erwarten. Entscheidend ist ferner, daß die Komplexität des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes Ausdruck der Komplexität der Vorgänge bei Vermehrung und Ausbreitung von Schadorganismen und Pflanzenkrankheiten im Naturhaushalt ist, die nicht an der Hofeinfahrt eines Betriebes enden. Dem hat auch die Agrarproduktion verstärkt zu genügen. Deshalb ist auch von dieser Seite her eine verstärkte Kooperation der Agrarproduzenten in Form von Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften notwendig.

Jochen Zimmer

## Ein Archiv der Umweltgeschichte gegründet

In der VW-Stadt Baunatal in Niederhessen haben geschichtsinteressierte Umweltschützer und Ökopaxe, darunter Helmut Arnold, Manfred Dammeyer, Heinrich Eppe, die Bundesleitung der Naturfreunde, befreundete Wissenschaftler und Vertreter der Stadt Baunatal das Institut und Studienarchiv Arbeiterkultur und Ökologie gegründet.

Es hat sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte von Umweltschutz und Naturzerstörung, von Umweltprotest und insbesondere proletarischer Gegenwehr zu dokumentieren. Die Sammlungen von Einzelpersonen, wie Thilo Götze Regenbogens »Startbahn-West-Archiv«, das sich bereits in Baunatal befindet, das Bundesarchiv der Naturfreunde, kleinere erworbene bürgerliche Natur- und Heimatschutzsammlungen sollen erschlossen und jedem Interessierten zugänglich gemacht werden. Die jetzigen Bestände reichen von der populären naturwissenschaftlichen Aufklärung Mitte des 19. Jahrhunderts über den proletarischen und bürgerlichen Natur-, Heimat- und Umwelt-

schutz um die Jahrhundertwende bis zur Kampagne »Kampf dem Atomtod«, zum Ostermarsch der sechziger Jahre und zum Protest gegen die Startbahn West. Der Staub, der bisher auf diesen Beständen lagerte, soll nun aufgewirbelt werden und sich in explosives Pulver verwandeln.

Das AROEK-Archiv sucht derzeit besonders »sächliche« Zeugen der Umweltschutzbewegung: Flugblätter, Fotos, Plakate, Demo- und Wanderkluft auch aus der Naturfreunde-, Arbeiterjugend- oder Wandervogelbewegung, Abzeichen, Zeltinventar, Lehr- und Anschauungsmaterial, Einrichtungsgegenstände, Raumschmuck usw. Lebensgeschichten von alten Ökopaxen sollen nicht wertlos-wertfrei dokumentieren, was vorbei ist, sondern wie einzelne »ihre« Geschichte erlebt und erlitten haben, wie etwa der ökologische Kampf möglicherweise auch einen ökologischen Alltag geschaffen hat und wie die »Neue Zeit« vorweggenommen wurde.

Die AROEK-Bibliothek, die die »Szene« um Zusendung ihrer Publikationen, Plakate, Zeitschriften bittet, umfaßt u.a. Natur-, Heimat- und Umweltschutzzeitschriften seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sowie aus der frühen DDR. Für die Geschichtsarbeit vor Ort ist im AROEK ein einfacher »Leitfaden für Interviews von Barfußhistorikern« erstellt worden, der kostenlos gegen Freiumschlag bezogen werden kann (Institut und Studienarchiv *Arbeiterkultur und Ökologie*, Grüner Weg 33, 3507 Baunatal-Großenritte, Tel: [05601] 8 75 10).

Aus dem Umfeld von *Arbeiterkultur und Ökologie* erschienen in der letzten Zeit mehrere ökologiegeschichtliche Publikationen gegen grüne Geschichtslosigkeit und gegen die Einvernahme der Umweltgeschichte durch bürgerliche und völkische Heimatschützer und Wandervögel. — Ulrich Linse (*Ökopax und Anarchie, Geschichte der Ökologischen Bewegung in Deutschland*. München 1986) gibt eine knappe Darstellung linker Ökobewegungen der Weimarer Republik. Sehr ausführlich werden lebensreformerisch-libertäre und anarchistische Kleingruppen vorgestellt und daraufhin befragt, wie an ihre Traditionen anzuknüpfen sein könnte. Auf die Naturfreundebewegung bezogen, arbeitet er heraus, daß die Arbeiterbewegung ein eigenes Gespür für Umweltfragen anscheinend nur entwickelte, soweit die Eigentumsfrage tangiert war (Kampf für freies Wegerecht und gegen Naturzerstörungen aus kapitalistischem Profitinteresse). Leider untersucht Linse nur den kleinbürgerlichen Verbandsflügel der Naturfreunde um die Nürnberger Reichsgeschäftsstelle und die dort vorherrschende Übernahme vieler Gedanken des bürgerlichen Heimatschutzes.

Authentisch linke Positionen sind in dem Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Naturfreundejugend Deutschlands in dem Sammelband »Wir sind die grüne Garde. Geschichte der Naturfreundejugend« (Heinz Hoffmann, Jochen Zimmer — Klartext, Essen 1986) herausgearbeitet. Hier wird unter Präsentation zahlreichen Quellenmaterials die Entwicklung von naturromantisch und sozialpolitisch motivierter Umweltschutzpolitik über die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Landschaftsplanung (»soziale Grüngürtel um die Städte«) bis zu dem ökopazifistischen Engagement der fünfziger Jahre (»Kampf dem Atomtod«, »Kampf der 'friedlichen' Plutoniumtechnologie«, Besetzung des Bombenabwurfgebietes Knechtsand), wie sie die linke Verbandsmehrheit — zu meist isoliert vom Rest der Arbeiterbewegung — durchmachte, nachgezeichnet.

Gerd Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn legten bisher zwei Bände ihrer Triologie »Die Liebe zur Landschaft« vor. Auf der Grundlage ihrer mehrjährigen Forschungen zur Entwicklung der Landespflege (Gartenarchitektur, Landschaftspflege, Naturschutz) distanzieren sie sich vom gängigen Ökologiebegriff. Insbesondere kritisieren sie seine ahistorische Verwendung und fordern dazu auf, statt einer neuen ökologischen Ethik eine neue soziale Praxis zu etablieren. Im Teil I ihrer Arbeit (Natur in Bewegung. Minerva, München 1986) liefern sie hierfür spannende Ansatzpunkte aus der Geschichte der Umweltschutzpolitik der Arbeiterjugendbewegung. Im Teil III (Der Drang nach Osten) wenden sie sich gegen braun-wabernde ideologische Kontinuitäten im Umweltschutz. An Hand bisher ignorierten Archivmaterials wird gezeigt, nach welchen Kriterien insbesondere die Planungsabteilung beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, nationalsozialistische Raumordnungskonzepte, Vorstellungen von deutschen Ideallandschaften und von der Militarisierung der Landschaft (»Wehrlandschaft«) erarbeitete. Ein notwendiger Beitrag zur Geschichte staatlichen Umwelthandelns über die fünfziger Jahre hinaus bis heute.

# Berlin

Hans Willi Weitzen

## Keine Stadt wie jede andere

Zur Programmdebatte der Sozialdemokratie über Berlin-Perspektiven

Die christdemokratische Debatte über Perspektiven für Berlin (West) erschöpft sich immer noch allzu oft in formelhafter Beschwörung eines Hauptstadtanspruchs, der den in Berlin (West) lebenden Menschen wenig hilft.<sup>1</sup> Die sozialdemokratische Debatte kommt nur langsam in Gang. Nachdem in der ersten Phase der Entspannungspolitik ein Teil der aus den Zeiten des Kalten Krieges stammenden Hypotheken für Berlin (West) getilgt wurde, gelingt es bislang nur schwer, eine Berlinperspektive in den verschiedenen sozialdemokratischen Programmdebatten auszumachen. Der Irseer Entwurf für ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm, der ohnehin entspannungspolitisch ziemlich schwach auf der Brust ist, beschränkt sich, was Berlin angeht, darauf, zu erwähnen, daß es dort eine Mauer und ein Viermächteabkommen gibt und daß man Berlin bei der weiteren Entspannungspolitik nicht vergessen soll.<sup>2</sup> Erst in letzter Zeit — mit dem Versuch einer neuen Berlin-Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion<sup>3</sup> — findet die Sozialdemokratie im Bund programmatisch Anschluß an die in Berlin (West) in der dortigen Sozialdemokratie bereits vor einiger Zeit erarbeiteten Überlegungen.<sup>4</sup> Gleichzeitig bemüht sich in Berlin (West) seit einiger Zeit eine eigens eingesetzte Berlin-Programm-Kommission der Sozialdemokratie, ein perspektivisches Konzept für diese Stadt zu entwickeln. Eine Tendenz in deren Debatte zielt darauf ab, Konzepte aus und für andere europäische Metropolen für Berlin (West) fruchtbar zu machen, ohne diesen erneuten Versuch sozialdemokratischer Stadtpolitik hinreichend mit der besonderen Lage der Stadt zu verknüpfen. Dies ist einerseits notwendig, da auch diese Metropole eine fundierte, nicht illusionäre Stadtpolitik dringend braucht. Andererseits ist es zum Scheitern verurteilt, wenn diese Stadtpolitik nicht eng mit dem sozialdemokratischen Konzept für die zweite Phase der Entspannungspolitik verknüpft wird. Nicht irgendein weiteres Konzept für eine urbane Metropole ist gefragt, sondern eines für eine Metropole, die bis heute keine Stadt wie jede andere ist und dies auch auf absehbare Zeit nicht sein wird. Ohne Einsicht in die besondere Lage der Stadt ist ein tragfähiges perspektivisches Konzept für sie nicht zu entwickeln.

### Viermächtestatus und Dreimächteverwaltung

Bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges vereinbarte die Antihitlerkoalition im Londoner Protokoll vom 12. September 1944, Deutschland zum Zwecke der Besetzung

in Zonen und ein besonderes Berliner Gebiet einzuteilen. Letzteres sollte Groß-Berlin umfassen, wie es durch das Gesetz vom 27. April 1920 geschaffen worden war. Die Hauptstadt Deutschlands sollte gemeinsam besetzt, in Sektoren eingeteilt und ihre Verwaltung durch eine gemeinsame interalliierte Behörde, die Komendatura, gelenkt werden. Im Londoner Abkommen vom 14. November 1944 legte die Antihitlerkoalition Aufgabe und Arbeitsweise des Kontrollrats und der Komendatura näher fest. Frankreich trat dem Abkommen am 1. Mai 1945 bei. Nach der bedingungslosen militärischen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst wurden die vereinbarten Regelungen zunächst verwirklicht.

Im Kalten Krieg verließ die Sowjetunion zuerst den Kontrollrat und dann am 16. Juni 1948 auch die Komendatura. Diese nahm in der Zeit der Währungsreform, Blockade und Luftbrücke am 21. Dezember 1948 ohne sowjetischen Vertreter ihre Tätigkeit wieder auf. Für die Mehrheit der Einwohner der drei Westsektoren sind die Westalliierten seit der Luftbrücke von Besatzungsmächten zu Schutzmächten geworden. Nach westlicher Auffassung besteht nach wie vor Viermächtestatus für ganz Berlin. Die originären Rechte der Alliierten ergeben sich aus der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt am 5. Juni 1945. Aus dem Recht auf Präsenz ergibt sich das Recht auf militärischen Zugang und aus der völkerrechtlichen Pflicht, für die Besetzten zu sorgen, auch auf zivilen Zugang nach Berlin. Politischer Zweck des Besatzungszustandes ist für die Westalliierten erklärtermaßen nicht mehr, die Deutschen zu kontrollieren, sondern die Sicherheit der Westsektoren zu garantieren. Die Sowjetunion bestreitet heute den Viermächtestatus von ganz Berlin und sieht Berlin (Ost) nicht nur funktional als Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch rechtlich als deren Teil. Berlin (West) sieht sie möglichst als selbständige politische Einheit. Die deutschen Landkarten unterscheiden sich: Berlin (West) und Berlin (Ost) heißt es auf westlichen, Westberlin und Berlin — Hauptstadt der DDR auf östlichen. Elemente des Viermächtestatus jedoch sind in ganz Berlin sinnlich erfahrbar: Patrouillenfahrten russischen Militärs im Westteil, amerikanischen, britischen oder französischen Militärs im Ostteil; Checkpoint Charlie als besonderer Übergang ohne Kontrolle seitens der Deutschen Demokratischen Republik; die von allen vier Alliierten der Antihitlerkoalition nach wie vor gemeinsam betriebene Luftsicherheitszentrale.

### **Bindungen an die Bundesrepublik**

Der Besatzungsstatus, welcher die Sicherheit von Berlin (West) gewährleisten soll, hat Auswirkungen auf die Bundesrepublik, welche zur Lebensfähigkeit beitragen sollen. Im Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz interpretierten diese Artikel 23 demzufolge das Grundgesetz auch in Groß-Berlin gelte, und Artikel 144 (2), demzufolge Berlin (West) auch im Bundestag und Bundesrat vertreten sein soll, solange die Anwendung des Grundgesetzes dort Beschränkungen unterliege. Nach Aussage der Militärgouverneure erhält Berlin keine stimmberechtigte Vertretung im Bundestag und Bundesrat und wird nicht vom Bund regiert. Im Bestätigungs-

schreiben der Alliierten Kommandantur zur Verfassung von Berlin stellte diese Artikel 1 Abs. 2 und 3 zurück, denen zufolge Berlin ein Land der Bundesrepublik sei und das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik für Berlin bindend seien. Artikel 87, demzufolge das Berliner Abgeordnetenhaus Gesetze der Bundesrepublik auch in Berlin Anwendung finden lassen kann, solange Artikel 1 Abs. 2 und 3 in einer Übergangszeit Beschränkungen unterliegt, wurde von der Kommandantur so interpretiert, daß Bundesgesetze vom Abgeordnetenhaus als Berliner Gesetze verabschiedet werden müssen. Heute verabschiedet das Abgeordnetenhaus sogenannte Mantelgesetze, und Berlin entsendet 22 nicht voll stimmberechtigte Bundestagsabgeordnete sowie vier gleichfalls eingeschränkt abstimmungsberechtigte Vertreter im Bundesrat. Seit dem Dritten Überleitungsgesetz vom 4. Januar 1952 ist Berlin nach dessen §§ 12/13 verpflichtet, Bundesrecht binnen Monatsfrist zu übernehmen. Nach § 16 ist im Gegenzug der Bund zur Bundeshilfe verpflichtet. In der Berlin-Erklärung vom 5. Mai 1955 behielt sich die Alliierte Kommandantur normalerweise nur fünf Rechte vor: Sicherheit ihrer Streitkräfte, Abrüstung, Auslandsbeziehungen, Besatzungskosten und Befehlsbefugnis über Polizei. In Artikel 2 des Deutschlandvertrages mit der Bundesrepublik hatten sich die drei Westalliierten ohnehin grundsätzlich alle Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin vorbehalten.

### **Viermächteabkommen: Kein neuer Status Quo, aber besserer Modus vivendi**

Am 3. September 1971 schlossen die drei Botschafter der Westalliierten in Bonn und der sowjetische Botschafter in Berlin (Ost) für ihre Regierungen das Viermächteabkommen über Berlin. Entgegen manchen irrigen Vorstellungen schuf dies keine neue Rechtslage, ermöglichte aber ein besseres Leben im betroffenen Gebiet. Die heute unterschiedlichen Rechtspositionen der vier Mächte einerseits und der Wille zu praktischen Lösungen andererseits führte zu überaus komplizierten Formeln. Wichtig für die seit der Blockade um den Zugang nach Berlin bangenden West-Berliner sind insbesondere die gefundenen Transitregelungen. Mittlerweile profitieren davon jährlich über 45 Millionen Reisende, vom Güterverkehr ganz zu schweigen. Ebenso wichtig ist für die seit dem Mauerbau von Besuchen im Umland weitgehend ausgeschlossenen West-Berliner die vereinbarte Besuchs-Regelung. In Spitzenjahren wurde diese von über 3,8 Millionen Reisenden aus Berlin (West) genutzt. Das Viermächteabkommen regelt darüber hinaus die Außenvertretung und die Ausgestaltung der Bindungen an den Bund. Zwischen Viermächteabkommen und Moskauer Vertrag besteht ein Junktim. In der Praxis bewährt sich das Abkommen, allen Unkenrufen zum Trotz, nun schon weit über anderthalb Jahrzehnte, wenn man von Detailproblemen absieht.

### **Drei notwendige Elemente einer sozialdemokratischen Berlinperspektive**

Nur im Bewußtsein dieser Rechtslage<sup>5</sup> ist eine sozialdemokratische Berlinperspektive mit Aussicht auf Erfolg zu konzipieren. Weder ein Ausweichen in eine um diese Dimension verkürzte Kommunalpolitik, noch ein vorschnelles Vereinfachen dieser Lage — Berlin (West) als elftes Bundesland ohne Wenn und Aber, Berlin (West) als selbstän-

dige politische Einheit — ist sinnvoll. Vielmehr sind Konzepte für das zukünftige Verhältnis zu den Alliierten, die zukünftige Entwicklung der Bindungen an den Bund und die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zum Umland gefragt.

**1. Verhältnis zu den drei Mächten:** Solange keine andere Lösung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung in Sicht ist, mit der Freiheit und Lebensfähigkeit für Berlin (West) gleichermaßen garantiert werden, ist der besatzungsrechtliche Status trotz daraus folgender Einschränkungen unverzichtbar. Für dessen zukünftige veränderte Handhabung hat die Berliner Sozialdemokratie das im Vergleich mit allen anderen Parteien in der Stadt entwickeltste und sinnvollste Konzept. Dies muß jedoch wesentlich öffentlichkeitswirksamer als bisher vertreten werden. Die Tatsache, daß sich die Funktion der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs von Besatzern zu Beschützern gewandelt hat, muß zu einer gründlichen Überprüfung des in der Stadt noch geltenden alliierten Rechts führen. Die Sicherung der Freiheit von Berlin (West) ist die eigentliche Legitimation für den besatzungsrechtlichen Status der Stadt. In dieser Funktion liegt aber zugleich eine Begrenzung der Handhabung der aus dem Status abgeleiteten Rechte der ehemaligen Siegermächte. Diese Handhabung bedarf deshalb einer den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Selbstbindung der drei Mächte, die die Rechte der Gebietskörperschaft Berlin und seiner Bürger im Vergleich mit anderen Ländern der Bundesrepublik um keinen Handbreit weiter einschränkt, als durch die Gewährleistung der äußeren Sicherheit zwingend geboten ist. Von den sieben<sup>6</sup> Mindestanforderungen der Berliner Sozialdemokratie genügt es hier, eine zu nennen, um zu verdeutlichen, welche Mißstände derzeit noch herrschen: Im Fall der Verletzung subjektiver Rechte der Bürger durch die alliierten Militärregierungen muß ein gesetzlicher Richter in Berlin gewährleistet sein.

**2. Bindungen an die Bundesrepublik:** Für die zukünftige Entwicklung dieser Bindungen hat die Berliner Sozialdemokratie kein ähnlich entwickeltes Konzept. Seit dem Konflikt um die Errichtung des Umweltbundesamtes ruhte hier lange Zeit still der See. Mittlerweile deuten individuelle Vorschläge wie die einer Direktwahl Berliner Bundestagsabgeordneter u.a.m. den Beginn neuen Nachdenkens an. In der Öffentlichkeit gelingt es der Partei manchmal nicht einmal, bei der Übernahme von für Berlin schädlichen Bundesgesetzen die eigene Position deutlich zu machen. Bei der Übernahme des zur kommenden Mietpreisexplosion führenden Bundesgesetzes, die unmittelbar nach einer von der Sozialdemokratie engagiert mitgetragenen Kampagne für die damit aufgehobene Mietpreisbindung erfolgte, gelang es nicht, Mitgliedern und Wählern zu vermitteln, warum die Rechtseinheit mit dem Bund nicht nur seit dem Dritten Überleitungsgesetz verbindlich, sondern auch sinnvoll ist. Dazu ist nicht nur festzustellen, daß die Bundeshilfe zur Lebensfähigkeit der Stadt erheblich beiträgt. Vielmehr ist auch zu verdeutlichen, daß annähernd gleiche Lebenschancen in Berlin (West) wie in Westdeutschland notwendig sind. Gegenüber der derzeitigen Bonner Mehrheit ist zudem offensiv klarzumachen, daß auch die gegenwärtige Mehrheit des Bundestages ein dieser Rechtseinheit förderliches Verhalten an den Tag legen muß. Dazu gehört auch, keine Gesetze zu verabschieden, die sich gegen vitale Interessen der überwältigenden Mehrheit der Berliner und damit Berlins richten. Auch ist auf die Gefahr hinzuweisen,

daß die gegenwärtige Bonner Mehrheit den Willen der Berliner zur Rechtseinheit mit dem Bund aushöhlt, indem sie diese vor die Wahl zwischen ihren vitalen Interessen und der Rechtseinheit stellt. Einer solcherart gegen die Bindungen an den Bund wirkenden liberalkonservativen Politik ist entschiedener sozialdemokratischer Widerstand entgegenzusetzen. All dies macht die Entwicklung eines umfassenden Konzepts für die zukünftige Entwicklung dieser Bindungen allerdings nicht überflüssig.

**3. Beziehungen zum Umland:** Durch seine im Kalten Krieg entstandene schwierige Situation war Berlin (West) fast ohne eigenes Zutun im Zentrum der ersten Phase der Entspannungspolitik. In der zweiten Phase läuft es Gefahr, vergessen zu werden, gerade wegen der in der ersten Phase erreichten Verbesserungen der Situation. Für ein sozialdemokratisches Konzept des Ausbaus der Beziehungen zum Umland liegen bereits viele sinnvolle Vorschläge vor: Regelmäßiges Gespräch des Senats mit dem Magistrat auf der anderen Seite ist nur einer davon. In vielfältiger Weise soll erreicht werden, daß die Grenzen auch hier ihren trennenden Charakter verlieren. Immer noch zu wenig entwickelt sind jedoch die Überlegungen zur ökonomischen Kooperation mit der anderen Seite. Zwar entfällt auf Berlin (West) knapp ein Drittel aller Lieferungen der anderen Seite im innerdeutschen Handel. An den Bezügen, die in der Bundesrepublik und Berlin (West) von der anderen Seite getätigt werden, ist Berlin (West) nur mit einem kargen Zwanzigstel beteiligt. Da es sich in beiden Fällen um das natürliche Umland handelt, ist politischer Handlungsbedarf hier kaum zu leugnen. Mit einem Konzept zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zum Umland könnte die Berliner Sozialdemokratie zur besseren Lebensfähigkeit der Stadt beitragen.

Nur eine Berlin-Perspektive, welche für die Gestaltung des Verhältnisses zu den Alliierten, der Bindungen an den Bund und der Beziehungen zum Umland ein umfassendes Konzept enthält, kann eine zukunftsweisende Stadtpolitik ermöglichen. Stadtpolitik und Entspannungspolitik können in Berlin nur im Zusammenhang konzipiert werden. Berlin (West) ist eben keine Stadt wie jede andere.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. neuerdings: Rupert Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Die Hauptstadt, in: Politik und Kultur, Berlin (West), 14. Jg. 1987 H.4, S.33ff.
- 2 Vgl. Hans Willi Weizen: Die zweite Phase der Entspannung — ohne Programm?, in: Detlev Albers/Kurt Neumann (Hrsg.): Über Irsee hinaus! Zur Kritik am Programmentwurf der SPD, Berlin (West) 1987, S.34ff.
- 3 Antrag »Die Zukunft Berlins zwischen Ost und West«, in: Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Tagesdienst — Ausgabe 2084 v. 5.11.1987 nebst Anlage.
- 4 Vgl. SPD Berlin (Hrsg.): Dokumentation: Für eine neue Stufe der Entspannungspolitik und eine europäische Friedensordnung. Beschluß des Landesparteitages der SPD-Berlin vom 20./21. Juni 1986, Berlin o.J.
- 5 Grundlegend dazu: Ernst R. Zivier, Der Rechtsstatus des Landes Berlin, Berlin (West) 4. Aufl. 1987
- 6 Vgl. SPD-Berlin (Hrsg.), Dokumentation ..., a.a.O. (s.Anm.4), S.6.

# Sozialdemokratie

Thomas Ralf Ewald

## Zehn Jahre danach — Stamokap-Streit, SPD-Ausschlüsse und die Folgen

Es war kein artiges »Klassentreffen«, auch keine Versöhnungsfeier, die Rudi Arndt als Mitdiskutant meinte stören zu müssen — auch von der Feiertagsstimmung des 3. Advents wollten sich annähernd 200 SozialdemokratInnen nicht einlullen lassen.

Am 13. Dezember 1987 trafen sie sich auf Einladung des Frankfurter SPD-Ortsvereins Nordend I im Nordendzentrum der Arbeiterwohlfahrt, um zehn Jahre danach »Stamokap-Streit, SPD-Ausschlüsse und die Folgen!« mit *Rudi Arndt, Klaus-Uwe Benneter, Heidi Wieczorek-Zeul, Detlev Albers, Otmar Schreiner, Karsten Voigt* und *Diether Dehm* zu diskutieren. Wegen Krankheit entschuldigt, fehlte einzig Otmar Schreiner beim »Dämerschoppen«.

### Erneuerung der Partei schon in den Umgangsformen

Ein Ziel der Veranstaltung war es anzumahnen, daß zukünftig die geistige Auseinandersetzung in der Partei solidarischer, toleranter, konstruktiver geführt wird, als dies damals von allen Seiten her geschah. Am Abend war daher oft von »Streitkultur in der SPD«, »Diskussionsatmosphäre«, »neuen Formen der Parteilarbeit«, »Erneuerung der Partei schon in den Umgangsformen«, vom Aufbau eines Dialogverhältnisses die Rede. »Der Stil des Umgangs«, so *Karsten Voigt*, sei für ihn »eine Frage der Substanz der SPD...«

Der *Spiegel*-Redakteur *Leinemann* bewertete den Diskussionsabend als »erstaunlich«: »Bis auf Rudi Arndt warnen alle Redner in den dichten vier Stunden vor Wiederholungen; nur keine Grabenkämpfe mehr, nur nicht mehr das Ausgrenzen und Verteufeln« (*Der Spiegel* 52, 21.12.87, S.26). *Der Spiegel* hob sich wohlthuend von der Berichterstattung der *Frankfurter Rundschau* ab (FR vom 15.12.87, »Alter Streit bei Kerzenschein«), die das polternde Auftreten von Rudi Arndt sensationslüstern zum Anlaß nahm, von »neuen Grabenkämpfen« und von »alten Wunden«, die wieder aufreißen könnten, zu berichten. Detlev Albers schien nach der FR nicht einmal auf dem Podium zu sitzen! Soweit zur Mitteilungssorgfalt der FR. Sein augenfälliges Desinteresse hingegen bekundete der *Vorwärts*. Konstruktiv geführter innerparteilicher Streit scheint das Parteiorgan offensichtlich nicht zu interessieren.

Die Veranstaltung war lokalpolitisch eingefärbt. So erinnerte man sich der Auseinandersetzungen um das »Westend« (Spekulation und Häuserkampf) und des Umgangs mit Frankfurter »Stamokaps«. — Aber was sich vor zehn Jahren in der SPD abspielte und heute bedauerlicherweise die innergrüne Diskussion bestimmt — Stichwort Tribunal-

atmosphäre —, davon war an diesem Abend nichts zu spüren. *Diether Dehm* forderte dazu auf, »im linken Streit den Andersdenkenden mit seinem verletzten Auge zu sehen«. Als schlimme Folgen der Auseinandersetzungen von vor zehn Jahren seien Aderlaß, Rückzug und Resignation — nicht nur bei den Betroffenen — festzustellen gewesen. Heute bestünden in der Partei immer noch Heckenschützenfronten, und die Wunden seien oft nur oberflächlich vernarbt.

### Verkehrte Welten

Von verkehrten Welten sprach *Diether Dehm* bei der Vorstellung der Diskutanten: So komme *Rudi Arndt* aus einer Familie, in der die Hälfte der Familienmitglieder Kommunisten waren. *Karsten Voigt* habe bei den internationalen Kommunisten ein besseres »standing« als der Gramsci-Experte *Detlev Albers*. *Albers*, 1970 und 1977 mit SPD-Ausschlußverfahren konfrontiert, säße heute als Bremer SPD-Vertreter in der Programmkommission auf Bundesebene. Der 1977 ausgeschlossene *Klaus-Uwe Benneter* habe lange um seine Wiederaufnahme kämpfen müssen. *Heidi Wiczorek-Zeul* hätte den »Krefelder Appell« in einer Zeit unterstützt, als das in der SPD noch schwierig gewesen sei. — So seien ganz komische Fronten entstanden.

### Rauswurf Benneters — »ein großer Fehler der Parteiführung«

*Karsten Voigt* stellte in seinen Eingangsworten bundes- und lokalpolitische Bezüge her. Die Linkswendung der Jusos 1969/70 habe er zusammen mit der Gruppierung um *Detlev Albers* betrieben. Dies hatte eine Reihe gewichtiger Anträge zum Ergebnis, zu denen er heute noch stehe. Gemeinsam stellte man Kontakte zu westeuropäisch-linksozialistischen, kommunistischen und linkschristlichen Gruppen her. Trotz inhaltlicher Zerwürfnisse habe er dennoch immer die Kommunikation mit *Detlev Albers* aufrechterhalten. Die Frankfurter Gruppe um *Rainer Eckert*, die »DKP-Positionen in der SPD vertrat«, habe — dies sehe er auch heute noch so — in der SPD nichts zu suchen. Zum Ausschluß *Benneters* sagte er: »Ich glaube, daß das Vorgehen gegen *Klaus-Uwe* ein großer Fehler der Parteiführung war, und daß man tatsächlich so etwas in der Form auch bei inhaltlichen Auseinandersetzungen nicht wiederholen darf.« Der Ausschluß habe die Jungsozialisten in einen unproduktiven Konflikt getrieben, der zu einem Verlust an Mitgliedschaft führte. Die Mehrheitsfähigkeit hätte nicht so sehr die Position der »Stamokaps« bewirkt, als die Einbindung antiautoritären Protests gegen eine als anpaßlerisch deklarierte Parteilinke.

### Unvereinbarkeitsbeschluß mit dem SDS aufheben!

Den Stamokap-Streit zehn Jahre danach wollte *Detlev Albers* nicht zum Austausch persönlicher Erlebnisse und Anekdoten nutzen. Aus der Sicht von heute stellte er Fragen, die schon damals mitten durch die Auseinandersetzungen gingen, z.B. zum verfeimten Monopolbegriff. Auch das Staatsverständnis der SPD — im Irseer-Programm sei das

4. Kapitel unkritisch mit »Unser Staat« übertitelt — sei fragend zu beleuchten. Ihn beschäftigte die Frage: Welchen Platz findet der Marxismus in der Volkspartei SPD — in der Godesberger SPD? Marxisten in der SPD mußten Unterschlupf in der Formulierung von der »klassischen deutschen Philosophie« finden. Spätestens mit dem SDS-Unvereinbarkeitsbeschluß habe alle Welt begreifen müssen, daß »für aktives, aus der SPD kommendes kritisch-marxistisches Denken, eigentlich kein Raum gelassen werden sollte«. Er empfinde es als Skandal, daß die SPD 26 Jahre nach diesem Unvereinbarkeitsbeschluß immer noch nicht in der Lage sei, diesen Fehler zu korrigieren.

Nach dem Ausschluß Benneters 1977 schrieb Albers im *Vorwärts*: »Die Partei entdeckt ihre Marxisten wieder, und sei es nur unter der verqueren, völlig defensiven Fragestellung, ob sie es überhaupt weiter mit ihnen aushalten wolle.« Seitdem befinde sich die SPD wieder in einem Lernprozeß, eine zusammenhängend argumentierende, dazulernende marxistische Strömung — mit unterschiedlichen Akzenten in sich selbst — als ihre eigene Sache hinzunehmen. Es brauchte den Konflikt, um diesen Lernprozeß tatsächlich zu beginnen.

Albers fragte schließlich nach den politischen Bündnisstrategien der Volkspartei SPD. Sowohl die Formel sozial-liberal als auch die von Rau geprägte der eigenen Mehrheit sei ungeeignet, die Ziele der Linken in unserem Lande, die Ziele einer Systemveränderung in jenem großen Sinne in irgend absehbarer Zeit voranzubringen. Auf der anderen Seite standen seinerzeit Formeln wie »Einheit der Linken«. Dazu zählte mit gewiß mancherlei Illusionen die DKP als ein politisches Subjekt innerhalb der Linken. Heute knüpfe »rot-grün« eher an das an, was damals vorschwebte.

An den Bundesausschuß der Jusos von vor etwa zehn oder fünfzehn Jahren fühlte sich *Heidi Wiczorek-Zeul* bei der Programmkommission auf Bundesebene erinnert. Ausführlich stellte sie ihre politische Motivation vor und während ihrer Zeit als Juso-Bundesvorsitzende dar. Sie streite nach wie vor für Systemüberwindung und für eine antikapitalistische Strategie. Eine abstrakt geführte Staatsdiskussion bringe die SPD politisch nicht weiter. In der Vergangenheit habe sie sich hinsichtlich der Möglichkeit der Veränderbarkeit osteuropäischer Systeme geirrt und hoffe, daß die Realität sie nicht widerlegen werde.

Für *Klaus-Uwe Benneter* war die Auseinandersetzung über dogmatische oder undogmatische Positionen und demokratische Rechte in Osteuropa nur ein »Vehikel«, um die innerparteiliche Opposition kleinzuhalten. Das hätte in der Folge zur Gründung der Grünen beigetragen. Seine Mitgliedschaft in der SPD sei heute eine rationalere. Entscheidend sei für ihn, daß die SPD in ihrem politischen Handeln in letzter Konsequenz eine ökonomische Veränderung anstrebt. Das sei nur zu erreichen, wenn sie den ökonomisch Mächtigen auf die Füße tritt.

### **Stamokap für unsere Parteidiskussion konkret machen**

Die Diskussion zeigte, daß noch immer ein großer Erklärungsbedarf über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht.

*Lisa Abendroth* hob hervor, daß die Parteiführung mit dem Godesberger Programm den Marxismus aus der SPD ausgegrenzt habe. Die SPD habe sich mit dem SDS-Unvereinbarkeitsbeschluß nicht nur der MarxistInnen, sondern auch vieler nicht am marxistischen Denken orientierter linker Opponenten entledigt. Die SPD-Linke solle jetzt ihre Kraft bündeln. Nur so können sie prägenden Einfluß auf das Irseer-Programm gewinnen.

Die SPD solle sich, so *Karsten Voigt*, für neue Ideen in der Gesellschaft öffnen. Im Zusammenhang mit den geplanten Schließungen von Stahlwerken im Ruhrgebiet konterte der IG-Metall-Funktionär *Klaus-Peter Wolf*, daß bei aller Bereitschaft, neue Ideen aufzunehmen, die »alten Ideen«, wie Vergesellschaftung und Investitionslenkung, nicht über Bord geworfen werden dürften. Die Macht und das Verhalten der Monopole und des Staates »zehn Jahre danach ...« zeige, daß die Stamokap-Theorie aktueller denn je sei. Die Auseinandersetzungen im Ruhrgebiet und um die Werften, ließen es zur Notwendigkeit werden, »Stamokap für unsere Parteidiskussion konkret zu machen«.

*Heiner Halberstadt* wies auf die Ursachen der verengten Rezeption der Stamokap-Theorie zu Beginn der siebziger Jahre hin. Die absolute Theorielosigkeit der SPD habe nicht erklären können, wie es zum Reformstillstand spätestens 1974 gekommen sei. Dieses Theoriedefizit habe dann eine z.T. angelieferte Theorie weitgehend befriedigt. Daß diese Theorie als aus der DDR stammend diffamiert wurde, habe automatisch ihre VertreterInnen in der SPD KP-verdächtig gemacht. Sie seien ausgegrenzt worden — auch weil sie zum Teil erst infolge der Diskriminierung und Marginalisierung Habitus und Sprache der in der BRD an den Rand gedrängten KP-Funktionäre übernommen hätten. Wer sich heute in der SPD mit der eigenen Geschichte, den Gegenwartsproblemen und Perspektiven der eigenen Partei auseinandersetzen wolle, müsse ein Studium außerhalb der Partei absolvieren.

Das SPD-Präsidiumsmitglied *Heidi Wiczorek-Zeul* sagte am Schluß zu, sich für die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses mit dem SDS einzusetzen.

Fazit: Der Umgang an diesem Abend war behutsamer und toleranter als sonst. Ein solches Klima sollte auch zukünftig den innerparteilichen Streit bestimmen.

Rainer Christ

## Steinzeit?

### Parteiordnungsverfahren in Rheinhessen

Als in Frankfurt am 13. Dezember 1987 — zehn Jahre danach — prominente Beteiligte des Konflikts um den letztlich ausgeschlossenen Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten Klaus-Uwe Benneter zusammentrafen und den Konflikt aus heutiger Sicht besprachen, war das sogar dem *Spiegel* eine herausgehobene Berichterstattung wert. Hauptergebnis des Gesprächs: Heute sieht die SPD das alles wesentlich unverkrampfter und toleranter, die alten Zeiten seien vorbei.

Nur wenige Kilometer entfernt, auf der gegenüberliegenden Rheinseite im Parteibezirk Rheinhessen, hätte eine solche Bilanz anders ausgesehen. Kurz vor der Frankfurter Rückblende beschloß hier der Bezirksvorstand in einer tribunalartigen Sondersitzung, gegen fünf Mitgliederinnen der Partei — drei ASF-Mitglieder und zwei Jungsozialisten, bis auf einen Mitglieder von Unterbezirks- und Bezirksvorständen der Arbeitsgemeinschaften bzw. der Partei — disziplinarisch vorzugehen. Der Hauptvorwurf des Bezirksvorstandes richtete sich gegen die Unterzeichnung eines Einladungsflugblattes für eine Veranstaltung der Anti-Apartheidbewegung Mainz mit einem Journalisten aus Südafrika, der für den Freiheitssender »Nelson Mandela« um Unterstützung wirbt. Stein des Anstoßes: Unter dem Flugblatt stehen neben Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Pfarrern, Grünen u.a. auch zwei Kommunisten! Zusätzlich spielte in der Sitzung die unterstellte Mitgliedschaft einiger Betroffener in der VVN-BdA eine nicht unerhebliche Rolle. Der §20 der Schiedsordnung, der bei nachgewiesener Mitgliedschaft in einer Organisation, mit der ein Unvereinbarkeitsbeschluß besteht, den sofortigen Parteiausschluß vorsieht, wurde mehrfach zitiert. Schließlich wies der Bezirksvorstand auch noch auf die SHB-Aktivitäten eines Jungsozialisten hin. Ergebnis der Sondersitzung: Die fünf — zum Teil in der Sitzung anwesend und als Vorstandsmitglieder an der Debatte beteiligt — werden brieflich aufgefordert, sich zu distanzieren bzw. zu rechtfertigen. Fallen die Antworten nicht zur Zufriedenheit des Vorstandes aus, sollen Parteiausschlußverfahren eingeleitet werden.

Im Bezirk, vor allem im Unterbezirk Mainz, aus dem alle fünf Betroffene stammen, löst dies Vorgehen heftige Proteste aus. In Mainz wurde und wird von Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereinen bis hin zur Unterbezirksebene immer wieder in Bündnissen der Friedensbewegung, der Nicaragua-Solidarität, der Anti-Apartheidbewegung mitgearbeitet, wenn die Inhalte für Sozialdemokraten akzeptabel sind. Dies wird nun durch das Vorgehen des Bezirksvorstandes in Frage gestellt. Besondere Erbitterung rufen die Präzedenzfälle hervor, die der Disziplinierung zum Anlaß dienen sollen. Südafrikasolidarität und Antifaschismus gehören zu den Feldern der Politik, auf denen bisher im breiten Konsens und ohne hysterische Abgrenzung nach links erfolgreich gearbeitet werden konnte. Auch eine größere Parteiöffentlichkeit außerhalb des Bezirks reagiert schockiert.

Auf Grund dieses unerwarteten Echos seiner Aktivitäten mußte der Bezirksvorsitzende Gernot Fischer eine etwas vorsichtigere Gangart einlegen. Vorerst wurden die fünf Delinquenten nur wegen ihrer Unterschrift unter das Südafrika-Flugblatt und der damit unterstellten Zusammenarbeit mit Kommunisten schriftlich zur Stellungnahme aufgefordert. Nach Redaktionsschluß hat Ende Januar darüber ein Gespräch mit dem zuständigen Parteivorstandsmitglied stattfinden, hierzu hat sich Oskar Lafontaine angesagt. Bis dahin liegt der Konflikt auf Eis — offiziell.

Im Hintergrund bzw. an anderen Schauplätzen agieren andere Beteiligte jedoch munter weiter. So wies der Bezirksgeschäftsführer Helmut Kuhn — in der rheinland-pfälzischen SPD als »Juso-Fresser« berüchtigt — in einem Funktionärsrundbrief zum Jahreswechsel ausführlich auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit der VVN hin. Eine weitere, besser vorbereitete Runde in der Auseinandersetzung um das Verhältnis zur VVN wird vorbereitet. Auch über die früher berüchtigten Richtlinien zur Öffentlichkeitsarbeit von Arbeitsgemeinschaften wurden die rheinhessischen Funktionäre zum Neuen Jahr verdächtig ausführlich informiert.

In Worms versuchen zugleich andere Vorstandsmitglieder, massiv auf den DGB Druck auszuüben, um ihn dazu zu bewegen, eine antifaschistische Initiative von über 20 Organisationen zu verlassen, der neben vielen anderen Gruppen auch die DKP und die VVN angehören. Die Initiative versucht, neonazistische Aktivitäten in einem Wormser Vorort öffentlich zu machen, und geriet dabei mit der örtlichen SPD-Spitze aneinander. Der sozialdemokratische Ortsvorsteher hatte gar in einer öffentlichen Veranstaltung die Zentralfigur der Affäre, den Wormser Bundestagskandidaten der NPD als »ordentlichen Deutschen« bezeichnet und sich vor ihn gestellt. Von Parteiordnungsmaßnahmen in diesem Fall hält der Bezirksvorstand gar nichts. Dieses Verhalten steht in merkwürdigem Kontrast zum Vorgehen gegen linke Sozialdemokraten.

In Rheinhessen steht die Zeit seit den siebziger Jahren mit ihren auch in anderen Parteibezirken opferreichen Parteiordnungsverfahren praktisch still. Schon damals fiel den Säuberungsmaßnahmen u.a. ein ganzer Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten zum Opfer. Für den Bezirksvorstand stellt sich das als eine durchaus erfolgreiche Maßnahme heraus, denn seitdem traut sich in diesem Unterbezirk praktisch kein junges Parteimitglied mehr an die Jusoarbeit auf Unterbezirksebene heran. Noch immer verkehrt der Bezirksvorstand mit den Jungsozialisten vorwiegend schriftlich und oft genug unter Hinweis auf die Schiedsordnung der Partei. Mehr als ein Bezirksvorstand der Jungsozialisten mußte wenigstens zeitweilig unter der Androhung des Parteiauschlusses arbeiten. Mehrere Verfahren wurden selbst in jüngster Zeit noch durchgeführt. Als letzter verlor 1986 ein Jungsozialist sein Parteibuch, weil er nach Ansicht der Bezirksspitze durch eine Äußerung in einer örtlichen DKP-Zeitung das Ansehen der SPD nachhaltig geschädigt hatte. Selbst im Bundestagswahlkampf 1987 mußten sich die Jungsozialisten Mainz von einem Flugblatt, das zu einer Anti-Kohl-Demonstration aufrief, distanzieren, weil dort auch DKP-Mitglieder unterzeichnet hatten. Der Bezirksgeschäftsführer hatte sofort mit Parteiausschluß gedroht.

Eine deutliche Verschärfung der ohnehin rüden Gangart trat ein, als Frühjahr 1987 die ASF auf Bezirksebene einen neuen Bezirksvorstand wählte und vorwiegend ehe-

malige Jungsozialistinnen und der Frauenbewegung nahestehende Frauen eine breite Mehrheit bekamen. War bis dahin von der ASF auf Bezirksebene nichts zu hören gewesen, so meldete sie sich nun zu Wort und scheute auch vor Kritik an etablierten Sozialdemokraten nicht zurück. Als erster bekam dies Florian Gerster, MdB, zu spüren, als er — relativ isoliert in der SPD — die Öffnung der Bundeswehr für Frauen forderte. Es dauerte nicht lange, bis die ASF den Jungsozialisten ihre bis dahin ungefährdete Position als »Hauptfeind Nr. 1« streitig machte. Gelder wurden gesperrt, Rundbriefe blockiert, Einvernehmensrichtlinien hochgehalten usw.

Neben dem Bezirksgeschäftsführer tut sich insbesondere der bereits erwähnte Florian Gerster hervor. Kaum in den Bundestag gewählt, schloß er sich dort dem parteirechten »Seeheimer Kreis« an und erregte schnell Aufsehen, handelt es sich bei ihm doch endlich einmal um einen jungen und dynamisch wirkenden Sozialdemokraten. Er kann auch etwas vorweisen: Bei einer Tagung der »Seeheimer« im Dezember tauchte aus Rheinhessen ein »Freundeskreis junger Sozialdemokraten« im besten Juso-Alter auf, der sich voll in den Dienst der Sache der »Seeheimer« stellen will. Der Kreis wird seit mehreren Jahren von Gerster und anderen Mitgliedern des Bezirksvorstandes massiv und zielgerichtet mit Referaten bei Veranstaltungen, Friedrich-Ebert-Stiftungseminaren, Berlin-Fahrten, Bonn-Ausflügen u.ä. gefördert. Seine Aktivitäten erschöpfen sich bisher in Wahlkampfkaktionen, bei denen sie eine rechte Interpretation sozialdemokratischer Politik verbreiten, und in jeder Form von Denunziation namentlich »kommunistischer« Aktivitäten der Jungsozialisten. Im Unterbezirk Worms gelang es dem Bezirksvorstand mit Hilfe dieses Kreises vor kurzem, die Juso-Organisation zu übernehmen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß demnächst auch auf Landes- und Bundesebene bei den Jungsozialisten ganz neue politische Konflikte auftauchen, bei denen sich alle heutigen Juso-Strategen die Augen reiben werden.

Auch in die Programmdebatte schaltete sich Florian Gerster sofort mit einem umfänglichen »Beitrag des Seeheimer Kreises zur Programmdebatte« ein. Credo: Soviel Kontinuität wie möglich — so wenig Wandel wie nötig! Gegen die Bundes-ASF feuerte er im *Vorwärts* eine Breitseite ab mit der Warnung an die sozialdemokratischen Frauen, nicht andauernd nur Minderheiten und ihre Positionen zu vertreten. In Bonn mit einiger Überraschung registriert, kann die Aktion rheinhessische Sozialdemokratinnen kaum erschüttern. Hier klassifiziert die Mehrheit der Bezirksspitze schon die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des §218 (aktuelle Beschlußlage etwa des Berliner SPD-Landesverbandes) als hochgradig parteischädigend ein!

Auf diese Linie soll in Rheinhessen ein ganzer Parteibezirk zurechtgestutzt werden — trotz Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung, Nürnberger Beschlüssen oder vielleicht auch gerade deswegen. Es erscheint wahrscheinlich, daß in anderen Parteibezirken offene oder heimliche Seeheimer dieses Experiment mit großem Interesse verfolgen.

Joachim Günther

## »...wofür sie besonders schwärmt, wenn es wieder aufgewärmt«

### Wem nützt das sozialliberale Revival?

Die Hamburger Wahlen haben es möglich gemacht: Zum ersten Mal seit der »Wende« gibt es wieder eine sozialliberale Koalition in der Bundesrepublik. Bemerkenswert: Inmitten der Bonner Koalitionsturbulenzen hat dieser politische Luftballon der FDP nicht geschadet. Im Gegenteil, es gelang ihr zum ersten Mal seit langer Zeit, im öffentlichen Bewußtsein so etwas wie ein eigenständiges Profil zu gewinnen:

- trotz Vermummungsverbot und anderer Kapriolen im Bereich der Innenpolitik gilt die FDP als liberale Bremse gegenüber den Gauweiler und Co;
- in der Außenpolitik ist es allein die Politik Genschers, die unumwunden Anerkennung in den Medien findet;
- die Wirtschaftspolitik der FDP erscheint derzeit als die einzige, der die bürgerliche Presse das Prädikat »konsequent« zuordnen möchte.

Soweit eine Bestandsaufnahme, wie sie in den herrschenden Medien zu finden ist. Wird einem »sozialliberal« fühlenden SPD-Funktionär da nicht ganz warm ums Herz, wenn er dann die Äußerungen von Genschers liest, der zur Jahreswende die Nähe zu sozialdemokratischen Positionen unterstrich?

Die Äußerungen Genschers und das »Hamburger Experiment« sind in der Öffentlichkeit nicht als erneuter »Umfall« der FDP bewertet worden. Zu Recht, denn den streng dosierten Liebesbezeugungen der FDP liegt wohldurchdachtes Kalkül zugrunde:

- Die FDP erweitert den Spielraum in der Koalition, indem sie die Mehrheitsfrage ständig implizit stellt, ohne daß die Union gegenwärtig eine realistische Chance hätte, ein »Strauß-Modell« der absoluten Mehrheit durchzusetzen.
- Die FDP entgeht dem Stigma einer »Blockpartei«, just in einer Zeit, in der »Positionslosigkeit« en vogue zu sein scheint.
- Schließlich öffnet sich die FDP damit auch das Hintertürchen für den Fall, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Union sich zu einer ernsthaften Krise entwickeln könnten.

Wer sich in einer derart prächtigen strategischen Lage befindet, wird diese nur als letzten Ausweg verlassen: Aus FDP-Sicht ist eine Annäherung an die SPD nur so lange von Nutzen, solange sie *nicht* zur Koalition führt. Aber das hat in der SPD erst der kleinere Teil begriffen. Für einen großen Teil — besonders der Mandatsträger — hat sich die Stimmung schlagartig gebessert: Als ob sie von jahrelangen Qualen befreit würden, posaunen sie nun freudig erregt den neuen »Dreh« zur nächsten Regierungsbeteiligung in die Welt. Der Idee, endlich nicht mehr das frustrierende Geschäft mit den grün-alternativen »Chaoten« betreiben zu müssen, sondern mit »vernünftigen« Leuten (da wird man sich doch wohl einigen können!) »richtige« Politik betreiben zu können, das

ist die neue Stammtischdevisen. — Der sozialliberale Virus ist kein »rechtes« Phänomen. Eher scheint es so, als gerade auch Linke die Schnauze voll von rot-grünen Experimenten haben. Befördert wird die Haltung durch den gegenwärtigen beklagenswerten Zustand der Grünen »Partei«, mit der zur Zeit in keiner Beziehung Staat zu machen ist. Die Parteispitze wird es nicht leicht haben, ihre bisherige distanzierte Position aufrecht zu erhalten. Wenn Hans-Jochen Vogel betont, daß die Abstände zwischen SPD und FDP in den letzten Jahren eher größer geworden sind, oder wenn Anke Fuchs die FDP als »nicht gesprächsfähig« bezeichnet, dann kann man nur hoffen, daß dies mehr als rhetorische Floskeln sind, die im »Ernstfall« einer höheren Logik weichen müssen.

Für die SPD wäre das Umschwenken auf eine Neuauflage der sozialliberalen Koalition eine mittlere Katastrophe: Jede auch nur denkbare gesellschaftspolitische Initiative würde in der Arbeitsteilung zwischen »freier Marktwirtschaft« und halbherzigem Keynesianismus in kürzester Frist in der ökonomischen Sackgasse enden. Da würden auch Fortschritte in der Entspannungspolitik die SPD nicht retten.

Für die Linke stellt sich die neue Koalitionsdebatte noch aus einem anderen Grunde als verhängnisvoll dar: Eine Verdrängung der durch die »rot-grüne Debatte« erreichten inhaltlichen Fortschritte wäre zubeifürchten. Die »Nürnberger Beschlüsse«, ohnehin durch den Rau-Wahlkampf nie in die offensive Diskussion gelangt, könnten in den Recycling-Prozeß eingefüttert werden.

Die gegenwärtige Alternative besteht allerdings kaum in der abstrakten Propagierung von rot-grünen Koalitionsaussagen. Vordringlich für die Politik der SPD ist die eigenen Profilierung. Die offensive Diskussion gesellschaftspolitischer Fragen ist die Voraussetzung dafür, daß die Formulierung einer möglichen Regierungspolitik nicht schon von vornherein aus der Hand gegeben wird. Unter allen Varianten, die die Parteienlandschaft bietet, ist allerdings die einer SPD/FDP-Koalition die unattraktivste, weil sich mit einer solchen Koalition auch nicht theoretisch die Verwirklichung gesellschaftspolitischer Fortschritte erwarten läßt.

# SPD-Programmdiskussion

Andreas Wehr

## Marsch zurück!

### Anmerkungen zum Seeheimer Beitrag zur sozialdemokratischen Programmdiskussion

Die Diskussion um das neue Programm der Sozialdemokratie belebt sich langsam. Jetzt haben sich auch die Seeheimer, die Parteirechte um ihren alten Kanalarbeiterkern, zu Wort gemeldet. Der von den Medien ausführlich gewürdigte Beitrag (vgl. etwa FAZ und FR vom 14.12.87) sollte zugleich eine Rekonstruktion und die Neuformulierung der Parteirechten auf Bundesebene signalisieren. Im Zuge dieser Erneuerung beginnen einige jüngere Kader, den müde und träge gewordenen Altvorderen wie Renger, Wischniewski und Ehrenberg das Ruder aus der Hand zu nehmen. Jene, die sich bestenfalls noch einmal um einen Ministerposten schlagen würden, werden langsam abgelöst von »Leuten mit Biß«, die auch noch die Funktion eines Obmannes oder eines Sprechers in der Bundestagsfraktion für erstrebenswert halten. Die Leitung der Redaktionsgruppe des Beitrags unterstand denn auch mit *Florian Gerster* einem jungen Bundestagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz. Dabei ist aber auch der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin *Dietrich Stobbe*, der nun auf Bundesebene auf einen Neubeginn seiner Karriere hofft.

Gemeinsam ist offenbar Rechten wie Linken, daß sie mit dem Irseer Entwurf nicht viel anfangen können. So erwähnen ihn die Seeheimer auch nur ein einziges Mal am Rande. Ausgangspunkt ihrer Argumentation ist vielmehr das Godesberger Programm selbst. Vor diesem Hintergrund werden die Anforderungen an ein neues Programm formuliert. Die Beschreibung der »neuen existentiellen Herausforderungen und Problemzuspidzungen« gibt zunächst zu einigen Hoffnungen Anlaß, daß wenigstens die Problemsicht in der SPD in ihrem Kern nicht kontrovers ist. Es ist die Rede von der »Entwicklung einer europäischen Friedensordnung«, und daß das »neue Programm dem heutigen Selbstverständnis der Frauen und ihrem Streben nach rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Gleichstellung entsprechen muß«.

Diese neuen Herausforderungen sollen aber ausdrücklich auf der Grundlage von Godesberg beantwortet werden. Es folgt der Kanon der Godesberger Grundentscheidungen: Angefangen mit der Absage an die marxistische Gesellschaftsanalyse über die Beschreibung des Sozialismus nicht als Endziel, sondern als dauernde Aufgabe bis zur Ablehnung der Sozialisierung und dem Bekenntnis zu einer gemischten Wirtschaftsordnung. Anstatt das Godesberger Programm selbst als Ausdruck einer bestimmten, mittlerweile gut dreißig Jahre zurückliegenden Epoche zu interpretieren, werden

daraus eherne Werte abgeleitet. Die Seeheimer folgen damit nicht einmal ihrem traditionellen Vordenker Richard Löwenthal, der vor kurzem erklärte: »Godesberg war ein Schritt, um die von Adenauer lange gepflegte Methode, Sozialdemokraten gleichsam als vaterlandslose Gesellen oder Agenten Moskaus auszugrenzen und zu diffamieren, zu überwinden. Hierauf bezog sich die öffentliche Wirkung von Godesberg. Demgegenüber war die positive Bestimmung der Grundlinien sozialdemokratischer Politik ausgesprochen dünn.« Ohne Zweifel kommt es jetzt darauf an, diese damals dünn gebliebenen sozialdemokratischen Grundlinien zum neuen Programm stärker zu zeichnen.

### **Nur keine Kritik an den USA!**

Die Aussagen zur Sicherheits- und Entspannungspolitik stellen einen ersten hervorgehobenen Schwerpunkt des Seeheimer Beitrags dar. Für das Selbstverständnis dieses Kreises sind diese Passagen von besonderer Bedeutung, definierten sich die Seeheimer doch über Jahre hinweg fast ausschließlich über ihre bedingungslose Zustimmung zum Schmidtschen Aufrüstungskurs. Durch die veränderte Position der Partei gerieten sie in die Isolierung. Auch jetzt tun sie sich schwer mit der neuen Entspannungs- und Sicherheitspolitik, wie sie in den Beschlüssen von Köln, Essen und Nürnberg niedergelegt sind. Die Westbindung der Bundesrepublik — und damit in erster Linie das Verhältnis zu den USA — wird in dem Beitrag so unkritisch beschrieben, als gäbe es nicht wichtige Interessengegensätze zur gegenwärtigen Politik der USA. Keine Rede von SDI, air-land-battle und von der Kanonenbootpolitik der USA in der sog. Dritten Welt. Zur Erinnerung: Die im Nürnberger Parteitagbeschuß beschriebene Bündnispartnerschaft im Westen wurde untrennbar verknüpft mit der Selbstbehauptung Europas: »Die Bundesrepublik findet das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann.« Und: »Es dient dem Bündnis, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Sicherheitsinteressen klar zum Ausdruck bringt und die Westeuropäer künftig eine eigenständige Rolle im Bündnis übernehmen, um ihren verteidigungs- und entspannungspolitischen Interessen Geltung zu verschaffen.« Konsequenterweise fehlt dann auch im Beitrag jeder Hinweis auf die Selbstbehauptung Europas. Das Konzept der Sicherheitspartnerschaft, das seit Irsee nur noch »gemeinsame Sicherheit« heißt, ist nur noch gut genug, »in konkrete Verhandlungen zwischen den Bündnissen und den Supermächten überführt zu werden«. Kein Hinweis auf einen spezifisch deutschen oder europäischen Beitrag. Immerhin bekennt man sich zu einem »Korridor in Europa ohne östliche und westliche Atomwaffen, ohne Chemiewaffen und ohne schweres, zum Angriff geeignetes Gerät«. Das gemeinsame SPD/SED-Papier fiel dennoch unter den Tisch. Die Nürnberger Forderung nach defensiver Verteidigung wird zwar aufgegriffen, sogleich aber als Anforderung an die östliche Seite definiert: »Mit dem anzustrebenden System gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West unvereinbar sind offensive Elemente in der Militärdoktrin, in den Strategien und Streitkräftestrukturen sowie eine deutliche Überlegenheit bei einer

Kategorie von Waffen. Eine defensive Umorientierung der östlichen Militärstrategie und die Anerkennung des Prinzips der Hinlänglichkeit für die eigenen Verteidigungsanstrengungen sind Voraussetzung für die beiderseitige Überwindung des Systems konventioneller und nichtkonventioneller Bedrohung und Abschreckung.« Ziemlich unvermittelt und widersprüchlich zu diesen Ausführungen folgt dann die Formulierung: »Ein strikt defensiv orientiertes Bündnis kann partielle Unterlegenheit hinnehmen, die die Hinlänglichkeit eigener Verteidigung nicht in Frage stellt.« Die FAZ deutete diese Passage denn auch zu Recht als ein Entgegenkommen gegenüber der Parteilinken.

Halbherzig und widersprüchlich bleiben auch die Anmerkungen zur Überwindung der atomaren Abschreckung. Den Atomwaffen wird — trotz der beklagten »mangelnden Akzeptanz« — die Wirkung unterstellt, einen Krieg zwischen Ost und West verhindern zu helfen. Dennoch wird an einem »von Massenvernichtungswaffen freien Europa« festgehalten.

Ein abschließender Vergleich des Abschnitts Entspannungs- und Sicherheitspolitik mit den geltenden Beschlüssen der sozialdemokratischen Parteitage macht deutlich: Die Widersprüche, Halbheiten und Weglassungen sind nicht zufällig. Zentrale Elemente der neuen Sicherheits- und Entspannungspolitik der SPD werden uminterpretiert, in andere Zusammenhänge gestellt oder schlicht weggelassen. Es geht nicht mehr alleine um einen Beitrag zum Parteiprogramm, es geht um eine rückwärtsgerichtete Revision des Nürnberger Parteitagsbeschlusses!

### **Hinter Godesberg zurück**

Bieten die Positionen zur Sicherheits- und Entspannungspolitik noch konkrete Aussagen, um die sich eine Auseinandersetzung lohnt, so verflacht das Papier im Abschnitt »Demokratie in Staat und Gesellschaft« zu einem schlechten Gesinnungsaussatz. Phrasen reihen sich an Phrasen! Zwei Kostproben: »In einer freiheitlichen Ordnung gibt es keine Staatsdoktrin, keine von oben verordnete Auseinandersetzung über die besseren Wege und die besseren Lösungen.« Und: »Der Kompromiß ist ebenso wie die Toleranz und der Pluralismus ein Wesenselement der Demokratie. Der Kompromiß dient der notwendigen Interessenabwägung und dem erforderlichen Interessenausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen dem freien Spiel der Kräfte und der sozialen Verantwortung, zwischen privaten und öffentlichen Anliegen. Nur wer den Kompromiß anerkennt und andere Meinungen gelten läßt, ist für die Demokratie tauglich.« So stellt sich für Klein-Fritzchen das Regierungssystem der Bundesrepublik dar! Die mittlerweile in die Tausende gehenden Untersuchungen von in der Regel bürgerlichen Soziologen und Politologen über das konkrete System von Herrschaft in der Bundesrepublik sind offensichtlich an unseren Seeheimer Genossinnen und Genossen spurlos vorübergegangen. Trotzig wird behauptet: »Es darf nach unserer Staatsauffassung keine unkontrollierte Macht geben — auch nicht in der Wirtschaft, in den Verbänden und Großorganisationen, in den Medien.« Und wenn es nun diese »unkontrollierte Macht« gibt? Man hätte sich gewünscht, daß die Autoren des Beitrags, die an-

sonsten nicht müde werden, das Godesberger Programm zu rühmen, auch mal einen Blick in diesen Text geworfen hätten. Dort heißt es bekanntlich im Abschnitt »Eigentum und Macht«: »Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht. (...) Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden.«

Im Seeheimer Beitrag findet sich im Kapitel »Demokratie in Staat und Gesellschaft« lediglich ein konkreter Vorschlag. Der lautet — sozusagen in eigener Sache: »Die Rechte der einzelnen Parteimitglieder müssen gestärkt werden, bei den wichtigen Mandaten muß die Urwahl der Parteimitglieder eingeführt werden.« Die Kanaler erhoffen sich dadurch offensichtlich Zuwachs!

### **Die Marktwirtschaft ist nicht schuld**

Die in dem Kapitel »Wirtschaftliche Leistung und Lebensqualität« an den Anfang gestellte kurze Analyse läßt noch einmal Hoffnung aufkommen. In Anknüpfung an die allgemeine Problemsicht am Beginn des Beitrags werden die wichtigsten gegenwärtigen Probleme benannt: Das sich vertiefende Nord-Süd-Gefälle, zunehmende Umweltzerstörung und wachsender Rüstungsaufwand. Auch für die Bundesrepublik wird eine »drastisch verschlechterte Beschäftigungslage« und ein »schleichender Verarmungsprozeß« konstatiert. All diese zutreffenden Beobachtungen ändern jedoch nichts an der prinzipiell positiven Haltung gegenüber der bestehenden Wirtschaftsordnung, schuld sei vielmehr nur die Politik: »Die tiefen Einbrüche der achtziger Jahre in das Sozialgefüge und die drastische Verschlechterung der Beschäftigungslage sind nicht das Ergebnis dieser Wirtschaftsordnung, sondern falscher politischer Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene.« Die Anhänger/innen des Seeheimer Kreises als Anhänger/innen einer Superstamokap-Theorie? Wohl kaum, hinter dieser absurden Behauptung steckt vielmehr die Absicht, jegliche antikapitalistischen Töne aus dem zukünftigen Programm herauszuhalten. Wer so argumentiert, muß sich aber auch fragen lassen, ob denn die Massenarbeitslosigkeit auch unter der Bundesregierung von Helmut Schmidt Ergebnis »falscher politischer Entscheidungen« war. Auch wird man die SPD in einer zukünftig von ihr gestellten Bundesregierung an diese großen Worte schmerzlich erinnern. Man dürfte erwarten, daß bei soviel Vertrauen in die politische Macht, diese auch mit den nötigen Instrumenten zum Eingriff in den Wirtschaftsprozess ausgestattet wird. Weit gefehlt! Gefordert wird allein ein »scharfes Wettbewerbsrecht und strikte Datensetzung«. Leider wird nicht ausgeführt, was unter »striktter Datensetzung« verstanden wird, doch wohl kaum eine Investitionslenkung. Von Vergesellschaftung wird — anders als noch im Godesberger Programm — gar nicht mehr gesprochen.

Auch im Kapitel »Wirtschaftliche Leistung und Lebensqualität« finden sich wichtige Elemente der Nürnberger Beschlüsse nicht wieder. Es gibt weder Aussagen zur Arbeitszeitverkürzung noch konkrete Forderungen zur Ausweitung der Mitbestimmung.

Selbst der inhaltlich dünne Kompromiß des Nürnberger Aktionsprogramms wird damit bereits wieder aufgegeben.

Die von der ungeplanten und willkürlichen Industrialisierung und von einzelnen Produktivkraftentwicklungen ausgehenden Gefahren werden von den Seeheimer/inne/n zu bloßen sozialpsychologischen Erscheinungen erklärt: »Mit anhaltender Arbeitslosigkeit wachsen sich vorhandene Ängste vor neuen Produktionsverfahren und computergesteuertem Faktoreinsatz leicht zu überdimensionierten Gespenstern aus. Unreflektierte Technikfeindlichkeit, Rückzug in alternative Scheinidyllen und Aussteigerhaltungen sind die Folge.« Die Probleme existieren demnach nur in den Köpfen. Ausdrücklich wird auch die Kernenergie darin einbezogen: »Dies gilt nicht nur für Kernspaltung und Weltraumtechnologie; auch die sich ständig selbst überholenden Forschungen bei der Bio- und Gentechnik führen zu wachsender Unsicherheit.« Konsequenterweise fehlt denn auch jeder Hinweis auf eine Ablehnung der Kernenergie. Statt dessen heißt es im Teil zur europäischen Integration: »Wir können nicht gleichzeitig eine nationale Energiepolitik ohne Rücksicht auf europäische Entwicklungen fordern und Europa verwirklichen wollen.« Soll heißen: Ein Verzicht auf Kernenergie bei uns blockiert bei weiterbestehender Pro-Atompolitik z.B. in Frankreich die europäische Einigung. Das laut *Frankfurter Rundschau* noch hineingenommene Bekenntnis zur Atomenergie als »Übergangslösung« ändert nichts an der damit vollzogenen Abkehr vom Nürnberger Kernenergiebeschluß. Bekanntlich ist auch für die gegenwärtige Bundesregierung die Atomenergie nur eine Übergangslösung.

Der Seeheimer Beitrag zur sozialdemokratischen Programmdiskussion ist kein Beitrag, der die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm nach vorne führen kann. Dem kritischen Aufriß von Problemstellungen und Gefahren folgen noch sehr viel weniger als im Irseer Entwurf auch den Herausforderungen entsprechende Antworten. So gut wie kein Vorschlag, der nicht schon seit den Amtszeiten von Helmut Schmidt gängiger Bestandteil sozialdemokratischer Resolutionen, Erklärungen und Wahlprogramme wäre.

Die eigentliche Zielsetzung ist auch nicht die Beeinflussung der Programmdebatte, der Beitrag zielt vielmehr auf die Nürnberger Parteitagbeschlüsse, auf die darin enthaltenen Schritte zur Erneuerung der Partei. So ist der Seeheimer Beitrag das offizielle Dokument über die Aufkündigung des in Nürnberg erreichten Konsens.

## Sozialdemokratische Kulturarbeit

Der Kulturteil des Irseer Programmentwurfs gehört zu den schwächsten Teilen des gesamten Papiers. Die Programmkommission des Bezirks Hessen-Süd hat den folgenden Text als Alternative formuliert. Es lohnt, ihn bei den Debatten über den kulturpolitischen Abschnitt des neuen Programms zu berücksichtigen.

Die Redaktion

Jede Gesellschaft bringt nicht nur eine einzige Kultur, sondern in verschiedenen Regionen und Traditionen, Klassen und Schichten, Gruppen und Institutionen mehrere verschiedene Kulturen hervor, also verschiedene Formen, ihre Lebensgewohnheiten zu pflegen und zu entwickeln.

Lebensgewohnheiten spiegeln sich z.B. in verschiedenen Arten von Kunstgenüssen, Körperkulturen, Ernährung, Baustilen und anderen ästhetischen Aneignungen der Wirklichkeit wider und werden auch davon geprägt.

Innerhalb dieser verschiedenen Kulturen will sozialdemokratische Kulturarbeit um Verständnis für eine Politik des Lebens und Überlebens ohne Krieg, materielle Ausplünderung und ökologische Katastrophen werben.

Auch solche politische und wirtschaftliche Kräfte haben Kulturen hervorgebracht (und damit große Teile der Bevölkerung an sich gebunden), die an Krieg und Zerstörung Interesse haben und alle drei Welten ausplündern (z.B. der Faschismus). Sozialdemokratische Kulturarbeit dagegen ist bemüht, die Zustimmung zu solchen Kulturen abzubauen und die weltweite Vorherrschaft von Großbanken und Konzernen und deren Parteigängern durch eine breite kulturelle Verständigung aller davon bedrohten Menschen zu bekämpfen. Dieser Kampf darf nicht an nationalen Grenzen enden.

Die kulturelle Vorherrschaft der wirtschaftlich Mächtigen zu brechen und die gesellschaftliche Demokratie wesentlich zu erweitern, heißt auch, sich um jeden Kulturarbeiter zu bemühen, sei er Künstler oder Journalist, Lehrer oder Wissenschaftler, Pfarrer oder Gewerkschaftsfunktionär, ja, selbst Vertreter einer anderen oder andersdenkenden Partei. Dabei dürfen wir die Bedürfnisse der Menschen nie einfach ignorieren, sondern müssen sie ernstnehmen und zum Gegenstand unserer Kulturarbeit machen.

Sozialdemokratische Kulturarbeit zielt auch in der Kulturpolitik der öffentlichen Hände und öffentlich-rechtlichen Institutionen auf Vielfalt des Erlebens: in Freizeit und Betrieb, in »ernster« und »unterhaltender« Kunst, in Geselligkeit mit Gleichgesinnten und in der Streitkultur mit Andersdenkenden.

Diese verschiedenartigen Bereiche sollen nicht mehr länger gegeneinander ausgespielt werden, sondern im Sinne einer neuen sozialdemokratischen Kulturarbeit ihre Bedeutung füreinander entdecken.

Sozialdemokratische Kulturarbeit beginnt bei der eigenen Partei, ihren Begegnungsorten wie Parteitag, Mitgliederversammlungen, Info-Ständen und anderem. Wer hier auf die Sinnlichkeit von Anregungen verzichtet, verzichtet darauf, demokratischen Sozialismus populär zu machen.

Diskussionsschwerpunkt:

## Die Rechte im Umbruch - Chance für die SPD?

Klaus Naumann

### Sweet smell of success

#### Tendenzen und Grenzen einer »Modernisierung« der Union

Daß es in der Union gärt, ist kein Geheimnis. Doch während früher die Häufung von Querelen, Personalstreitigkeiten und Linienkämpfen als Anzeichen konservativer Bewegungsunfähigkeit, bisweilen senilen Schwachsinn, gesehen wurde, richten sich die Blicke heute erwartungsvoll, nicht unkritisch, aber doch oft fasziniert auf den *anderen Tanker*. Die Union gilt im Zeichen des Fortschrittsskeptizismus als schlechthin modernisierungsfähig, als Protagonist eines sozialen Bündnisses, von dem die SPD bislang nur träumt — von technischer Intelligenz, Facharbeitern (in Maßen freilich) und (vor allem) den vielbeschworenen neuen Mittelschichten. Da werden — durchaus nützliche — »Ausflüge in die Denkfabriken der Wende« (Leggewie 1987) unternommen, aber oftmals übersehen wird, daß die führende Unionspartei, die CDU, nun schon seit knapp 15 Jahren an ihrer »Erneuerung« laboriert. Nachdem die Union angesichts der Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen, der strukturellen Umbrüche und der finanzpolitischen Engpässe immer mehr vom ursprünglichen Wende-Schwung verliert, und ihr Kurs sich im pragmatischen Regierungsgeschäft zu verlieren droht, fragt sich, was von der ersten Modernisierungsphase der CDU in den siebziger Jahren eigentlich übriggeblieben ist. Prophezeiungen eines konservativ gewendeten »Zeitgeistes« sind samt Versprechen einer »geistig-moralischen Erneuerung« auf der Strecke geblieben.

#### »Richtungstreit« der Union und »Lager-Theorie«

Die mit Minusprozenten beachtlichen Wahlmißerfolge der Union waren im Januar 1987 Anlaß, über programmatische und organisatorische Defizite der CDU (wieder) laut nachzudenken.

Warnfried Dettling, einer der Parteireformer, der 1973 bis 1981 in der Planungsabteilung der CDU gearbeitet hatte, zog als einer der ersten die Konsequenz: »Die CDU braucht, vergleichbar den siebziger Jahren, eine Phase der Erneuerung« (*Spiegel* 6/1987, S.20) In ähnlichem Sinne forderte ein anderer Reformer, der CDU-Sozialsenator von Berlin, Ulf Fink (bis 1981 Bundesgeschäftsführer der CDU), eine »Rückbesinnung auf den reformpolitischen Kurs der CDU der siebziger Jahre« (*DAS*, 8.2.1987), und Heiner Geißler packte das gleiche Anliegen in die Formel, »weiche Themen« müßten in der Unionspolitik Priorität gewinnen, um auf veränderte Werthaltungen antworten zu können. Vom rechten Parteirand konterte Heinrich Lummer, Zentral-

problem der CDU sei »die Integration der Wähler, denen eine große geistige Wende versprochen wurde, die aber mehr Wende erwartet hatten, als es nach 1982 gab. (...) Die Entwicklung der CDU nach der Regierungsübernahme in Berlin und Bonn ist eher von einer Verschiebung nach links ... gekennzeichnet ...« (*Die Welt*, 28.1.1987). Und ganz rechts außen empfahl Günther Rohrmoser der CSU, doch aus der Koalition auszuscheren, um »aus der Rolle einer konstruktiven Opposition die Restkoalition mit(zu)tragen« (*taz*, 28.1.1987). — Der »Richtungstreit« in der Union war geboren. Doch zur offenen Kontroverse sollte sich die Debatte erst nach Veröffentlichung der Wahlanalyse Heiner Geißlers im Sommerloch 1987 entfalten.

In datengeschützter Analyse konnte Geißler gravierende Einbrüche im WählerInnen-, gerade auch im StammwählerInnenpotential der Union verbuchen, mit dem Ergebnis, daß die Union beispielsweise bei den unter 45jährigen die Mehrheit an die SPD plus Grüne verloren hat. Sind solche harten Fakten in der Union hüben wie drüben unbestreitbar, so wurde die begleitende Theoretisierung der Misere mittels der sogenannten »Lager-Theorie« zum eigentlichen Stein des Anstoßes. Die CSU sah sich dadurch der FDP alternativlos ausgeliefert. Obendrein spitzte sie die Frage nach den Integrationsleistungen der Union auf die Alternative rechte StammwählerInnen vs. SPD-enttäuschte NeuwählerInnen aus der »Mitte« zu. Nun sind die Schwächen der »Lager-Theorie« allzu offensichtlich, wenn man den JungwählerInnenschwund der Union, die »Lager« übergreifenden Frontlinien des Basiskonsenses und — nicht zuletzt — auch die Regierungs- und Koalitionspolitik der FDP (letzteres bezüglich Hamburg und, wer weiß, Schleswig-Holstein) betrachtet. So bleibt eher die Annahme plausibel, Geißler wollte angesichts widriger Zeiten die Reihen der C-Parteien zusammenschweißen. Dies scheint die Bedingung, den Prozeß der Parteierneuerung voranzutreiben; keine sehr selbstsichere Prämisse.

Jedenfalls ist der Eindruck ganz unberechtigt, die CDU entbehre innerer Probleme. »Das zehn Jahre alte Grundsatzprogramm«, weiß der *Rheinische Merkur* (6.11.1987) zu berichten, wurde »durch strukturkonservative Basiskräfte mehr aufgehalten und ignoriert als gefördert, zumal in traditionellen Regionen, wo die Union jetzt Stimmen verliert.« Es gibt ein innerparteiliches Gefälle zwischen Amtsträgern und Parteibasis, Alt- und Neumitgliedern, zwischen den Geschlechtern und schließlich zwischen den verschiedenen sozialen Interessengruppen.

Und das ist nur der »Bodensatz« der internen Probleme einer Volkspartei. Auf der politischen »Bühne«, in der Parteiführung, den Spitzen der Landesparteien und den Fraktionen lagern noch ganz andere Problembündel: Da stehen in der außenpolitischen Kontroverse »Stahlhelmer« den »Genscheristen« gegenüber, in der sozial- und wirtschaftspolitischen Diskussion Marktradikale und Sozialkonservative, bei den innenpolitischen Konflikten stößt der Law-&-Order-Flügel auf die Liberalkonservativen, und auf ideologischem Terrain fechten christliche Fundamentalisten mit aufgeklärten Konservativen.

## Volkspartei im Umbruch: strukturelle Probleme und Anpassungszwänge

Vor einem Blick auf die erste Phase der »Modernisierung« der Union, die so viele un-  
eingelöste Versprechen enthält, und vor einer Betrachtung der weiteren Perspektive der  
Parteierneuerung ist es angeraten, den Wandlungsprozeß der letzten ca. 15 Jahre in ei-  
nige übergreifende Problemfelder zu systematisieren.

1. Besonders in wahlbewegten Zeiten tritt automatisch die Analyse des WählerInnen-  
verhaltens und der vorgängigen sozial-strukturellen und Einstellungsveränderungen in  
den Vordergrund der Betrachtung. Hier erlebt die Union ihr Pendant zur sogenannten  
Frankfurter SPD-Diskussion (Martin Wentz u. a.), wenn auch in den für eine konserva-  
tive Volkspartei moderateren Formen. Jedenfalls geben die Arbeiten der Konrad-Ade-  
nauer-Stiftung, der CDU-Geschäftsführung (Peter Radunski) oder der von Lothar  
Späth inaugurierten Zukunftskongresse einen Eindruck von der Verwissenschaftlich-  
ung der Politikberatung und der Professionalisierung parteipolitischer Strategien.  
»Wertesynthese« heißt die salomonische Antwort auf Erfahrungen des Wertewandels  
und der Segmentierung der Klientel. »Amerikanisierung« der Wahlkampagnen durch  
emotionalisierte, aggressive, personenbezogene Interventionen war die erste Antwort  
der Unionsplaner, mit der der Tendenz zu gelockerten Parteibindungen, erhöhten Wech-  
selwählerInnenquoten und zunehmenden Wählenthaltungen begegnet werden sollte. Die  
zurückliegenden Wahlschlägen deuten freilich darauf hin, daß diese konservative Va-  
riante »symbolischer Politik« nicht greift — oder nur dann, wenn das Umfeld stimmt.

2. Hinter dem Übermaß wahlsoziologischer Daten und Deutungen wird der tiefer-  
greifende Prozeß der Krise der Volksparteien als »Massenintegrationsparteien« oft  
mehr verdunkelt als erhellt. Nicht allein gesellschaftliche Fragmentierungen lassen  
Partialinteressen deutlicher hervortreten und deren parteiförmige Verallgemeinerung  
schwieriger erscheinen. Hinzu tritt der Gewißheitsschwund der konsensualen Prä-  
missen des bundesdeutschen Volksparteien-Modells und des ihm engstens verbun-  
denen Drei-Parteien-Systems. Dies betrifft fast alle Konsensbereiche wie die Sicher-  
heitspolitik, die Wirtschafts- und Wachstumspolitik, die Sozialpolitik, die Ost- und  
Deutschlandpolitik, Technologie- und Energiepolitik. Prekär angesichts dieser Kumula-  
tion von Problemen ist der Umstand, daß unter diesen Bedingungen die — in weiten  
Teilen parteiübergreifende — Ideologie des CDU-Staates samt ihrer institutionalisierten  
Reproduktionsmechanismen zur Disposition gestellt ist. Die »Suche nach  
neuen Wegen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft«, nach »neuen konsensfähigen  
Strukturen«, verrät eine Prognos-Studie von 1986, werde noch bis Mitte der neunziger  
Jahre anhalten. »Wer in den neunziger Jahren der politischen Landschaft ... den prä-  
genden Stempel aufdrücken wird«, kommentiert der Kohl-Berater und (neuerdings)  
»Kordinator für deutsch-amerikanische Beziehungen« Werner Weidenfeld, »ist somit  
völlig offen. (...) Es wird diejenige Kraft sein, die zuerst die Kompetenz zur Definition  
der Zukunftsaufgaben gewinnt« (*Rheinischer Merkur*, 12.9.1986).

Die Union steht unter einem bisher nur in den Boomperioden der Entspannungspo-  
litik gekannten Anpassungsdruck. Die Zauberformeln des Kalten Krieges, der »offenen  
deutschen Frage«, der Abschreckungsdoktrin, des scheinbar unbeschränkt expansions-

fähigen »Modell Deutschland« (da steht die Union ganz auf den Schultern Helmut Schmidts) wirken nicht mehr, und auch die im letzten Jahrzehnt erarbeiteten Krisenrezepte der neoliberalen Lehre oder des außen-, speziell ostpolitischen Pragmatismus (»Pacta sunt servanda«) stoßen an ihre Grenzen. Niemand hatte gedacht, bilanziert Weidenfeld (1986) mit der Bitterkeit eines enttäuschten Parteireformers, daß sich die Programme der Koalition so rasch erschöpfen und die »Ratio der Wende« an »ihre Grenzen stoßen« würde. — Wo liegt also der Pferdefuß der immerhin schon 1973 auf den Weg gebrachten »Modernisierung« der Union, der zunächst einmal der Niedergang des sozialliberalen Politikmodells in die Hände arbeitet?

### Die »Modernisierung«, erster Teil

Startschuß der ersten Modernisierungsphase der CDU war das Scheitern der von Fraktions- und Parteiführer Rainer Barzel betriebenen »Weiter so«-Strategie nach 1969. Da es nicht glückte, die Regierungsmehrheiten 1972 gleichsam im parlamentarischen Husarenritt (Mißtrauensvotum) zu verändern, kamen jene Unionsreformer zum Zuge, die schon seit einigen Jahren (z. B. in der Zeitschrift *Sonde*) für einen Aus- und Umbau der Honoratioren- und Kanzlerwahlpartei zur Massen- und Apparatpartei plädiert hatten (vgl. Schönbohm 1985). 1973 gelang der Führungswechsel zu Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf, der bald in seiner Funktion als Generalsekretär von Heiner Geißler abgelöst wurde. So merkwürdig es heute erscheinen mag, Helmut Kohl war damals der Kristallisationskern der Parteireformer. Sein Amtsantritt als Parteivorsitzender eröffnete tiefgreifende innerparteiliche Reformen und half, in einem zähen Grabenkrieg die Defizite an Organisation und Personal (Strauß-Rivalität 1976 und 1980) gegenüber der CSU aufzuholen, die schon in den sechziger Jahren in den Modernisierungsprozeß eingetreten war (vgl. Mintzel 1977).

Der Personalwechsel an der CDU-Spitze bedeutete nicht weniger als einen *Generationswechsel*: »Opas Union ist tot, die Partei der Enkel entsteht erst, auf den Übergangsbrücken hat sich die *Flakhelfer-Generation* etabliert.« (*Rheinischer Merkur*, 3.10.1986) Der neue Politikertyp, der sich mit Helmut Kohl und seinesgleichen durchsetzte, bezeichnet auf unionsspezifische Weise das Ende der Nachkriegsgeschichte. Mit den »Enkeln Adenauers« rückten die »Neowilhelminer«, die Advokaten einer neuen Unbekümmertheit ein, denen die »Gnade der späten Geburt« zum Leitmotiv wurde. Ihr Verhältnis zur Adenauerschen Staatsgründung ist weniger durch den antifaschistischen Nachkriegskonsens geprägt als vielmehr durch die »Erfolgsgeschichte« dieser Republik. Normalisierung *von rechts* ist ihr Programm, ein geschichtsblinder »Nationalismus minus Hitler« ihr Beitrag zum zwanghaften Nachvollzug historischer Erblasten (vgl. Bude 1987).

Hauptkriterium ihrer Parteimodernisierung war die Effektivität des Apparates; hier liegen denn auch die bemerkenswertesten Resultate der Parteireform. Ende der siebziger Jahre besaß die CDU einen professionell ausgebauten *Parteiapparat* mit Stabsfunktionen, in denen sich die »68er« der CDU einrichteten und das Planungsinstrumentarium auf den neuesten Stand brachten (Dettling, Fink, Schönbohm, auch Telt-

schik; vgl. Grafe 1986). Das Organisationsnetz wurde bis auf die Kreisebene geknüpft, und binnen weniger Jahre erreichte die CDU eine der SPD entsprechende Organisationsdichte. Wesentliche Bedingungen des Zugewinns parteipolitischer Autonomie und Handlungsfähigkeit war die Emanzipation der Partei gegenüber der Fraktion, ein Spannungsverhältnis, das die Union freilich noch Jahre beschäftigten sollte und auch heute noch nicht erledigt ist.

Die CDU zu Beginn der achtziger Jahre war, verglichen mit dem Stand von 1969, eine geradezu neue Partei. Die *MitgliederInnenstärke* stieg von 300 000 (1969) auf 700 000 (1980). In den Jahren 1973 bis 1976 wurden jährliche Wachstumsraten bis zu zehn Prozent erzielt; Ende des Jahrzehnts war der MitgliederInnenstamm nahezu völlig erneuert. Damit einher ging ein struktureller Wandel. Die Überrepräsentanz der Katholiken wurde abgebaut, der Frauenanteil stieg von 13 auf 21 Prozent (etwa der SPD entsprechend), das Übergewicht der Selbständigen wurde durch den Zustrom leitender Angestellter relativiert, der Anteil der Bauern sank, während der der Arbeiter weiterhin unterdurchschnittlich blieb. In der Alterspyramide nahm die mittlere Gruppe der 29- bis 60jährigen stark zu, ein Zustrom, der in den letzten Jahren versiegt sein dürfte, wenn man den Wahlergebnissen und der MitgliederInnenentwicklung der Jungen Union folgt (vgl. Grotz 1983). Mit der Verjüngung der MitgliederInnenschaft ist die Union mit neuen Wert- und Erwartungshaltungen konfrontiert worden. Traditionelle soziale und kulturelle Bindungen wurden relativiert. Während die Interessendifferenzierungen in der MitgliederInnenschaft in den siebziger Jahren eher zugenommen haben, ist die Artikulationsmacht der parteiinternen »Vereinigungen« (CDA, Mittelstand, Frauen) zurückgegangen, da ihnen der traditionelle Unterbau in Gestalt der alten innerparteilichen Strömungen (klerikal-konservative, christlich-soziale, korporativ-ständische) nun weitgehend fehlt. Auf der Suche nach neuen Integrationsformeln hat die Union in den siebziger Jahren die Werte-Diskussion angestoßen. Das Leitbild der Union hat sich, wenn man vereinfacht, vom traditionsgebundenen Sozialkonservatismus zum neoliberalen Ideal der »neuen Selbständigkeit«, des leistungsorientierten, flexiblen, individualistischen Aufsteigers verschoben.

### »Sakularisierte CDU« mit Programmdefiziten

Der hohen organisatorischen Effektivität der »säkularisierten CDU« (Scheer 1977) stehen *programmatische Veränderungen* von fraglichem Neuheitswert gegenüber. Was den Politikstil betrifft, so hat die Union die sozialstrukturelle Öffnung bei sinkendem Einfluß der traditionellen Parteiströmungen mit erhöhter Flexibilität (»Regierungsfähigkeit«), populistischen Ambitionen (»Führung«) und einer Stärkung des ohnehin angelegten autoritären Korporatismus verbunden. Erhalten geblieben ist das Erhardsche Programm einer »formierten Gesellschaft«, insofern die Kritik der »Macht der Verbände« ein durchgängiges Thema innerparteilicher Diskussion und der Regierungspraxis geblieben ist (siehe § 116 AFG), mitunter begleitet vom Ruf nach einem Verbändegesetz oder innerverbandlicher »Demokratisierung« (Dettling). In der Mitbestimmungsfrage sind alle Vorstöße der Sozialausschüsse abgewiesen worden, aber in der

Regierungspolitik obsiegt der Pragmatismus: die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes blieb (bisher) ausgeklammert.

Die vieldiskutierte Neuentdeckung der siebziger Jahre, die »*Neue Soziale Frage*« (Geißler), verdankt sich dem gleichen Motiv, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit mittels der Emanzipation der »unorganisierten Interessen« endlich stillzulegen. Hinter dieser Intention verbarg und verbirgt sich aber ein fortdauernder Konflikt zwischen der ordoliberalen Interpretation der Reproduktionsleistungen (Eigenvorsorge à la Biedenkopf) und der subsidiären Deutung (Geißler, Fink), derzufolge der Sozialstaat zwar dringend entlastet, aber nicht liquidiert werden soll. Seine Leistungen sollen ausgedünnt, mit Selbsthilfe und »ehrenamtlicher Tätigkeit« (z.B. in Gemeinden oder Sozialverbänden) kompensiert werden. Diese Kontroverse berührt die stete Grundfrage der Union, wie sozial denn die Marktwirtschaft im konkreten Fall sein darf. Im Zuge des neoliberalen, angebotsorientierten Marktradikalismus der »Wende« hat die Politik drastischer Leistungsabstriche dominiert, wird aber immer wieder durchkreuzt von Vorstößen zu selektiven sozialen Leistungen. Ein vollständiger Bruch mit ihrer sozialpolitischen Vergangenheit und ihrer gemischten Klientel ist der Union nicht möglich, und so muß sie den Erwartungen nach einer noch rigideren »zweiten Wende« immer erneut Widerstand entgegensetzen.

Einen eigenen Stellenwert im ursprünglichen Konzept der »Neuen Sozialen Frage« hat die *Frauenpolitik* gewonnen. Der »konservative Feminismus« von Rita Süßmuth enthält deutliche Reaktionen auf den Einstellungswandel, steht aber in Fragen wie der Verschärfung des §218 mit dem Rücken an der Wand — und verfügt über keinen finanzpolitischen Spielraum zur Realisierung von Gleichstellungsprojekten.

Der einzige Versuch, die Vielfalt programmatischer Erneuerungen in ein Konzept zu integrieren, geht von Baden-Württemberg aus und ist auf Grund der regionalen Sonderbedingungen kaum auf die Bundesrepublik zu übertragen; schon allein die Krisenbranchen und -regionen machen das unmöglich. Die technokratische Vision Lothar Späths von der »*Versöhnungsgesellschaft*« verbindet Wirtschafts- und Technologieförderung mit kompensatorischer Kulturpolitik und einem gestuften Programm sozialstaatlichen und arbeitsrechtlichen Umbaus, der die Grenzen zum Konflikt sorgfältig austestet, mitunter Kompromißstrategien favorisiert (z.B. im Arbeitszeitkonflikt 1984) und generell darauf hofft, die kollektive Macht der Verbände (besonders der Gewerkschaften) im Zuge des Übergangs zur »Informationsgesellschaft« zu unterlaufen.

Auf dem Felde der *Außen-, speziell der Ost- und Deutschlandpolitik* hat die Union traditionell die heftigsten Konflikte ausgetragen, nicht nur nach außen, auch im Inneren. Die Blockadefront gegen die Ostverträge 1972 konnte zwar nach und nach durchbrochen werden zugunsten einer pragmatischen Pacta-sunt-servanda-Politik, aber von einer programmatischen Anerkennung der Realitäten, geschweige von einer außenpolitischen Konzeption, die mehr wäre als das Festhalten an den alten Formeln und Ritualen ist — auf's Ganze gesehen — bisher nichts zu entdecken. Um so interessanter sind die vorsichtigen Neuansätze der sogenannten Genscheristen, die sich jedoch gegen die »Stahlhelmer« noch nie in offener Feldschlacht behaupten konnten (siehe »Bindungswirkung« der Ostverträge oder die Kontroverse um die »Gemeinsame

Erklärung« zur Deutschlandpolitik 1985). Mit dem Einsetzen des internationalen Abrüstungsdialogs (»Reykjavik-Schock«) ist die Union in die Klemme geraten wie seit 1972 nicht mehr, doch signalisiert die (gequälte) Wahrnehmung der »Richtlinienkompetenz« des Kanzlers an CSU und Fraktion vorbei, daß diese traditionelle Hochburg der Stahlhelmer offenbar langsam ihre Vetomacht verliert — sofern die internationalen Beziehungen dies nachdrücklich einfordern. Im Windschatten dieser anhaltenden Kontroverse blüht die Suche nach einer Reformulierung der »deutschen Frage«, deren Reduktion auf Wiedervereinigung oder nationalstaatliche Illusionen kein gestandener »Realpolitiker« mehr gutheißt. Die neue Formel heißt »Wir sind der Osten des Westens und zugleich der Westen der Mitte« (Weizsäcker) und versucht, die alten frontstaatlichen Prämissen in ein übergeordnetes Konzept (bundes)deutscher Verantwortung in und für die »Mitte« Europas (nach Ost und West) einzubinden.

Für den Wiesbadener »Programm-Parteitag« im Juni 1988 hat die CDU sich vorgenommen, die ausgebliebene Modernisierung einiger ihrer politischen Aussagen nachzuholen. Die Schwerpunkte Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik (unter Leitung von Geißler) sowie »christliches Menschenbild« (§218, Gen-Manipulation, Altersversorgung) lassen heftige Kontroversen erwarten. Der sweet smell of success, mit dem sich die Union bislang umgab, wird im Falle grundsätzlicher Klärungen — etwa eines »ostpolitischen Godesberg« — vom Schweißgeruch der Kämpfenden durchtränkt sein.

## Literaturverzeichnis

- »Blätter«-Diskussion »Wie rechts ist die CDU?« mit Beiträgen von Georg Fülberth, Klaus-Peter Rabe, Hubert Kleinert und Hermann, in: 12/1985, 2/1986, 5/1986 und 7/1986
- Bude, Heinz, 1987: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt/M.
- Fülberth, Georg, 1985: Die Herausbildung von Zukunftsvorstellungen in der CDU nach 1973, in: »Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF«, Bd. 9, Frankfurt/M., S.346ff.
- Grafe, Peter J., 1986: Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU, Reinbek
- Grotz, Claus-Peter, 1983: Die Junge Union. Struktur — Funktion — Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969, Kehl, Straßburg
- Leggiewie, Claus, 1987: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, West-Berlin
- Mintzel, Alf, 1977: Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen
- Naumann, Klaus, 1986: Das Regiment des Neowilhelminismus, in: »Deutsche Volkszeitung«, 6.6. ders., 1986: Mogelpackung »Modernisierung«. Die politischen Kräfteverhältnisse in der Union, in: »Deutsche Volkszeitung«, 3.10.
- ders., 1986: Weichenstellungen für die 90er Jahre. Konsenserneuerung, Parteikoalitionen und Politikmodelle zwischen Wahlkampf und Zukunftsaufgaben, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« (»Blätter«), 12.1419ff.
- ders., 1987: Die Normalisierung der Republik und die Zukunft der Koalition. Fünf Jahre nach der Wende: Ende vom Anfang oder Anfang vom Ende?, in: »Blätter« 10, S.1263ff.
- ders., 1988: Die Union auf der Suche nach ihrem Staat, in: Blätter 2, S.1143ff.
- Paul, Wilhelm, 1986: Lernprozesse mit ungewissem Ausgang. Schwierigkeiten einer besseren Union, in: »Düsseldorfer Debatte« 2, S.45ff.
- Scheuch, Erwin K., 1987: Faz, Sylt und ein bißchen Madonna, in: »Rheinischer Merkur«, 25.9.
- Schönbohm, Wulf, 1985: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980, Stuttgart
- Späth, Lothar, 1985: Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft, Reinbek
- Weidenfeld, Werner, 1986: Die Ratio der Wende stößt an ihre Grenzen, in: »Rheinischer Merkur«, 12.9.

Wolfgang Fritz Haug

## Die »aufgeklärte Aufklärung« im Bund mit den »unternehmenden Unternehmern«

Perspektiven einer regierungsfähigen Linken bei Peter Glotz

Sollte zwischen der »Arbeit der Zuspitzung« und der Losung des letzten unter einem SPD-Geschäftsführer Peter Glotz geführten Wahlkampfes, »Versöhnen statt spalten«, eine Dialektik obwaltend haben, so ist sie dem Publikum verborgen geblieben. Hier die Anrufung einer Linken gegen die Rechte, dort die Besetzung jener legendären Mitte, dieses offiziellen Imaginären der »staatstragenden« Parteien: »Organisation einer regierungsfähigen Linken« im bundesdeutschen Maßstab und »Manifest für eine Neue (West-)Europäische Linke« — zwischen den herrschenden Diskursen der Mitte und ohne den Widerspruch zu ihnen zu artikulieren versucht Peter Glotz seit dem Zerbrechen der sozialliberalen Koalition von 1982 beharrlich, den Begriff der *Linken* neu für die Sozialdemokratie zu füllen und ein umfassendes linkes Projekt zu entwickeln, wobei er die Grünen, deren Entstehung er auf einen »Kunstfehler« der SPD zurückführen zu können meint, als eigenständige Kraft beiseite läßt.<sup>1</sup> Der *Spiegel*-Essay mit dem unglücklichen Titel »Die Malaise der Linken« markiert den vorläufigen Endpunkt. Er zeigt Glanz und Malaise eines in Widersprüchen eingesperrten Denkens.

Von links kam, ebenfalls im *Spiegel*, postwendend eine Antwort, die auf den ersten Blick als Abfuhr verstanden werden konnte. Daß sie von einem Schriftsteller, Gerhard Zwerenz, stammte, ist durchaus im Sinn eines Politikers, der auf kulturelle Hegemonie aus ist. Glotz, hieß es da, »versucht sich jetzt als Analytiker, ohne den Pelz, den er wäscht, naß zu machen. (...) Wer Karriere machen will, darf's nicht zu genau nehmen.« Auch wenn Zwerenz uninteressiert über Stärken von Glotz hinwegging, leistete er selbst »Arbeit der Zuspitzung«. Es wäre auch zu dumm, dem Peter Glotz nur zu erwidern, seine Linke sei gar nicht links, obgleich es leicht fiele, dafür Belege anzuhäufen. Daß da von relevanter Seite die Linke wieder in Anspruch genommen wird, muß die Linken allemal interessieren. Und Peter Glotz, wenngleich arm an Hausmacht in der SPD (wenn man vom mühsam errungenen südbayerischen Bezirksvorsitz absieht) und vom Geschäftsführerposten in eine Art Niemandsland abgeschoben, sollte nicht unterschätzt werden. Er ist einer der wenigen, die überhaupt fähig sind, über den Betrieb hinauszudenken und dies sogar noch in die Öffentlichkeit einzubringen. Freilich, sein Diskurs schillert und changiert, was ein fragwürdiges Verständnis von Einflußgewinnung über Ausdruckskompromisse signalisiert. Eindeutig und kompromißlos ist nur die Festlegung auf den Kapitalismus.<sup>2</sup> Wollen die Linken sich nicht das Fell über die Ohren ziehen lassen, müssen sie sich in den Prozeß der Rekonstituierung eines öffentlichen Diskurses »der Linken« einmischen.

»Medioker« sind derzeit nicht vor allem, wie Zwerenz meint, die sozialdemokratischen Politiker, sondern zunächst die Profilierungsmöglichkeiten eines potentiell

mehrheits- und daher regierungsfähigen »linken« Programms. Die Weichen sind so gestellt, daß die Situation verfahren ist. Daß Glotz sich für das Um-Stellen der Weichen interessiert, macht seinen Entwurf interessant für die Versuche der Reformulierung eines realitätstauglichen und radikalen Reformismus. Hat er, wenn man von der innerparteilich-strategischen Arbeit des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Vogel absieht, momentan überhaupt Konkurrenz? Groß macht diesen Glotz die Abwesenheit konkurrierender Strategen der Sozialdemokratie, konkurrierend auf der Ebene, die Gesamtlage zu deuten und ein Führungsangebot für »die Linke« zu machen. Unter Blinden ist der Einäugige König. Daß sie ihn, den allzu wendigen und im Zweifelsfall eher windigen als langweiligen Intellektuellen, nicht dazu machen, steht auf einem anderen Blatt.

### Erste Diagnose: »Philosophische« Desorientierung der Linken

Wer die Linke zu orten sucht, gerät heute leicht in Verlegenheit. Nicht politische Spaltung, das alte Erbübel, ist der Hauptgrund dafür, sondern die Disparatheit, in die es ihre potentiellen Elemente verschlagen hat. Dafür hat Peter Glotz ein Gespür. Seine Diagnose verrät die Blickrichtung von rechts nach links. Die fast vollständige Verdrängung des Marxismus aus der SPD und ihrem Umfeld hat eine Lücke hinterlassen, die sich zu einem politischen Störfall ausgeweitet hat. Des Guten, der Marxismusaustreibung nämlich, ist zuviel getan, selbst rechtssozialdemokratische Handlungsfähigkeit ist zerstört worden:

»Der Kern der Verunsicherung der Linken ist, so komisch das klingen mag, eine 'philosophische' Desorientierung. Die demokratisch-sozialistischen Parteien und Gewerkschaften haben sich in einer großen Kraftanstrengung von allen dogmatischen Formen des Marxismus befreit; aber die (dringend notwendige) ideologische Öffnung geriet ihnen zur blinden Pragmatisierung. Die Toleranz wuchs sich zur Gleichgültigkeit aus ... So befreite sich die Linke nicht nur von einer 'wissenschaftlichen' Weltanschauung; ihr kam die Aufklärung als Idee fortschreitenden Denkens abhanden.«

Als »Linke« erscheint hier der Bereich, dessen politische Hegemonie die sozialdemokratische Führung hält. Teilt man diese Partialsprache nicht, erscheint die Behauptung, »die Linke« habe sich vom Marxismus »befreit«, eine Halbwahrheit, dazu tendenziös formuliert. Auch durch das schmückende Beiwort »dogmatisch« wird es nicht besser. Wo die Macht der Säuberung hinreichte, wurde dem Marxismus der Garaus gemacht, z.B. »Stamokaps flogen raus« (Zwerenz); wo nicht, blieben auch solche Marxismusformen erhalten, die in den Augen von Glotz »dogmatisch« sind.<sup>3</sup> Diese diagnostische Sprache ist also immer auch Sprache einer Ideologie. Es ist, als stelle der Sprechende sich schlafend — um welche schlafenden Hunde nicht zu wecken?

Undialektische Gemüter mag es verwirren, wenn ihnen von einem Gegner des Marxismus zugerufen wird: »Den deutschen Linken, die ihre Marx-Ausgabe zum Antiquar getragen haben und statt dessen *nur* noch Günther Anders lesen, sei geraten: Gebt wieder Suchanzeigen auf.« Der Grund dafür darf nicht auf die Goldwaage gelegt werden: Computer könnten mit dem marxischen Begriff des Handwerkszeugs gedacht werden, als menschliche Organe verlängerndes und ihre Kräfte steigerndes Arbeitsmittel.<sup>4</sup> Hier überspielt er die dingliche Macht der Computer, z.B. ihre enorme

Potenz, menschliche Arbeitskraft einzusaugen; auch entgehen dem handwerklichen Blick die Charaktere eines Instruments »allgemeiner Arbeit«, dessen Anwendung gerade nicht auf handwerklichem Detailgeschick basiert, wie sich in Anlehnung an Marx sagen läßt. Ist die Begründung fragwürdig, so doch nicht die These: Eine produktive und soziale Nutzung der neuen Produktivkräfte ist ohne einen kräftigen Schuß erneuerten Marxismus von der Linken nicht zu entwerfen. Deutlicher spürt Glotz die Folgen der Abwesenheit von Marxismus: »Nietzsche und Heidegger sind dabei — wenn auch in französischer Fassung —, Marx zu verdrängen.« Ohne den Widerspruch zum Amoralismus von Nietzsche und Heidegger zu notieren, hat Glotz neuerdings (1988) die Moralisierung, die vormals marxistisches Terrain erobert hat, in seinen Problemerkatalog aufgenommen: »Wenn ich heute 'Linke' reden höre, dann moralisieren sie manchmal wie evangelische Pastoren.<sup>5</sup> Daß strukturelle Gesetzmäßigkeiten existieren, davon hört man heute nur abseitsstehende Akademiker reden.« Wie er selbst dazu beiträgt, diese »Akademiker« (ist er keiner?) im Abseits zu halten, dazu gleich. Die Folgen zuvor: »Mit aufgeblähter Innerlichkeit und einem Sündenpessimismus ohne Gott läßt sich weder die (schrumpfende) Facharbeiterschaft noch die (wachsende) Zahl der Angestellten ins 21. Jahrhundert führen.« Kurz: »Die Linke ist ... ökonomisch angeschlagen, weil die Krise des Marxismus ihr zwar nicht den Gegner, wohl aber die eigene ökonomische Vision genommen zu haben scheint«.

Nimmt man eine Reihe ähnlicher Passagen zusammen, ergibt sich: Ein »marxistisches« Element stellt sich auch vom Standpunkt rechtssozialdemokratischen Antimarxismus als unentbehrlich heraus, weil es im Haushalt der Strömungen, Tendenzen und Ideologien die Möglichkeit eines politischen Projekts aufrecht erhält, das Sozialkritik mit produktiver Techniknutzung massenfähig und produktiv verbindet. Umgekehrt liegt dem die Wahrnehmung zugrunde, daß Losungen vom Typ des »Endes der Arbeitsgesellschaft«, des »Postindustrialismus«, überhaupt der »Postmoderne« etc. eine Reihe lähmender Spaltungen und falscher Gemeinsamkeiten mit sich brachten, die ein umfassendes sozialdemokratisches Projekt schon im Ansatz desorganisierten. Glotz beendet abrupt den Flirt mit solchen Tendenzen und bekräftigt geradezu schematisch das von ihnen Negierte: den Fortschritt, die Aufklärung und — die Basisbedeutung der Arbeit.

»Die Linke ist philosophisch desorientiert, seit man ihr den Fortschrittsbegriff zerstört und den Humanismus der Aufklärung zu einem Allerweltsbegriff verallgemeinert hat.«

Hatte zuvor die Linke vom Marxismus angeblich »sich befreit«, so hat »man« ihr nun den Fortschrittsbegriff »zerstört«. Zwerenz reißt den Diskurs aus dem angestrengten Schlaf, aus dem das eine so sehr wie das andere gesprochen ist: »Komisch dran ist nur, daß das einer von der Partei sagt, die sich konsequent derart entphilosophierte, daß sie nun auch pragmatisch abgenutzt wie 1932 dasteht, mit einem Rückgrat aus Himbeerpudding.« Freilich spräche das nicht gegen Glotz' Versuch, neues theoretisches Rückgrat zu bilden. Zwerenz hält die Diagnose für falsch, »der Sozi werde ohne Fortschrittsgläubigkeit passiv«, und hält dagegen: »Man muß nicht gott- oder fortschrittsgläubig sein, um sich zu engagieren.« Die politische Maßregelung der Jusos und die Blockierung des Brandtschen Reformkurses von rechts habe mehr zur Passivierung

beigetragen als der Verlust des Fortschrittsglaubens. »Eine Partei erntet, was sie aussät, und wenn sie ihre Klientel ruhigstellt, um unabgelenkt von der Basis im Hochmut dahinregieren zu können, dann laufen ihr eben die Leute weg, und die besten zuerst. Diese SPD hat ein mageres Programm, aber kein mitreißendes Ziel, keine Strategie, keine Taktik und nicht ein Tüpfelchen Willen zur Veränderung.« Der so redet, möchte den schüchternen Veränderungswillen aus der faulen Reserve locken. Er hat aber Unrecht, wenn er Glotz' Ansetzen bei den spontanen Ideologien der potentiellen Linken mißachtet. Und es scheint ihm entgangen zu sein, daß es Glotz ja gerade darum geht, ein *mitreißendes Ziel* wiederzugewinnen. Wir kommen darauf zurück.

Im »Postmodernen« vermag Zwerenz nichts zu erkennen als »die postwendende Antwort auf die alten Platten«, als würden nicht gerade jetzt alte Platten wieder aufgelegt, auch braune. Aber nicht ohne Grund, wenn auch unspezifisch, sieht er in der »Postmoderne« die Quittung für eine Politik des Status quo, die eine gutwillige Basis mit Irrelevantem beschäftigt. Wo Zwerenz auf Passivierungsfolgen der SPD-Struktur abhebt, ist Glotz auf den Geist der Zeit aus. Es wäre nicht schlecht, beide Dimensionen zu verbinden. Aber bei Glotz und Zwerenz fallen sie hoffnungslos aus- und gegeneinander, und darin sind diese Rede und ihre Gegenrede symptomatisch.

### **Philosophische Reorientierung: Regen statt Traufe**

Die Diagnose ist stark, die Therapie starker Tobak: kritikloses Zurück in die bürgerliche Moderne. »Der Humanismus der Aufklärung ist konstruiert um ein Subjekt, das man sich als autonom vorstellte. Wer diese Vorstellung preisgibt, zieht der Linken den Boden weg, auf dem sie steht.« So gibt Glotz verblüffend undifferenziert die Subjektkritik von Marx über Nietzsche und Freud bis zur zeitgenössischen Linguistik preis. Die fundamentale Bedeutung der Ideologiekritik für die Linke ist ihm entgangen. Immerhin bildet die in der *Deutschen Ideologie* geleistete Kritik am Camera-obscura-Effekt der Bewußtseinsphilosophie das »philosophische« Eingangstor in den Marxismus (vgl. dazu Haug 1984). Welche philosophische Desorientierung würde daraus folgen, gäbe man dieses Erkenntnisniveau preis! Welche Denk-, Forschungs-, Theorieverbote würden daraus folgen, erhöbe man die Ideologie vom autonomen Geistsubjekt in den Rang einer Denknorm für die Linke! Alle Sozioanalyse und Ökonomie müßten fallen, würde die Erforschung der Eigendynamik ökonomischer, objektiver Strukturen delegitimiert. Dies aber tut Glotz: Wenn »strenge Marxisten den Humanismus des jungen Marx verwerfen und die Eigendynamik ökonomischer, objektiver Strukturen beweisen«, dann bestreiten sie den »Anspruch des Subjekts, Herr seines Denkens und Handelns zu sein, ... auf der ganzen Linie«. Glotz sollte sich sachkundig machen über die Forschungen und Theorien zu Fragen der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit.

### **Kapitalismus ohne Formbestimmtheit**

»Antagonistische Kooperation« war eine Formel, die Glotz 1984 gebrauchte, um den Klassenkompromiß zu umschreiben, der einem neuen regierenden Reformismus zugrundeliegen könnte. Gerade weil bei ihm die Kooperation außer Frage steht, ver-

mochte er etwas frischen Antagonismus in die Stickluft der »Sozialpartnerschaft« einzulassen. Bei Kooperation mit dem Kapital ist es geblieben, der Antagonismus hat sich verflüchtigt oder auf »abgeleitete« (Marx) Kapitalformen verschoben. So darf die Linke gegen das raffende (»Finanz-«) Kapital auftreten, muß sich aber aufs schaffende (»produktivistische«) Kapital festlegen: »Sie kann ohne Bedenken fordern, die wirtschaftliche Übermacht des Finanzkapitals zu begrenzen, ... eine Reform des privaten Bankenapparats auf ihre Fahnen schreiben; aber sie muß dann als der Anwalt kleiner und mittlerer Unternehmen in der Existenzgründungs-, Forschungs- oder Steuerpolitik auftreten.« Natürlich schwebt ihm kein antimonopolistisches Bündnis vor. Die nicht-monopolistischen Teile des Kapitals sind nur eines der zu bedienenden politischen Marktsegmente. Entscheidend ist der »produktivistische Sektor« des Kapitals. Was immer darunter verstanden werden soll, die »neue Zeitpolitik« (Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich) ist zweifellos eher der kapitalintensiven Großindustrie als den Handwerkern und kleinen Neugründungen zumutbar. Peter Glotz hofft anscheinend auf »die nachdenklichen Vorstandsvorsitzenden in ihren Vortragszyklen in den feinen Häusern von Davos« (und gewiß nicht bei allen vergebens, vgl. dazu Scheid 1987).

Jedenfalls plädiert Glotz »für eine neue Gesprächsfähigkeit der voneinander abgeschotteten wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Eliten«. Hier zeichnet sich die dem High-tech-Kapitalismus entsprechend reformierte Trilaterale eines neuen korporatistischen Politikmusters ab. An einer anderen, fast gleichlautenden Stelle hängt Glotz noch die Gewerkschaften an.

»Diese Wendung ... verlangt zuerst eine erneute Justierung des Verhältnisses zum Kapitalismus.« Großmut mit Pferdefuß: »Die Linke kann den Kapitalismus ruhig Kapitalismus nennen (statt entwickelter Marktwirtschaft); aber sie muß die lebensentscheidende Bedeutung unternehmender Unternehmer für jede Ökonomie auch innerlich akzeptieren.« Honig um den Bart der Unternehmer. Aber was hieße das für die Linke? Die Gesellschaft darf bei ihrer Formbestimmung (»kapitalistisch«) genannt werden. Der Kapitalist aber muß entnannt und mit der Elite von Neuerern und Führungspersonal »jeder Ökonomie«, ungeachtet aller Formationsunterschiede, zusammengeworfen werden. Es versteht sich, daß Unternehmungsfähigkeiten für alle Gesellschaftsformationen wichtig, wenn auch von unterschiedlichem Gewicht sind. Aber Individuen sind dadurch, daß sie etwas unternehmen, noch lange keine Unternehmer. Glotz müht sich, Prometheus und Daedalus in Henry Ford aufgehen zulassen. Aus dem Kapitalisten und dem Techniker, mitsamt Phantasie, Initiative, Neuererwillen und anderen Tugenden, macht er eine Art Syntagma: »Technische Erfindungskraft und unternehmerische Phantasie« werden ein und dasselbe. Daran ist soviel wahr, daß der erfolgreiche Unternehmer dieser Tugenden bedarf, einige davon in eigener Person, andere als Fähigkeiten seiner Angestellten. Indem Glotz sie zu »Eliten des produktivistischen Sektors« zusammenschmilzt, entnennt er den Gegensatz zwischen Verwertung und konkret-nützlicher Arbeit.

Neben der Auslöschung der Formspezifik im falschen Allgemeinen gibt es bei Glotz auch die umgekehrte Diskurstaktik: die falsche Verallgemeinerung einer besonderen Kategorie. *Produktivismus* konnte »ein gesellschaftlicher Mechanismus« genannt

werden, der »rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen zwingt« (Marx, *Kapital I*, 618). Nicht die gesellschaftlich artikulierten Bedürfnisse, schon gar nicht die Politik, setzen der kapitalistischen Ökonomie die Ziele. Die Unternehmer sind wie »Triebräder« in diesen Mechanismus eingespannt, bei Strafe des Untergangs müssen sie die »Entwicklung der kapitalistischen Produktion« mitmachen, »und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Wesensgesetze des Kapitals als äußere Zwangsgesetze auf.« (Ebd.) Bei Glotz ist es »die Konkurrenz zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und Europa«. Verwertung des Kapitals ist der bestimmende Zweck und das treibende Motiv, Produktivismus der Effekt, soweit der Profit nicht auf spekulativen »festverzinslichen« Wegen gesucht wird. Den Produktivismus, der sein ökologisch destruktives Potential täglich verheerender zeigt, kritisieren und also von zweckdienlicher Produktion als solcher unterscheiden zu können, ist eine wichtige Errungenschaft. Indem Glotz alles produktive »produktivistisch« nennt und den Begriff damit positiv umwertet, desartikuliert er die Kritik.

»Modernisierung« ist ein anderes Deckwort, das unter kapitalistischen Bedingungen die Linke mundtot macht. Die jeweils maßgebliche Generation von Technologien und Waren, die von der Produktivitäts- und der Gebrauchswertseite her die Konkurrenzfähigkeit bestimmen, gelten unbesehen als Parameter des Modernen. Dies auch dort, wo kritisiert zu werden scheint: »Es bleibt die Aufgabe, die Raubbau-Logik ungesteuerter kapitalistischer Modernisierung zu zähmen.« Was immer das Kapital unternimmt, wenn es Profit macht, ist Modernisierung. In der Sprache der Unternehmer sind z.B. »Modernisierungsinvestitionen« im Gegensatz zu »Erweiterungsinvestitionen« solche, die dazu dienen, »Arbeitsplätze einzusparen« (*Spiegel* 53/1987, 28). Offenbar muß man den Begriff der Moderne zumindest probeweise rückwärts buchstabieren: Darunter könnte sich immer die Durchkapitalisierung der Verhältnisse verbergen. »Modernisierung« ist ebenso stromlinienförmig wie inhaltsleer. Da war die gute alte »Humanisierung der Arbeitswelt« aus anderem semantischen Holz geschnitzt.

Was »Modernisierung« genannt wurde, heißt auch, ebenso lockend wie leer, »Erneuerung«: »Die Linke muß die Erneuerung der Produktionsstrukturen der europäischen Industriegesellschaft zu ihrem Projekt machen.« Wie immer folgt auch hier das Vexierbild; eine Allgemeinheit wird nachgeschoben, in welche die Linken ihre Ziele hineindenken dürfen: »Sie [die Linke] muß über subalterne, reaktive Strategien hinaus — und eine eigene Vision der ökonomischen Zukunft formulieren.« Richtig! möchte man dem zurufen. Aber was bedeutet es? Bei Glotz meint es eine »Wendung zum produktivistischen Sektor der modernen Gesellschaft«. Steht nun »moderne Gesellschaft« für Kapitalismus? Und »produktivistischer Sektor« für's industrielle Kapital? Soll sich die Linke also dem Industriekapital zuwenden? Aber was wäre hieran *nicht subaltern*?<sup>6</sup> Was wäre im Verhältnis zum Industriekapitalismus ausgreifend und vorwegnehmend, statt subaltern hinterherhinkend, d.h. nur defensiv-reaktiv, auf bloßen Schutz der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft beschränkt? Was, wenn nicht ein erneuertes Konzept sozialistischen Wirtschaftens, bei dem die Arbeitenden wirklich gefragt sind, wenigstens eine sozialistische Wirtschaftspolitik eines radikalen und illusionslosen Reformismus? Aber Glotz will kapitalistische Modernisierung, und er verkleidet sie als

Modernisierung des Antikapitalismus. Wozu bedarf es einer Linken, um »für Konsumentensouveränität, freie Investitionsentscheidungen, freie Geldvermögensdispositionen und eine dezentrale Entscheidungsfindung einzutreten; aber auch für eine wirtschaftspolitisch gesteuerte Marktwirtschaft«?

### Wiedergewinnung der Arbeit und der Utopie zugleich

Gesellschaftliche Arbeit ist das Feld, auf dem Glotz den Ansatz zu einer mitreißenden konkreten Utopie sieht. Das von Offe, Habermas und andern verkündete Ende der Arbeitsgesellschaft findet nicht statt. »Das Herunterschumpfen der Industrie auf eine randständige Größe ist falsche Prophetie«, die der Linken ihre Handlungsfähigkeit kostet, was wiederum die Gefahr des betrieblichen »Neofeudalismus« desto größer macht. Entscheidende Voraussetzung ist, daß die Linke »sich ein realistisches Verhältnis zu Wissenschaft und Technik erhält — oder neu erarbeitet«. Der Akzent gehört auf die Neuarbeitung. Der qualitative Entwicklungssprung der entscheidend gewordenen Produktivkräfte — ablesbar an den drei paradigmatischen Achsen der Kernergietechnik, der Informatik und der Gentechnik — verlangt eine gewaltige Anstrengung des Begreifens und der politisch-ethischen Gebrauchsbahnung. »Vor allem muß die Linke die Kraft sein, die Technik für lebendige Arbeit nutzbar macht.«

So goldrichtig das ist, so schwammig der Grund, auf dem es vorgebracht wird. Es gehe darum, »Produktionskonzepte durchzusetzen, die eine Verbesserung der Qualifikation der Arbeiter und einen breiteren Aufgabenzuschnitt mit sich bringen. Die immer weitere Zerteilung — 'Taylorisierung' — von Arbeit ist kein unwiderruflich verhängtes Schicksal.« Da spielt einer für fünfzig Prozent dessen, was schon der Fall ist, den Propheten. Zehn, zwanzig Jahre zu spät und mit unscharfen Kategorien geht es gegen den Verelendungsdiskurs und um notwendige Kämpfe für Arbeitsgestaltung und Kompetenzverteilung auf dem neuen technischen Niveau. Aus unerfindlichen Gründen nimmt Glotz an, in der Margarineindustrie bleibe im Unterschied zur Autoindustrie »die Drecksarbeit übrig«. Begrifflich daneben geht auch der Rehabilitationsversuch »sinnvoller Arbeit, die nicht gegen Geld getauscht wird«. Entweder werden Produkte getauscht oder es wird Arbeit im Lohnverhältnis verrichtet. Im letzteren Fall wurde die Disposition über die Arbeitskraft verkauft (oder, wenn man so will, »gegen Geld getauscht«). Gemeint ist, daß Arbeit mehr als nur Lohn- oder selbst Erwerbsarbeit darstellt, daher als Kategorie grundwichtig ist.

Das theoretische Fundament tragfähig anzulegen ist desto wichtiger, als darauf eine konkrete Utopie errichtet werden soll, »die Millionen bewegen könnte: Arbeitszeitveränderung ... als das gesellschaftsverändernde Ziel, ... zu erreichen, daß die Orientierungszeit eines Menschen größer ist als die Arbeitszeit und die Zerstreungs- und Ausruhzzeit, die einer braucht«. Diese Orientierung, deren Bedeutung kaum übertrieben werden kann, führt zu der nicht weniger grundwichtigen Option, an der Allgemeinheit der Arbeit festzuhalten, die für die Marxsche Perspektive einer vernünftigen und menschenwürdigen Umgestaltung der Arbeitswelt, dieses »Reichs der Notwendigkeit«, bestimmend ist. Die »Zwei-Drittel-Gesellschaft« ist ja doppelt vorstellbar: Der brutalen

Variante, die das eine Drittel als Menschenmüll verkommen läßt, ist die softe Variante entgegengesetzt, bei der die zwei Drittel Berufstätigen dem dritten Drittel ein arbeitsloses Grundeinkommen bescheren. Glotz erkennt darin die gemütlichere Fassung einer Inhumanität.

### Gorbatschow oder die geschichtliche Chance

Glotz fordert *eine zweite Ostpolitik* angesichts der »halb verwegenen, halb demagogischen Initiativen Gorbatschows«. Die Sowjetunion »ist wirtschaftlich verkalkt, ... die früheren Satelliten werden zu schwer berechenbaren Partnern«. Viel mehr fällt Glotz zu den atemberaubenden Veränderungsversuchen im Osten nicht ein. In dieser Abwesenheit eines Sinnes für den historischen Moment drücken sich für Zwerenz Mediokrität und Politikunfähigkeit der Sozialdemokratie aus. Gorbatschows Reformpolitik bedeute auch für die westliche Linke eine »geschichtliche Chance«. Eppler und Gaus zeigten wenigstens »vage die Richtung an, wo die Welt nicht aus den Angeln, sondern in die Angeln zu heben ist«. Glotz mache nichts aus der »Gunst der Stunde«. Die politischen Optionen liegen weniger weit auseinander, als der polemische Ton vermuten läßt. Was Glotz ausschließt, ist »eine Emanzipation Europas gegen die Vormächte«. Und Zwerenz will »bei der Grundsatzentscheidung für den Westen bleiben«. Aber, so Glotz: »Die Europäer müssen lernen, in ihrem Denken die Ost-West-Dimension zu sprengen.« Abgesehen davon, daß dazu auch außerhalb des Denkens die Systemkonkurrenz gesprengt werden müßte, trifft sich Glotz hier mit Zwerenz. Diesem geht es darum, »das große Ziel so kühn wie nüchtern zu verfolgen, das im Abbau der Konflikte besteht ... Eine Reform, ein Aufbruch im großen Stil, mit einem Marshall-Plan für die DDR, mit Krediten also ... glasklar und in der lauterer Absicht, der DDR auf die sozialistischen Sprünge zu helfen.«

Die Artikulationen sind historisch schief. Hat nicht der Marshall-Plan die Westintegration der Bundesrepublik, überhaupt die Einbindung Westeuropas ins amerikanische Hegemonialsystem gegen den Osten ebenso begleitet wie zum Ziel gehabt? Müßte da nicht ein gewaltiger Kampf her, um ein sozialistisches Subjekt im Westen selbst zu konstituieren, das der DDR wirklich auf sozialistische Sprünge helfen wollte?

So zeichnet sich Zwerenz die historische Signatur der Epoche: »Der Sozialismus ist, das wissen wir, eine kaum lebensfähige Notstandsmaßnahme.« Das »wissen wir«, da bedarf es keiner Argumente. Das »weiß« bekanntlich auch Ronald Reagan. »Die Pleite des Kommunismus disfunktionalisiert den Mittelweg der SPD.« Man kann auf ihren Antikommunismus verzichten, wenn es keinen Kommunismus mehr gibt.

Zwerenz spricht aus, was Glotz zu denken scheint. Die pauschale Abschreibung des Sozialismus geht allzuleicht von den Lippen. Und der Kapitalismus? »Doch der Kapitalismus allein birgt auch seine Gefahren.« Welche das sind, erfahren wir nicht. Auch so wird eine historische Situation verkannt. Der Weltsozialismus befindet sich im (krisenhaften) Umbruch, nicht im Abbruch. Er ist noch immer Frühsozialismus. Seine Gestaltung wird noch Generationen beschäftigen. Der »neue Institutionalismus«, den Glotz erwägt, paßt am Ende auf die sowjetische Reformpolitik, die dabei ist, die Zivilgesellschaft mit ihrer Pluralität von Akteuren zu entdecken.

## Gemeinsame Zielperspektiven

Gerade weil Glotz recht hat in wichtigen Punkten, muß sein Text sorgfältig kritisiert (ernst genommen) werden. Er hat recht,

- daß die Linke »philosophisch« desorientiert ist;
- daß Sozialdemokratien und Gewerkschaften den Abschied vom Marxismus mit Perspektivverlust bezahlt haben, was ihren Pragmatismus an den Rand der Praxisunfähigkeit führt;
- daß die Thesen vom »postindustriellen Zeitalter« und vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« irreführend sind;
- daß es darum geht, den Übergang zur *High-Tech-Gesellschaft* vom Standpunkt der Arbeit energisch mitzugestalten;
- daß eine neue *Politik der Zeit*, ausgehend von den Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung, an der Zeit ist;
- daß der Staat und seine Notwendigkeit für eine ökologische Umorientierung der Ökonomie bei gerechter Verteilung und Höherqualifizierung der Arbeit neu diskutiert werden muß.

In der Tat muß die Linke sich eine produktive Einstellung zu den neuen Produktivkräften erarbeiten, statt sich apokalyptisch oder verantwortungslos, weil ziel- und projektlos, aufzuführen. Und selbstverständlich steckt viel Richtiges in dem Satz, »daß sich eine produktive Wirtschaft nicht gegen eine geschlossene Front der Eliten des produktivistischen Sektors organisieren läßt«, wobei Glotz freilich die Profithelden unauffällig unter die Helden der innovativen Arbeit mischt und der Bejahung des Produktiven unnötigerweise die Kritik am gegen alle menschlichen Ziele verselbständigten »Produktivismus« opfert.

Zwerenz rügt an Glotz nicht ohne Grund das Fehlen einer ernsthaften Antwort auf die sowjetische Perestrojka; es ist aber kontraproduktiv, diese Orientierung auszuspielen gegen die vermeintliche »Glotzsche Abschweifung ins Sozialistisch-Europäische, das es kaum gibt und wo man uns nicht haben will«. Und ob etwa Labour, PCI, PSOE usw. die bundesdeutschen Sozialdemokraten haben wollen! Die Frage ist eher, ob sie sich nicht Illusionen hingeben. Die Bildung der *Eurolinken* indes ist an der Zeit. Nur, daß bei Glotz diese Orientierung die verhängnisvolle Tendenz zeigt, Internationalismus umzubiegen in europäische Konkurrenzfähigkeit: »ein neuer Internationalismus«, den er verbal fordert, bedeutet für ihn spontan »also eine europäische Orientierung«. Das Verhältnis zur Dritten Welt spielt keine Rolle in seinem Projekt. Das europäische Niveau führt ihn immerhin zu der Einsicht, daß zu dieser Linken auch die Kommunisten gehören — aber was ist mit den Grünen?

Das Projekt des Peter Glotz sticht nicht zuletzt dadurch hervor, daß es die Linke als solche anspricht. Als Linke und Marxisten dürfen wir uns also angesprochen fühlen, und man wird uns Mitsprache nicht verdenken, auch nicht Widerspruch. Wenn die Eurolinke mehr als ein Phantom sein soll, wird sie einen linken Flügel haben. Widerspruch spricht mit, bindet und bewegt also auch die Widersprechenden. — »Wieviel Unlust, Lethargie, Auswegslosigkeit«, heißt es bei Zwerenz, »sehen wir heute im

Lande. Wer anders als die SPD könnte, die Chance, die die Zeitgeschichte bietet, ergreifend, ihre Interessen als Partei mit denen der Nation und der ganzen gespaltenen Welt verknüpfen.« Gegenwärtig präsentiert sich die SPD ohne Vision, ohne Projekt, das ihr die Hoffnungen zuführt. Bleibt es bei der »Ja-aber-Partei«, für die »selbst kritisches Räuspern schon als öffentliche Ruhestörung gilt«, ist nichts zu hoffen. Erneuert die SPD aber ihre Politikfähigkeit in einer Weise, die ihre kulturelle Ausstrahlungskraft über ihre Grenzen hinaus regeneriert, »finden sich gewiß genug Mitstreiter, die nur darauf warten, der Öde ihres ziellos gemachten Alltags zu entkommen« (Zwerenz). Peter Glotz wird bei der Suche nach Weg dahin noch manches gewichtige Wort mit-sprechen, denn er weiß wenigstens, daß dieser Weg zu suchen ist. Mögen Lafontaine, Schröder, Hauff u.a. ihr Wort beisteuern und den Austausch mit den kritischen Intellektuellen innerhalb und außerhalb der Partei beleben!

### Anmerkungen

- 1 Für 1990 prophezeit Glotz neuerdings (1988), daß die Grünen mit »erheblicher Wahrscheinlichkeit« nicht mehr im Bundestag sein und nurmehr als »Großstadtpartei« in West-Berlin und Hamburg existieren werden. Sein Projekt der Linken scheint zur Erosion der Grünen beitragen zu sollen, nicht nur durch »ein wenig Grünenklau« (Zwerenz), sondern vor allem durch den Linksappell selbst.
- 2 Es fällt schwer, sich von folgender Eröffnung nicht verspottet zu fühlen: »Die Strategie des Frontalangriffs gegen den Kapitalismus ist passé« — an wen richtet sich wohl diese Mitteilung? An die SPD? Das wäre ein Witz, denn das weiß sie seit dem Ersten Weltkrieg. Aber *Marxism Today* und der PCI, *Politique Aujourd'hui* und andere Elemente einer angestrebten sozialdemokratischen Eurolinken, ihnen wäre das neu, könnte einer meinen, der vom Euromarxismus lange Zeit nur ein oberflächliches Schreckbild gehabt hat. Die Spezifik einer möglichen Revolution im Westen wurde ja schon vor über einem halben Jahrhundert von Gramsci so gedacht: Stellungen-, nicht Bewegungskrieg (welch letzterer auf dem Frontalangriff beruht).
- 3 Glotz selbst hat noch 1985 eine Kampagne gegen den Sozialistischen Hochschulbund (SHB) geführt, die dann freilich im Sande verlaufen ist
- 4 Ist das Marx-Lob unhaltbar begründet, so erst recht die Marx-Schelte: »Zum ehernen Maschineriebegriff von Marx ... führt kein Weg zurück«. Was für ein Blech! Es gälte gerade, den Begriff der Maschinerie von Marx weiterzuentwickeln, um die durch elektronische Steuerung automatisierten Anlagen präzise begreifen zu lernen.
- 5 »Dieser Trend zu einem im Grunde doch machtlosen Moralisieren, das ... sehr leicht umschlägt in Larroyanz, ist ein Problem der jüngeren Führungsgeneration der europäischen Linken« (1988).
- 6 Im *spw*-Interview (in diesem Heft) versucht Glotz »Modernisierung« sozialdemokratisch zu spezifizieren als »Modernisierung, die sich auf Lebensqualität bezieht«. Aber das sieht allzusehr nach Verpackung aus. Basis-Mitbestimmung in der Arbeit würde man nicht eben »Modernisierung« nennen, eher Demokratisierung.

### Literaturverzeichnis

- Glotz, P., 1984: Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken. West-Berlin.
- ders., 1985: Manifest für eine Neue Europäische Linke. West-Berlin
- ders., 1987: »Die Malaise der Linken«. In: *Der Spiegel* 14.12., 128-145
- ders., 1988: »... die tragenden Säulen dieses neokonservativen Denkgebäudes sind zusammengebrochen«. Interview mit Peter Glotz von Uli Schöler (in diesem Heft)
- Haug, W.F., 1984: Die Camera obscura des Bewußtseins. Kritik der Subjekt/Objekt-Artikulation im Marxismus. In: Die Camera obscura der Ideologie (Argument-Sonderband 70), 9-95. West-Berlin
- Scheid, R., 1987: »Wertschöpfung zum »Nulltarif«. Neue Perspektiven des wirtschaftlichen Wachstums«. In: FAZ, 20.6., 13
- Zwerenz, G., 1988: »Die Malaise des Peter Glotz«. In: *Der Spiegel* 1, 132f.

Ekkehard Bock

## Neofaschismus und Antifaschismus in Bremerhaven

Die Rechnung der Faschisten ist aufgegangen: Bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung am 13. September 1987 erhält die »Deutsche Volksunion (DVU) — Liste D« in Bremen-Stadt 3 % und in Bremerhaven 5,4 % der Stimmen. Letzteres bedeutet den Einzug von zwei rechtsextremistischen Abgeordneten in das Bremerhavener Kommunalparlament und einen Sitz in der landesbremischen Volksvertretung. Auf einmal ist Bremerhaven nicht mehr die Stadt, »in der man einen roten Stock auf die Straße stellen könnte, die Leute wählten auch den«, sondern »die Stadt mit den Nazis im Parlament«. Erstmals seit den hohen Wahlergebnissen der NPD Ende der sechziger Jahre gelingt wieder einer faschistischen Gruppierung der Sprung in ein Landes- bzw. Kommunalparlament.

Ist Bremerhaven nun eine »rechte Stadt«, in der es besonders viele Faschisten gibt? Ich denke nicht. Ein derartiger Wahlerfolg einer rechtsextremistischen Partei ist in jeder — insbesondere von der wirtschaftlichen Situation her vergleichbaren — Stadt derzeit möglich, wenn nicht von seiten der demokratischen Kräfte gegengesteuert wird. Wie ist es denn zu dem Wahlerfolg der DVU-Liste D gekommen? Was wurde von den Bremerhavener Antifaschisten getan und was versäumt?

### Günstige Rahmenbedingungen für die Rechtsextremisten

Als eine Grundlage für dieses Wahlergebnis ist sicherlich die von der Bundesregierung betriebene Asylanten- und Ausländerpolitik zu sehen. Rechtskonservative wie Innenminister Zimmermann schüren Ausländerhaß, indem sie z.B. ständig von einer »Grenze der Belastbarkeit« in der Frage der Aufnahme von Asylbewerbern daherreden. Hinzu kommen »wissenschaftliche« Diskussionen wie der »Historikerstreit« um die Bewertung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Letztendlich entscheidend aber waren die wirtschaftliche Situation der Stadt, der massive und zugegebenermaßen geschickte Wahlkampf der »Liste D« sowie der überaus mangelhafte Widerstand der demokratischen Kräfte, insbesondere der SPD.

Die ökonomische Lage Bremerhavens ist geprägt von hoher Arbeitslosigkeit (16 % registrierte Arbeitslose) und Perspektivlosigkeit, gerade auch unter Jugendlichen. Die ohnehin monostrukturierte Wirtschaft der Stadt — Werften und Fischwirtschaft — ist in einer tiefen Krise. Hinzu kommt die hohe Verschuldung der Kommune. Bremerhaven hat mit 1,7 Mrd. DM bei 131000 Einwohnern die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in der BRD.

Die daran weitgehend unschuldige regierende SPD reagiert mit Kürzungspolitik, auch im Sozialbereich, und einer »traditionellen Wirtschaftsförderungspolitik«. Sie weiß gleichzeitig, daß sich Bremerhaven allein nicht aus dieser Situation retten kann.

## **Vorwahlkampf und Wahlkampf**

Auftreten der DVU-Liste D im Wahlkampf und die antifaschistischen Gegenmaßnahmen haben ein »Vorspiel« — nämlich die Auseinandersetzungen mit den »Republikanern«. 1985 spalten sich ein Teil der CDU-Stadtverordnetenfraktion und zwei CDU-Bürgerschaftsabgeordnete nach innerparteilichen Streitigkeiten ab und treten den rechtsextremen »Republikanern« des Ex-SS-Mannes Franz Schönhuber bei. Diese Partei hat bei den letzten Landtagswahlen in Bayern 1986 3 % der Stimmen erzielt. Sie steht rechts von der CSU und gilt als »Damm brecher zum Faschismus«, was bedeutet, daß sie rechtskonservative Inhalte mit faschistischem Gedankengut verbindet. Im Stadtparlament und in der Bremerhavener und Bremer Öffentlichkeit treten die Ex-CDU-Mitglieder allerdings bieder und zurückhaltend auf.

Dies ändert sich mit der Ankündigung der Durchführung des »Republikaner-Bundesparteitages« in Bremerhaven für den 2. Mai 1987. An diesem Tag wurden 44 Jahre vorher die Gewerkschaftshäuser von den Nazis besetzt. Von diesem Zeitpunkt an werden auch antifaschistische Organisationen aufmerksam. Der »Antifaschistische Arbeitskreis Bremerhaven« wird unter Anleitung der VVN-BdA gegründet, mit dabei sind u.a. die Jusos, die DGB-Jugend, die Grünen und die DKP. Eine Informationsveranstaltung, die über den wahren Charakter der »Republikaner« informiert und eine Demonstration am Tag ihres Treffens werden organisiert. Von seiten des DGB kommt zurückhaltende Unterstützung, in der SPD allerdings wird mehrheitlich die Auffassung vertreten, durch derartige Aktionen würden die Rechtsextremisten nur aufgewertet — eine Haltung, die noch schlimme Folgen haben sollte.

Im Juni 1987 wird von den Parteien mit Wahlkampfaktivitäten begonnen. Es kandidieren für die Bürgerschaftswahlen aus dem rechtsextremistischen Lager drei Gruppierungen: Neben den »Republikanern« die DVU-Liste D sowie die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP). Letztere tritt nur in der Stadt Bremen an.

Bei der FAP handelt es sich um eine Nachfolgeorganisation der im Dezember 1983 vom Bundesinnenminister verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) des Michael Kühnen. Diese ANS/NA hatte allerdings nicht den Status einer Partei, während die FAP sich durch die Kandidatur zu Wahlen vor dem Verbot schützt. Stark in die öffentliche Diskussion gerät die Bremer FAP, als ihr Anführer Markus Privenau im Juli 1987 vor Gericht steht — er hatte 1985 bei Schießübungen im Wald einen Jagdpächter getötet. Das Urteil ist ein Skandal und führt zu zahlreichen Protesten von seiten der antifaschistischen Öffentlichkeit Bremens; denn Privenau wird auf Bewährung freigelassen, die Richter haben sich geweigert, die politische Dimension des Verfahrens zur Kenntnis zu nehmen. Ansonsten tritt die FAP nicht mit Wahlkampfaktivitäten auf, ihre »Spezialität« ist Terror, auf demokratische Formen wird kein Wert gelegt.

Anders die »Republikaner« und die DVU-Liste D — diese Gruppierungen kämpfen um Wählerstimmen, natürlich auch untereinander. Das Wahlergebnis soll auch Aufschluß darüber geben, wer im rechtsextremistischen Lager künftig die wichtigste Rolle spielt. Es wird dem »Antifaschistischen Arbeitskreis« in Bremerhaven sehr schnell

deutlich, wer die gefährlichste Gruppierung ist: Die DVU-Liste D. Deren Wahlkampf erreicht eine bisher nicht dagewesene Dimension.

Es werden im Verlauf des Wahlkampfes ca. 2,5 Mio. DM ausgegeben, mehr als von allen anderen Parteien zusammen. Bremen und Bremerhaven sind voll von ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Parolen auf hunderten von Plakatwänden. Fast wöchentlich werden Postwurfsendungen mit DVU-Wahlwerbung verschickt. Regelmäßig fliegt ein Flugzeug mit DVU-Werbung über Bremerhaven und Bremen. Tägliche Anzeigen in den Tageszeitungen kommen hinzu. Die Bremer Tageszeitungen stellen die Veröffentlichung der Anzeigen auf Grund von Protesten ein. In Bremerhaven allerdings druckt die *Nordsee-Zeitung*, die hier das Pressemonopol hat, trotz öffentlichen Protestes weiter.

Die DVU-Liste D (das »D« bedeutet »Deutschland«) vermeidet bewußt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen platten Rassismus und distanziert sich sogar formal vom Nationalsozialismus. Ihre Publikationen haben ein seriöses Äußeres. Die Parolen lauten: »Deutschland soll deutsch bleiben«, die »weitere Zuwanderung von Heerscharen fremder Menschen soll gestoppt werden«, es soll »Frischer Wind ins Parlament« und das Wahlrecht für Ausländer wird bekämpft. Es wird der Bevölkerung suggeriert, die Ausländer und Asylanten hätten schuld an der eigenen schlechten oder bedrohten ökonomischen Situation.

Drahtzieher dieser geschickten faschistischen Propaganda ist der PR-erfahrene und millionenschwere rechtsextremistische Münchener Zeitungsverleger Dr. Gerhard Frey, Herausgeber u.a. der *Deutschen Nationalzeitung* und Vorsitzender der größten faschistischen Organisation in der Bundesrepublik, der »Deutschen Volksunion«. Diese DVU hat sich mit der NPD zum Wahlbündnis »DVU-Liste D« zusammengeschlossen, auf der Kandidatenliste stehen somit auch zahlreiche führende Mitglieder der NPD im Land Bremen. Die anderen Parteien, auch die SPD, machen es der DVU leicht, mit ihren Parolen bei den Wählern auf Resonanz zu stoßen — ihr Wahlkampf ist besonders in Bremerhaven weitgehend inhaltsleer.

In der Stadt Bremen finden mit Beginn der DVU-Wahlkampfaktivitäten Gegenmaßnahmen der antifaschistischen Kräfte statt, das Bündnis »Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus« bildet sich, mit Unterstützung u.a. von DGB und SPD. Es wird auf Stadtteilebene gemeinsam Gegenöffentlichkeit betrieben, mit Flugblättern, Veranstaltungen und Plakatüberklebeaktionen. In Bremerhaven dagegen stehen die Organisationen im »Antifaschistischen Arbeitskreis« und fortschrittliche Teile des DGB weitgehend allein da. Es werden gemeinsame Aktionen gegen die Plakatwände sowie am Haus der *Nordsee-Zeitung* durchgeführt, außerdem veranstalten einzelne Organisationen, wie die Jusos, Informationsabende zum Thema, zu denen aber nicht die potentielle Wählerschaft der Rechtsextremisten mobilisiert werden kann. Nach wie vor wird in der SPD mehrheitlich die These vertreten, durch Gegenaktionen würden die Faschisten nur aufgewertet. Weiterhin wird die Arbeit der antifaschistischen Kräfte durch ständige Diskussionen um die richtigen Aktionsformen gelähmt, es beteiligen sich mittlerweile auch Vertreter des »Kommunistischen Bundes« am »Antifaschistischen Arbeitskreis«, was die Konsensfindung gerade in diesen Fragen erschwert.

## Konsequenzen aus dem Wahlergebnis

Das Wahlergebnis ist trotz aller vorherigen Befürchtungen dennoch ein Schock für alle Demokratinnen und Demokraten im Land Bremen, insbesondere natürlich in Bremerhaven. Hier kommt der Verlust der absoluten SPD-Mehrheit hinzu. Die »Republikaner« übrigens gehen mit 1,6 % unter, ebenso in Bremen die FAP mit 0,1 %.

Wer verbirgt sich hinter den Wählerstimmen der DVU-Liste D? Es wäre ein großer Fehler, davon auszugehen, daß dies alles Faschisten wären. Offensichtlich sind Männer anfälliger für derartige Propaganda als Frauen. Ca. 90 % der DVU-Wählerschaft ist männlich. Eine Schicht innerhalb dieser Wählergruppe sind »ältere Unbelehrbare«, die endlich wieder eine Partei nach ihrem Geschmack wählen konnten. Was aber gerade die Jusos als demokratische Jugendorganisation vor schwere Aufgaben stellt, ist die Tatsache, daß die DVU auch zu einem Großteil von jungen Leuten zwischen 18 und 25 Jahren gewählt wurde. Hier kommen Perspektivlosigkeit und das mangelnde Angebot an alternativen Lösungswegen durch die demokratischen Parteien zusammen und führen zur Wahl der Scheinlösungen der Faschisten (»Die Ausländer müssen weg«). Diese Parolen haben auch bei zahlreichen Wählern aus dem »Mittelstand« ihre Wirkung nicht verfehlt, konkreter gesagt, bei »bessergestellten« Teilen der Arbeiterklasse, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben. Die DVU hat sowohl der CDU als auch der SPD Stimmen »abgejagt«.

Dieses erschreckende Bremerhavener Wahlergebnis hat zumindest in der ersten Phase nach der Wahl dazu geführt, daß das Thema »Faschismus und Ausländerfeindlichkeit« auch bei der SPD und städtischen Institutionen endlich zum Thema gemacht wird, Schulen und Freizeitheime wollen es angehen.

Wichtigste strategische Konsequenz für die Jusos in Bremerhaven ist die verstärkte öffentliche Auseinandersetzung mit den Inhalten der faschistischen Propaganda. Es reicht nicht mehr aus, nur auf einer moralischen Ebene die Ausländerfeindlichkeit zu verurteilen. Vielmehr müssen Parolen wie »Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg« widerlegt werden. Dies muß durch eine Öffentlichkeitsarbeit geschehen, welche die entscheidenden Zielgruppen tatsächlich erreicht. Die sozialen und wirtschaftlichen Realitäten müssen nachvollziehbar dargestellt werden. Diese antifaschistische Arbeit muß verknüpft werden mit der Mobilisierung für Verbesserungen der sozialen Lage. Insbesondere die Arbeitslosigkeit muß, z.B. durch ein Küstenstrukturprogramm, wie es der DGB schon lange fordert, bekämpft werden. Am 15. Oktober 1987 hat auf Initiative des »Antifaschistischen Arbeitskreises« und des DGB eine große Kundgebung gegen »Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit« stattgefunden, die auch von SPD, Grünen, FDP, CDU, Kirchen und Ausländerorganisationen unterstützt wurde — ca. 1000 Menschen beteiligten sich. Derartige Demonstrationen sind zur Schaffung eines antifaschistischen Klimas wichtig. Eine erfolgreiche Antifa-Arbeit muß langfristig angelegt sein, und hierfür sind die Konzeptionen noch in Arbeit.

Heftig diskutiert wird der Sinn eines Verbots faschistischer Organisationen. Ein Verbot ist notwendig, um den Faschisten organisatorische und juristische Möglichkeiten zu entziehen. Gleichzeitig gilt es, auch den faschistischen Scheinlösungs-

mustern die soziale Basis zu entziehen. Dafür sind viele Vorurteile abzubauen, übrigens auch innerhalb der Gewerkschaften und der SPD. Dies ist auch der Grund dafür, daß die richtige und notwendige Einführung des Ausländerwahlrechts mit öffentlicher Aufklärung verbunden werden muß.

Die Gefahr, daß in Städten mit einer ähnlichen Situation wie Bremerhaven Faschisten an Boden gewinnen, ist groß. Daher: »Seid wachsam und wehret den Anfängen!«

Kerstin Schneider

## Strategien und Perspektiven Le Pens

»Ich kann als einziger die Franzosen noch zum Träumen bringen«<sup>1</sup>

Bis in die achtziger Jahre hinein war der 1972 als »Massenpartei für die nationale Revolution« gegründete *Front National* eine bedeutungslose Gruppierung innerhalb der seit eh und je in persönliche Querelen, Spaltungen und widersprüchliche Nostalgien verstrickten extremen Rechten Frankreichs.

Auch heute noch bilden alte Monarchisten, Nationalrevolutionäre, ehemalige Algerienkämpfer, katholische Integristen, Neopoujadisten<sup>2</sup> und Anhänger Pétains den harten Kern der Gefolgschaft Le Pens. Die widersprüchlichen Nostalgien sind zwischenzeitlich zu einer nebulös-eingängigen Ideologie verschmolzen, die Enttäuschte aller politischen Lager anziehen vermag. Nach Wahlabsprachen und -koalitionen mit der gemäßigten Rechten auf lokaler und regionaler Ebene, deren erste in Dreux (März 1983) als eigentliche Geburtsstunde des Front National gilt, nach unerwarteten Erfolgen bei den Europawahlen von 1984 (11 %) und bei Kantonalwahlen, konnte die ursprünglich anti-parlamentarische Partei im Zuge der Parlamentswahlen vom März 1986 mit 9,7 % der Stimmen und 34 Abgeordneten in die französische Nationalversammlung einziehen.

Damit gelang Le Pen, der nach Eigenaussage »laut ausspricht, was andere insgeheim denken«<sup>3</sup>, der Einbruch in die — wie er polemisiert — von der »Viererbande« der traditionellen Parteien »konfiszierte Demokratie«. Der »Volkstribun« war zu einem zentralen und diskursstiftenden Faktor des politischen Lebens Frankreichs geworden. Warum dieser unaufhaltsame (?) Aufstieg des Jean-Marie Le Pen? War es in der französischen Geschichte stets die »Verbindung des geschlagenen Frankreich mit dem enttäuschten Frankreich«<sup>4</sup>, die den Nationalismus in Zeiten sozialer und wirtschaftlicher Krisen zur Massenbewegung werden ließ, so ist auch der Erfolg des von Le Pen betriebenen Nationalpopulismus möglicherweise nur vor dem Hintergrund einer ähnlichen politischen Konstellation erklärbar: Die Linke mußte im Mai 1981 offenbar erst an die Macht kommen, damit die französische extreme Rechte in der Person Le Pens eine politische Konkretion erfuhr. Die nachfolgende Entzauberung des als konkrete Utopie an-

gelegten sozialistischen Projekts durch den mit dem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel von Linkskeynesianismus zu exportorientiertem Modernisierungsimperativ einsetzenden *Notwendigkeitsdiskurs* schuf ein ideologisches Vakuum, das Le Pen auszufüllen wußte.

Im folgenden soll eingehender analysiert werden, wie es dem Front National gelungen ist, aus der ökonomischen Strukturkrise, den von ihr erzeugten sozialen Traumata und der offenkundigen Lähmung der klassischen Parteien wahlpolitisches Kapital zu schlagen, ja die Krise selbst zur düsteren, aber um so effektvolleren Kulisse einer nationalistischen Heilsgeschichte einzusetzen. Da sich die politische Bedeutung des Front National nicht in isolierter Betrachtung, sondern allein innerhalb des parteipolitischen Gesamtbildes bestimmen läßt, werden im zweiten Teil die im politischen Dispositiv Frankreichs gegenwärtig wirksamen Konstellationen und Kräfteverhältnisse im Aufriß dargestellt.

### Politik als »Krisenmarketing«

Politik ist für Le Pen die »Kunst, die Dinge solange zu wiederholen, bis sie verstanden und angenommen sind.«<sup>5</sup> Zwar kann sich der Front National einerseits auf eine haus-eigene, ihm ideologisch nahestehende kommunikative Infrastruktur stützen — diese reicht vom Parteiorgan *National-Hebdo* über das rechte Kampfblatt *Minute* bis hin zum exklusiven *Figaro-Magazine* —, doch als ungleich bedeutender für das Vorankommen Le Pens als einer sich mit der Fassade politischer Respektabilität umgebenden »vox populi« haben sich die Foren des Show-Staates (»Etat-spectacle«) erwiesen. Le Pen trat im September 1984 zum ersten Mal im öffentlichen Fernsehen auf und schnitt dabei so glänzend ab, daß er die Mitschrift und Videoaufnahmen der Sendung *Heure de Verité* (Stunde der Wahrheit) noch heute verkaufen läßt. Seitdem handeln auch die Fernseh-anstalten die Auftritte des Führers des Front National in halbseitigen Voranzeigen als schauerlich-schöne Highlights der Mediengesellschaft. Daß es Le Pen bislang gelungen ist, seine Auftritte trotz der gegen ihn angesetzten hochkarätigen Gesprächspartner in Personality-shows zu verwandeln und sein Ideologieangebot ungehindert im »Vergrößerungsspiegel« der Medien zu präsentieren, liegt — glaubt man den konsternierten Journalisten — am Sprachgestus des Demagogen.

### Der Sprachgestus Le Pens

Im Gegensatz zur übrigen politischen Nomenklatura Frankreichs, die in den Elite-schulen die immergleiche, hölzerne, vor allem jedoch selbstbezogene Technokraten-sprache eingeübt hat, spricht der Führer des Front National direkt zur *società civile*. Ob er davor warnt, daß »Frankreich zu einem Stundenhotel für 6 Millionen Ausländer verkomme, oder aber prophezeit, »Morgen werden die Immigranten sich in eure Häuser einquartieren, eure Suppe löffeln, mit euren Frauen, Töchtern und Söhnen schlafen«<sup>6</sup>, seine Sprache ist »bewußt direkt, roh, körperlich, nackt«, in hohem Maße erotisiert<sup>7</sup> — und eben volksnah. Die hier im Sprachduktus praktizierte Differenz zur verbalen Gepflegtheit der anderen Politiker ist allerdings nur ein Pfeiler der vom Front

National zum Ausbau seiner Anhängerschaft verfolgten Doppelstrategie: Werden einerseits auch rechte Politiker(innen) wie die für die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung verantwortliche Simone Veil oder die für eine liberale AIDS-Politik eintretende Gesundheitsministerin Michèle Barzac moralisch gelyncht, andererseits AIDS-Kranke zu »sidaïques« (franz. Sida = AIDS), deren Internierung in »sidatorien«<sup>8</sup> Le Pens gesundheitspolitischer Imperativ ist, so wirkt diesem Diskurs der Abgrenzung eine in den letzten Jahren intensivierte Euphemisierungsstrategie entgegen.

### *Imagewechsel des Front National*

Unter der Führung der Nummer Zwei des Front National, dem ehemaligen Neo-Nazi J.P. Stirbois, kam es 1985 zu einer organisatorisch-formellen Anpassung an die politischen Spielregeln: Es wurde nicht nur die vorher lose Parteiorganisation gestrafft, sondern auf dem 7. Parteikongreß entstand auch ein 130 Seiten starkes Programmbuch, in dem sich die Partei in der Person Le Pens als eigentliche politische Alternative präsentiert.<sup>9</sup> Das Projekt enthält allerdings keine elaborierte Programmatik, sondern sucht durch suggestiv-identitätsstiftende, sehr eingängige Sprachformeln eine der »nationalen Präferenz« verpflichtete Geisteshaltung wachzurufen. Wesentlicher Bestandteil der Normalisierungstaktik ist die in den letzten Jahren nach und nach vorgenommene »Verfeinerung« der Führungsmannschaft, in der aus der französischen Elite rekrutierte Experten an die Stelle der kompromittierenden alten Kämpfer getreten sind. Mag diese zwischen bewußter Abgrenzung und Konformismus wechselnde Strategie einen variablen Rahmen abgeben für die Erschließung unterschiedlichster Wählerschichten, so ist der Inhalt der lepenistischen Weltanschauung eindeutig.

### *Le Pens Diskurstechnik*

Die demagogische Rezeptur der von Le Pen offerierten Heilslehre ist simpel: Sie besteht im wesentlichen aus der Neuauflage eines klassischen konservativen Leitmotivs, das Dekadenz und Untergang beschwört und im Gegenzug Rettung, Erneuerung und Wiedergeburt verheißt. Darin eingelassen ist die »moderne« für den Sündenbockmechanismus konstitutive Folge Sicherheit-Immigration-Kriminalität, die demagogisch effektsicher ist, da sie die Sicherheitsproblematik verschmilzt mit dem vorgeblichen Konvergenzpunkt aller Probleme Frankreichs: den Immigranten. Die lepenistische Sozialreligion braucht die mit der ökonomischen Krise aufs Engste verschränkte Identitätskrise, die als soziale (Erosion gewerkschaftlicher Macht, Segmentierung des Arbeitsmarktes, Entsolidarisierung und Marginalisierung), politische (Lähmung der traditionellen Parteien/Legitimationsverlust) und nationale Krise (Entsubstantialisierung des Nationalstaates durch Internationalisierungstendenzen, tradierte Bezugs- und Interpretationsmuster gesellschaftlicher Wirklichkeit aufweicht. In altbewährter Technik wird die zunehmend unbegriffene Wirklichkeit durch die Produktion einer paranoiden Welt-Sicht zuerst re-strukturiert, dann neu interpretiert. Natürlich hat der Front National das Immigrationsproblem nicht erfunden. Doch die realen Probleme werden in apokalyptischen Tableaus so dramatisiert und zugespitzt, daß Fremdenhaß und Rassis-

mus zu einer dem gesunden Menschenverstand (»*bon sens du peuple*«) entspringenden Notwehr (»*legitime défense*«) werden.

### **Die Komposition des Diskurses**

Die Dramaturgie des Mysterienspiels vom Untergang Frankreichs und dessen nationaler Wiedergeburt aus dem Geiste Le Pens liest sich wie folgt:

*Frankreich befindet sich im Niedergang:* Sind der Wohlfahrtsstaat und die »Steuerinquisition« verantwortlich für die ökonomische Krise, so birgt die damit korrespondierende »permissive society« den geistig-moralischen Verfall: Promiskuität, Abtreibungen, Zerfall der Familie und Überfremdung führen zum »demographischen Selbstmord«.

*Die Schuldigen sind bekannt:* Neben der Linken als »innerem Feind« und »fünfter Kolonne Moskaus« werden die Immigranten in effizienter Reduktionslogik — 2,5 Millionen Arbeitslose = 2,5 Millionen Immigranten — als Wurzel allen Übels ausgemacht. Der von Le Pen zu Markte getragene Fremdenhaß richtet sich dabei vor allem auf die aus den ehemaligen französischen Kolonien stammenden Nordafrikaner. Im Gegensatz zum klassischen Sündenbock der Weltgeschichte, den — von Le Pen ebenfalls nicht verschonten — Juden als der Verkörperung des »Glücks ohne Macht, des Lohnes ohne Arbeit, der Heimat ohne Grenzstein« (Adorno/Horkheimer) stehen die Immigranten für Misere und Armut, für den Alptraum der Krise selbst. Darüber hinaus haben sie eine — für die psychologischen Operationen Le Pens relevante — bestimmbare Herkunft: Einerseits lassen sich an ihnen die aus der Entkolonialisierungsphase verbliebenen Rechnungen begleichen, andererseits künden sie als Repräsentanten des Nord-Süd-Konflikts von einer — so Le Pen — weitaus größeren Bedrohung. Sie sind nur die Vorboten jener »Ausgehungerten«, die eines Tages in die »nördliche Hemisphäre ... auf der Suche nach ihrem Überleben« einbrechen werden. Diese »natürlich eher vom einfachen Volk denn vom Bürgertum empfundenen Todesgefahr« vor Augen, tut Rettung not (Le Pen in: *Heure de Verité*):

### **Der Retter ist da**

Als moderne Jeanne d'Arc und Idealbild des Franzosen präsentiert Le Pen eine christliche Abendland- und Identitätsideologie, die sich positiv im Rekurs auf Blut, Boden, Vaterland und Familie, negativ in Aus- und Einschließungslogik (Immigranten, die Linke, AIDS-Kranke als dem Volkskörper Fremdes, ihn Infizierendes, als Nicht-Ich) definiert.

Neben diesem für seine Verführungskraft so ausschlaggebenden Angebot einer Selbstvergewisserung im nationalen Reflex, propagiert Le Pen als »Staatsethiker und Ökonom« unter Berufung auf die moralische und natürliche Ordnung ein »policy-mix«: Starker Staat und ultraliberale Wirtschaftspolitik (Befreit die Unternehmen!), Volkskapitalismus und natalistische Familienpolitik mit Mutterschaftslohn stehen neben Forderungen nach der Abschaffung des Steuerstaates und der Wiedereinführung der Todesstrafe. Und über allem die insbesondere als wirkungsvolle arbeitsmarktpolitische Maßnahme angepriesene »nationale Priorität«.

## Zur Stellung des Front National im politischen Dispositiv Frankreichs

»Das Land ist ungeheuer nüchtern geworden«, so ließ es sich nach den Parlamentswahlen 1986 vernehmen, aus denen die Sozialisten als zwar stärkste Fraktion hervorgegangen waren, die Regierungsmehrheit jedoch an die liberal-konservativen Rechtsparteien U.D.F. und R.P.R. abgeben mußten. Die Rede war von einer »ideologischen Normalisierung«, von einer »Rezentrierung des politischen Lebens« und die ein verfassungsrechtliches Novum darstellende Kohabitation zwischen dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand und dem rechten Premierminister Chirac wurde als »synthetisierende Erwartung einer Quasi-Koalition von rechts und links« interpretiert.<sup>10</sup> Eine so zentristische Topographie der politischen Landschaft Frankreichs unterschlägt allerdings eines: Die Erfolge des Front National haben den Schwerpunkt des politischen Systems verlagert und das gesamte Dispositiv nach rechts verschoben.

### *Respektable und extreme Rechte*

Nachdem Le Pen am 13. September 1987 während eines Interviews in einem folgenreichen Fauxpas die Gaskammern des Holocaust zum »Detailpunkt in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges«<sup>11</sup> bagatellierte und einen derartigen Empörungsturm entfesselte, daß selbst das Hetzblatt »Minute« sich zu einer Richtigstellung seines Meisterdenkers gezwungen sah, scheinen die Grenzen zwischen extremer und gemäßigter Rechter nach vehementen innerparteilichen Auseinandersetzungen insbesondere in der Chiracschen R.P.R. klar gezogen: Jeder Kompromiß zwischen dem Front National und Jacques Chirac oder Raymond Barre vor oder nach dem ersten Durchgang der im Mai stattfindenden Präsidentschaftswahlen sei »nunmehr unvorstellbar«.<sup>12</sup> Dieser neuen Eindeutigkeit im Verhältnis der rechten Familien, der die im Namen der »französischen Volksseele« (France profonde) getroffenen Übereinkünfte auf Regional- und Lokalbasis jedoch weiterhin entgegenstehen, ging eine ambivalente Vorgeschichte voraus: Als Antwort auf die nach einer 23jährigen ununterbrochenen Rechtsherrschaft als quasi illegitim betrachtete Regierungsübernahme durch die Linkskoalition im Mai 1981 setzte die in sich zersplitterte französische Rechte, das »geschlagene Frankreich«, zu einer gemeinsamen ideologischen Frontaloffensive gegen den Sozialismus und dessen sozialdemokratische »Version« an — angeregt durch die Gramsci-Auslegung der neu-rechten Denkfabriken.<sup>13</sup> Über den Ausbau eines komplexen, hier im einzelnen nicht darstellbaren Beziehungsnetzes konservativer Relaisstationen sollte die kulturelle Hegemonie der Linken abgelöst werden.<sup>14</sup> In institutioneller, personeller und ideologischer Verbundenheit arbeiteten die intellektuelle »Neue Rechte« zusammen mit der extremen und Teilen der gemäßigten Rechten an dem ihnen gemeinsamen Ziel, die »egalitaristische Ideologie zu demaskieren«, wobei insbesondere die dem Medienmonopolisten Robert Hersant gehörende Presse einen »versteckten Bürgerkrieg« anzettelte.<sup>15</sup> Auch der offizielle Ton der respektablen Rechten verschärfte sich, nachdem die Europawahlen 1984 gezeigt hatten, daß gerade die traditionellen Rechtsparteien das potentielle Wählerreservoir des Front National stellten. Die Feststellung des Wahlforschers Jaffré, daß die »ideologische Distanz zwischen den Wählern der bürgerlichen

und extremen Rechten gering, die Unterschiede eher gradueller denn grundsätzlicher Natur« seien, findet ihre Resonanz in einer Le Pen auch nicht grundsätzlich, sondern nur graduell nachstehenden Radikalisierung des Chiracschen Diskurses: »Natürlich, gäbe es weniger Immigranten, wären da weniger Arbeitslosigkeit, weniger Spannungen ... und geringere Sozialausgaben.«<sup>16</sup> Auch die Ähnlichkeiten zwischen der gesellschaftlichen Vision Le Pens und dem zu dieser Zeit unter dem Titel »Libres et responsables« (frei und verantwortlich) verabschiedeten Programm der R.P.R. sind kaum zufällig.

Heute bietet sich ein anderes Bild: Die damals angestrebte »Chiracisierung« des Front National ist auf Grund einer Modifikation seiner Wählerstruktur nur noch bedingt möglich. Die Wähler Le Pens sind immer weniger »verlorene Schafe« der klassischen Rechten, sondern es handelt sich bei ihnen um eine Wählerschaft des Protests (électorat de refus), das aus Arbeiter- und Angestelltenschichten stammt, überwiegend männlich und unter 35 ist und einen nur geringen Politisierungsgrad aufweist. Da es hier dem Front National offenbar gelungen ist, ein für die Rechte in ihrer Gesamtheit neuen Wählertypus zu erschließen und sie rein numerisch zu stärken, dürfte vor allem die gemäßigte Rechte (trotz Le Pens für sie unbequemer »Schiedsrichterfunktion« in den kommenden Präsidentschaftswahlen) von der Existenz eines in der Öffentlichkeit zunehmend diskreditierten Rechtsaußen profitieren: Sie kann sich in der expliziten Abgrenzung ein gemäßigt-zentristisches Image geben und profiliert sich doch in der Person ihres Innenministers Charles Pasqua in Fragen der inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. Damit wird sie möglicherweise auch Wähler der extremen Rechten für die gemäßigte Spielart des »Sicherheitsliberalismus — Liberalismus für die gehobenen Einkommenschichten und Sicherheit für die Zurückgebliebenen«<sup>17</sup> einnehmen können.

### *Und die Linke?*

Hatte die sozialistische Partei alleine schon durch ihre Abkehr vom »projet socialiste« und der Wendung zur »Arbeitnehmerspartei der linken Mitte« (auf dem Toulouser Parteitag im Herbst 1985) ein Klima der Desillusionierung und Enttäuschung geschaffen, das den Aufstieg Le Pens begünstigte, so wurde dem Front National auch in konkret-politischer Aktion zunächst nichts entgegengesetzt. Dabei mag das kurzsichtige Kalkül eine Rolle gespielt haben, daß Le Pen die konkurrierenden Rechtsparteien weiter entzweien könnte. Nicht zuletzt unter dem Le-Pen-Effekt wurde auch die Ausweitung des (lokalen) Wahlrechts auf die in Frankreich lebenden Ausländer aufgegeben, die im Projekt der ambitionierten »Neuen Immigrationspolitik« noch vorgeesehen war. Heute mobilisiert die den Sozialisten nahestehende Organisation SOS-Racisme vor allem weite Teile der französischen Jugend im Kampf gegen Rassismus und Intoleranz und steht als »gelebte Antwort« auf die lepenistische Ausschließungslogik für eine von ihrem Chef Harlem Desir bemerkenswert gut vermarktete Vision einer multikulturellen Gesellschaft. Daß dieses kulturelle Gegen-Bild keinen Ersatz für eine globale und kohärente Perspektive zur Überwindung der Krise und ihres ideologischen Symptoms — des Lepenismus als Heilslehre — bieten kann, liegt auf der Hand. Wie

entscheidend jedoch eine programmatische Profilierung für die Linke ist, zeigt der Fall der Kommunistischen Partei. Waren gerade die kommunistischen Wähler am längsten gegen die lepenistische Versuchung resistent, so wird die französische KP seit zwei Jahren auch in ihren Bastionen vom Phänomen Le Pen heimgesucht. Daß die Formel »Le Pen bekämpfen heißt, die Krise bekämpfen« keine kurz- oder mittelfristige Politikalternative ersetzen kann, wird deutlich in dem im Pariser Norden gelegenen Département Seine St.-Denis, das alle Faktoren vereint, die für eine starke Verankerung des Front National charakteristisch sind: Verstärkung, Arbeitslosigkeit, vor allem aus dem Maghreb stammende Immigranten. Nachdem der traditionelle »rote Gürtel« der Pariser Arbeitervorstädte nach und nach durchlässig geworden ist und die KP durch Wahlenthaltungen und Stimmenwanderung Verluste hinnehmen mußte, hat sich der Front National mit bis zu 17 % der Wählerstimmen in Gemeinden und Rathäusern etabliert. Ein Teil dieser Stimmen kommt von einem »électorat populaire«, für das die »traditionelle Opposition links/rechts nicht mehr gilt, das sich vom politischen Leben ein verschwommenes Bild macht und für das die traditionellen Bezüge erloschen sind«. <sup>18</sup>

Frankreich wird sich wohl mit einem »natürlichen Lepenismus« einzurichten wissen — so wie es das bereits mit seiner »natürlichen Arbeitslosigkeit« von über 10 % (die nicht mehr reduziert, sondern »sozial behandelt« wird) und der nunmehr auch »strukturell« gewordenen Neuen Armut getan hat. Daß die französischen Sozialisten diesen »Naturgegebenheiten« nicht beikommen werden, wenn sie alleine auf Francois Mitterrand, den allenfalls ein leicht rosa eingefärbtes Allgemeinwohl verkörpernden »Präsidenten aller Franzosen«, setzen, ist einsichtig. An die Stelle des von der PS vor dem Hintergrund ihrer »Regierungserfahrungen« (culture de gouvernement«) nunmehr betriebenen Zentrismus<sup>19</sup> hätte eine Politik des Möglichen zu treten, die politisch-ökonomische Gestaltungsräume definiert, ausmißt und Handlungsalternativen entwirft. Ansatzpunkte gibt es genug: Neben der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, einer von den Gewerkschaften mitgestalteten Flexibilisierungspolitik und des Ausbaus der (durch die Auroux-Gesetze von 1982 ansatzweise geschaffenen) innerbetrieblichen Mitwirkungsmöglichkeiten sollten Vorschläge zur Reorganisation der französischen Arbeitslosenversicherung, -vermittlung und der beruflichen Weiterbildung Priorität haben. Der »Neuen Armut«, die in Frankreich vor dem Hintergrund einer quasi nicht existenten Sozialhilfe besonders gravierende Auswirkungen hat, könnte durch die Einführung eines garantierten Sozialeinkommens begegnet werden.

## Anmerkungen

- 1 Le Monde, 5.5.1987, S.9.
- 2 Mitte der fünfziger Jahre sammelten sich unter der Führung Pierre Poujades vor allem von der industriellen Modernisierung in ihrer Existenz bedrohte Bauern, Handwerker und Einzelhändler in einer kleinbürgerlichen und rechtspopulistischen Protestbewegung, die 1956 mit 51 Abgeordneten — darunter Le Pen — in der Nationalversammlung vertreten war. Nach de Gaulles Rückkehr an die Macht (1958) verlor der gegen die vorherige (Mitte-)Linksregierung unter Mendès-France gerichtete Poujadismus seine insbesondere im ländlichen Milieu wirksame Anziehungskraft.

- 3 J.-M. Le Pen, *Les Français d'abord*, Paris 1984, S.12.
- 4 M. Winock, »Les flambées du nationalisme français«, in: *L'Histoire* 73, 1984, S.18.
- 5 *Le Monde*, 12.6.1987, S.9.
- 6 Zit. n.: M. Christadler, »Frankreichs Konservative zwischen liberaler Vernunft und rechter Versuchung«, in: *Leviathan*, 2/1986, S.198.
- 7 *Libération*, 17.12.1987.
- 8 *Le Monde*, 10./11.5.1987, S.8; vgl. P.-A. Taguieff, *Les Droites Radicales en France: Nationalisme Révolutionnaire et Nationalliberalisme*«, in: *Les Temps Modernes*, 41, 465-667, 1985, S.1805.
- 9 Vgl. G. Birenbaum, B. François, »Le Front National joue les ambiguïtés«, in: *Projekt* 209, Nov./Dez. 1987; vgl. *Projet de livre programme, 7<sup>e</sup> Congrès du Front National*, 1.-3.11.1985.
- 10 Leggewie, Claus, »Als das Wünschen noch geholfen hat«, in: *Leviathan*, 2/1986, S.171.
- 11 *Le Monde*, 16.9.1987, S.1 u. 8.
- 12 *Le Monde*, 27./28.9.1987, S.8.
- 13 Im Gegensatz zur konservativen Theorielosigkeit und unter Berufung auf den Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens, Antonio Gramsci, der die kulturelle Durchdringung der »società civile« als jeder Revolution zugrundeliegende Vorarbeit beschrieben hatte, entwickelte die innovative Neue Rechte bereits Ende der siebziger Jahre Konzepte und Strategien einer Kulturnrevolution von rechts. Mit Hilfe der Medien soll über die intellektuelle Eroberung und Beherrschung der Öffentlichkeit, über die Meinungsführerschaft im ideologischen Diskurs (»kulturelle Hegemonie«) der Weg bereitet werden für die politische Machtergreifung.
- 14 Vgl. M. Christadler, »Die Nouvelle Droite in Frankreich«, in: I. Fetscher (Hrsg.) *Neokonservative und Neue Rechte*, München 1983.
- 15 *Le Monde Diplomatique*, April 1986, S.8f.
- 16 *Libération*, 30.12.1984.
- 17 M. Christadler, »Frankreichs Konservative ...«, a.a.O., S.197.
- 18 C. Granot, »Le Front National dans L'Hexagone«, in: *M* numéro 12, Juni-Juli 1987, S.20.
- 19 Zur neuen Programmatik der PS vgl. *Le Monde*, 8.1.1988, S.9. Die »Vorschläge« (propositions) der Sozialisten — »ein umfassendes Programm ist nicht mehr zeitgemäß« — äußern sich zurückhaltend zu Arbeitszeitverkürzung und innerbetrieblicher Demokratisierung, fassen Frauenpolitik unter eine geburtenfördernde Familienpolitik. Programmatisch stünde mit den »Vorschlägen« einer — so *Le Monde* — »Verbindung mit der am wenigsten konservativen Rechten Frankreichs« nichts mehr im Wege.

## Interview

### »... die tragenden Säulen dieses neokonservativen Denkbäudes sind zusammengebrochen«

#### Interview mit Peter Glotz\*

*spw:* Beginnen wir mit den in letzter Zeit von Dir verwandten Schlüsselbegriffen der Krise und des Niedergangs des Neokonservatismus. Was verstehst Du darunter?

*Peter Glotz:* Der Neokonservatismus hat insbesondere auf seinem ureigenen Gebiet, der ökonomischen Regulation, und zwar auch in den Augen seiner eigenen Anhänger, versagt. Man muß sich nur einmal die sogenannte angebotsorientierte Politik der Regierung der Vereinigten Staaten vorstellen, die zu einem riesigen Militärkeynesianismus führte und ein gigantisches Budgetdefizit produziert hat, dann weiß man, daß Vertrauen in diese Rezepte inzwischen nicht mehr existiert. Auch der Glaube, daß man eine Volkswirtschaft über die Geldmenge steuern könne oder, genauer gesagt, daß man die Geldwertstabilität und andere Ziele des Stabilitätsgesetzes durch Geldmengenziele beeinflussen könne, ist regelrecht zerstört worden. Selbst die Bundesbank als letzter Hort des Monetarismus hat überlegt, ob sie noch ein neues Geldmengenziel für das laufende Jahr 1988 formuliert. Die anderen nicht-ökonomischen Elemente des Neokonservatismus — Stichwort »Moral and Majority« — sind weg; kein Mensch redet mehr von Schulgebeten, auch nicht in den USA, und das Grundkonzept in der Verteidigungs- und Außenpolitik »superiority first«, also Überlegenheit, ist durch die Gorbatschow-Initiative deutlich aufgeweicht. Das heißt, die tragenden Säulen dieses neokonservativen Denkbäudes sind zusammengebrochen, was allerdings nicht heißt, daß damit die Linke schon ihrerseits kulturelle Hegemonie hätte. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß ein neuer Liberalismus sich an die Stelle des Konservatismus setzt.

*spw:* Du sprichst auch davon, daß sich als mögliche Alternative dazu ein neuer, populistischer Liberalismus durchsetzt. Bist Du der Auffassung, daß es für das bürgerliche Lager möglich ist, ohne gesellschaftliche Regulierung auszukommen?

*Peter Glotz:* Ohne Regulierung würden sie ja nicht auskommen. Auch ein neoliberalistisches Konzept setzt ja Regulierungen durch, nur nicht über den Staat, sondern über die großen Konzerne, unter Umständen im Zusammenwirken mit Einrichtungen wie den Industrie- und Handelskammern und vergleichbaren korporatistischen Elementen, also: Kein Staat kann ohne Regulation existieren. Die Frage ist, wo die Regulatoren

\* Das Gespräch führte für *spw* Uli Schöler.

sitzen. Und beim Liberalismus in einem pluralistischen Konzept sitzen diese Regulatoren eben in bestimmten Vorstandsetagen der Industrie, der großen Dienstleistungsbetriebe, insbesondere der Banken, vor allem im Finanzkapital und nicht so sehr in staatlichen Gebäuden.

*spw:* Beziehen wir das auf Deine Unterscheidung hinsichtlich der verschiedenen ideologischen Strömungen im konservativen Lager. Du unterscheidest drei Strömungen: die klassischen Wirtschaftsliberalen, die christlich-soziale Strömung und die Nationalkonservativen. Ist es nicht eher so, daß Modernisierer auf der einen Seite versuchen, neue Konzepte zu entwickeln, die Regulierungsalternativen beinhalten und sich in Auseinandersetzung befinden mit Konservativen verschiedener Ausprägung?

*Peter Glotz:* Was diese drei Gruppierungen betrifft, ist die christlich-soziale Denkrichtung in den konservativen Sammel- und Volksparteien derzeit sehr schwach. Sie spielt keine große Rolle, die Zukunft der Nationalkonservativen ist noch nicht genau festzustellen. Ich kann durchaus nicht ausschließen, daß sie noch einmal eine bestimmte Konjunktur bekommen. Die stärkste Gruppierung ist zweifellos die wirtschaftsliberale. Und Modernisierung und Modernisierer sind nicht dasselbe. Ich bin dafür, daß die Linke den Begriff der Moderne nicht aufgibt, und ich halte eine Modernisierung im Sinne sozialdemokratischer Politik für denkbar. Das heißt also, durchaus nicht *blinde* Modernisierung, sozusagen nur die Modernisierung des Kapitalstocks, sondern auch eine Modernisierung, die sich auf Lebensqualität bezieht. Für eine solche Veränderung gibt es durchaus auch Bündnispartner in der Industrie und Bündnispartner unter Leuten, die nicht automatisch zu Gewerkschaften und zur SPD gehören. Allerdings ist es bisher nicht gelungen, die möglichen potentiellen Bündnispartner in wirkliche Bündnispartner zu verwandeln.

*spw:* Worin liegen denn die Unterschiede in den konservativen Modernisierungskonzepten etwa eines Lothar Späth (ich denke auch an die Enttabuisierung von Beschäftigungsprogrammen durch Herrn Fink) und sozialdemokratischen Konzepten?

*Peter Glotz:* Ich glaube, man muß selbst zwischen Späth und Fink unterscheiden. Fink versucht, Jakob Kaiser und die Sozialausschüsse in unterschiedlichen ideologischen Ansätzen bis hin zur Deutschlandpolitik wieder zu revitalisieren, während Späth ein cleverer Manager ist, der von Vorstellungen eines christlichen Sozialismus relativ weit entfernt ist. Die Unterschiede der sozialdemokratischen Konzepte zu Späth, um mich darauf einzulassen, liegen sicher darin, daß Sozialdemokraten stärker auf Arbeit, auf den Schutz von Arbeit setzen, daß sie nicht nur die Rolle des Infrastrukturstaates betonen, den auch Späth betont, sondern Infrastrukturstaat *und* Sozialstaat stärker verkoppeln wollen. Also, um ein konkretes Beispiel zu sagen: Die Sozialdemokraten sind für die Ausweitung der Mitbestimmung, zum Beispiel bei den Neuen Technologien. All das ist Späth nicht. Mit Späth begegnen kann ich mich bei einer bestimmten Industriepolitik, wenn es um die Frage geht von Kooperation und unter Umständen auch Konzentration bestimmter Einrichtungen der Industrie, wenn es um die Frage geht, ob ich die Post privatisiere, ob ich dereguliere. Aber bei all den Fragen,

die den Sozialstaat und die Rechte von Arbeitern betreffen, gibt es erheblich unterschiedliche Auffassungen, wohl auch in den *Inhalten* einer künftigen Industriepolitik.

*spw:* Du sprichst in einem Deiner letzten Aufsätze davon, daß die Brüche im konservativen Lager auch mögliche Auswirkungen auf die Parteienlandschaft haben könnten. Welche strategischen Anforderungen ergeben sich daraus für die SPD?

*Peter Glotz:* Derzeit keine taktischen, sondern wirklich nur strategische. Die SPD ist überhaupt erst wieder im politischen Spiel um die Macht, wenn sie auf Bundesebene deutlich über 40 Prozent hat. Dann tritt die Situation ein, daß CDU und FDP in Schwierigkeiten geraten, miteinander eine absolute Mehrheit zu gewinnen, und in diesem Fall gibt es dann in der Tat neue Perspektiven. Das, was zur Zeit im Parteiensystem am interessantesten ist, ist auf der einen Seite das Bröckeln der Grünen. Es gibt eine erhebliche Wahrscheinlichkeit, daß sie sich als Partei nicht konsolidieren können und 1990 nicht mehr im Bundestag sind — und auf der anderen Seite das Aufkommen rechtspopulistischer Strömungen.

Ich glaube, daß die Politik, wie sie die jetzige Koalition in ökonomischen Fragen betreibt, angesichts der auf uns zukommenden tiefen Rezession in der Tat rechtspopulistische Strömungen hervorreibt.

Das ist natürlich eine große Gefährdung der Position der CDU/CSU, aber es ist auch eine gewisse Gefährdung der sozialdemokratischen Position, denn man darf nicht davon ausgehen, daß solche rechtspopulistischen Systeme nur Wähler von der Union abziehen; sie ziehen rund ein Drittel ihrer Wähler auch von uns ab. Das verändert erst einmal wieder für ein paar Jahre das Parteiensystem.

*spw:* Perspektivisch gesehen heißt das, Du rechnest nicht mehr mit der Grünen Partei, sondern allenfalls mit Verwerfungen innerhalb des bisherigen Regierungslagers?

*Peter Glotz:* Ich habe mit der Grünen Partei auf Bundesebene nie gerechnet, sondern immer nur bei einzelnen Landtagswahlen oder Regierungsbildungen in Ländern. Ich war für das hessische Experiment. Ich glaube auch, daß die Grünen als Großstadtpartei noch eine Zeit übrig bleiben. Die Alternative Liste in Berlin (West) oder die Grün-Alternative Liste in Hamburg werden durch eine Krise der Grünen Partei auf Bundesebene noch nicht unter fünf Prozent gedrückt.

Aber als bundesweite Kraft müßte es schon einen riesigen Ruck geben bei den Grünen, damit die jetzige desolante Lage verändert wird. Selbst wenn sie 5,1 Prozent noch einmal kriegen würden — in dem Zustand, in dem sie sich derzeit befinden, ist mit ihnen natürlich keine Regierung zu veranstalten.

*spw:* Hat die SPD selbst ausreichende Alternativen, um der Hegemoniekrise im bürgerlichen Lager zu begegnen?

*Peter Glotz:* Das muß man wohl von Feld zu Feld differenziert sehen. In der Außenpolitik sehe ich gar kein Problem. Das Konzept einer zweiten Ostpolitik, wie es die SPD im Ansatz formuliert hat, ist in sich konsistent und auch überzeugend, ist wohl auch von einer Mehrheit gewollt. Dasselbe gilt für die Konzepte einer wechselseitigen

Verteidigerüberlegenheit in der Sicherheitspolitik. Das ist ein sozialdemokratischer Gedanke oder einer, den die SPD aufgenommen hat, und der wird jetzt massiv von der Sowjetunion und den Warschauer Vertragsstaaten aufgegriffen. Da sehe ich durchaus in sich logische und mehrheitsfähige Alternativen. Das ist nicht in gleicher Weise in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Fall. Hier hängen wir einerseits in der Sozialpolitik noch an manchen Konzepten, von denen ich nicht sicher bin, daß sie auf Dauer wirklich realisierbar sind, wenn man selbst regiert. In der Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik sind unsere positiven Alternativen manchmal nicht ausgearbeitet genug. Einige gibt es schon. Ich denke an das Programm Arbeit und Umwelt.

*spw:* Bedeutet eine gewisse Wandlungsfähigkeit im bürgerlichen Lager, ich denke zum Beispiel an die ideologischen und auch ökonomischen Begleiterscheinungen des Strauß-Besuchs in der Sowjetunion, die Gefahr, daß der SPD Themen genommen werden, daß die SPD, insbesondere in der praktischen Umsetzung, mit ihren Vorstellungen hinterherzuhinken droht?

*Peter Glotz:* Von Hinterherhinken kann keine Rede sein. Wenn Strauß nun nach vielen Jahren, wenn man die Gorbatschow-Phase nimmt, lange nach Willy Brandt, nach Egon Bahr, nach anderen Außenpolitikern der SPD erkennt, daß Gorbatschow ein tiefer Einschnitt für die Sowjetunion ist, dann läuft er uns noch nicht davon. Allerdings, wenn die Union über einen 40- oder 50jährigen Politiker verfügte, der die Wandlungsfähigkeit und das Konstruktionsgeschick von Strauß hätte und vielleicht dann gleichzeitig noch die persönlichen Unarten und die persönlichen Schwierigkeiten des früheren Kandidaten Strauß vermiede, dann würde in der Tat die Gefahr sehr groß, daß ein Wechsel von Kohl auf diesen Mann käme und nicht ein Wechsel von Kohl auf die SPD. Allerdings sehe ich diesen »jungen Strauß« nicht.

*spw:* Ich will die Frage noch einmal konkretisieren. Ich denke insbesondere an die Geschäfte (Airbus) im Zusammenhang mit dem Strauß-Besuch in der Sowjetunion. Ist das ausreichend, was von entsprechenden sozialdemokratischen Landespolitikern in ihren Feldern getan wird, um den Osthandel anzugehen?

*Peter Glotz:* Ich glaube in der Tat, daß wir im Osthandel über eine generelle Diskussion der joint ventures hinaus stärker selbst Politik machen müssen. Nun darf man nicht verkennen, daß Leute wie Späth und Strauß durch ihre enge Verbindung zum Management der Großunternehmen in ihrem Land auch stärker Einfluß ausüben können auf die Sachentscheidungen der Vorstände von MBB, Bosch, Daimler-Benz oder LTU, als das der Bürgermeister von Bremen, von Hamburg oder auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen auf die Unternehmen in seinem eigenen Land kann.

*spw:* Du sprichst nun selbst als mögliche Antwort auf die Krise nicht nur der Konservativen, sondern auch die Krise der Linken von der notwendigen Europäisierung in der Politik und fragst Dich, gibt es diese europäische Linke überhaupt? Wie soll diese Europäisierung aussehen?

*Peter Glotz:* Da gibt es unterschiedliche Argumente. Einige liegen schon im Schoß der gegenwärtigen Politik, es ist der Kampf um eine europäische Zentralbank, um eine

Währungseinheit, um den Binnenmarkt 1990. Es steht zwar nicht sehr gut um diese Projekte, aber immerhin, die Projekte sind definiert. Und hier könnte man durch Entgegenkommen gegenüber dem Delors-Plan schon einige wichtige Schritte machen. Das kann im Prinzip auch Herr Kohl, wenn er will und die Kraft dazu hat. Das ist die eine Ebene. Dann gibt es eine zweite Ebene, die parteipolitische Dimension. Da ist die Tatsache: Die Industrie ist internationalistisch, und die Linke ist national verkapselt. Die Beziehungen zwischen SPD und französischen Sozialisten sind freundlich unverbindlich.

Das gilt sogar noch in höherem Maße für die Gewerkschaften, die ihre Strategie dringend — Stichwort Arbeitszeitverkürzung — miteinander abstimmen müßten, aber im Grunde auch nur zeremoniöse offizielle Kontakte miteinander haben, nicht wirkliche Arbeitskontakte. In diesem Bereich muß, glaube ich, die Europäisierung sehr verstärkt werden. Es gibt auch noch eine dritte Dimension: Das ist die geistig-kulturelle, also das Begreifen, daß Europa gemeinsamer Grund und Boden mit gemeinsamen geistigen Traditionen ist, die sich wehren müssen gegen die Ansprüche einerseits der amerikanischen Supermacht und andererseits des Vielvölkerstaates Sowjetunion. Hier sind wir noch in den allerersten Anfängen. Europa ist auch nicht aufzubauen, keine Leute sind für Europa zu gewinnen mit Debatten über den Agrarmarkt, sondern sehr viel stärker mit dieser kulturell-geistigen Dimension. Sie ist von den BerufsEuropäern und von den Bürokraten in Brüssel und von denen, die von Europa reden, viel zu viel vernachlässigt worden.

*spw:* Nun ist Dein eigener Ansatz des Plädoyers für Europa, insbesondere in Deinem *Spiegel*-Essay, ja der, daß Du sagst, Firmen wie IBM drohen mächtiger zu werden als der Nationalstaat. Wie begegnet man dieser ökonomischen Macht auf europäischer Ebene, reicht — was Du dort als gemeinsames Projekt ansprichst — die Frage der Arbeitszeitverkürzung?

*Peter Glotz:* Es wäre ein Wunder, wenn in einem Essay ausreichende Konzepte für ein neues Europa entwickelt würden, also insofern ist die Antwort natürlich »nein«. Aber ich denke, das erste, was wir machen müssen, wäre, wenn wir eine institutionelle Reform der EG zustande bekommen haben und handlungsfähiger geworden sind, als wir es heute sind, eine gemeinsame europäische Industriepolitik. Also eine Politik, die unterentwickelte Gebiete stärker entwickelt, und einen europäischen Markt für Zukunftsindustrien, und zwar für ökologisch akzeptable Zukunftsindustrien schafft. Es müßte ein starkes Europa geben, zum Beispiel ein Europa der Telekommunikation, das auf der Basis neuer technischer Systeme — z.B. ISDN — auch die europäischen Kapazitäten ausweitet und auf diese Weise nun wirklich auch Arbeit schafft und die Voraussetzungen für Arbeitszeitverkürzung usw. Dazu sind auch inhaltliche Konzepte notwendig. Darunter ist sicherlich eines für uns Sozialdemokraten die Erhaltung des europäischen Sozialstaates. Dazu allerdings sind nun bestimmte Voraussetzungen im Bereich der Industrie und der Dienstleistungen notwendig, und die muß man definieren und damit hat die Linke noch nicht einmal angefangen. Sie werden derzeit eher definiert beim Vorstand von SEL oder ALCATEL, bei Philips in Eindhoven, bei Siemens

in München, bei IBM in den USA oder auch in Stuttgart als in irgendwelchen Partei- oder Gewerkschaftsbüros der Linken, und das ist das Problem.

*spw:* Letzte Frage: Ich habe mit Interesse gelesen, daß Du einen Teil der Linken aufgefordert hast, die Marx-Bände, die sie an die Antiquariate verscherbelt hat, wieder durch Suchanzeigen zurückzuholen. Gleichzeitig sprichst Du davon, daß die SPD mit Recht ein verknöchertes Marxismus-Verständnis aufgegeben hat, daß dies aber zu einem Pragmatismus der Beliebigkeit geführt habe. Wohin soll also die Reise gehen, insbesondere in bezug auf die Parteiprogrammatik?

*Peter Glotz:* Ich erzähle mal eine Geschichte: Kürzlich war bei mir ein hochrangiger ungarischer Wirtschaftswissenschaftler, der mir ernste Bedenken vortrug über die allzu planwirtschaftliche Ausrichtung des Irseer Programmwurfes der SPD. Wenn man nach Sofia oder Budapest fährt, muß man derzeit eher die allzu euphorischen Erwartungen hinsichtlich der sozialen Marktwirtschaft dämpfen, während bei uns manche Leute, die von Marxismus reden, eigentlich immer nur »Planwirtschaft« im Schädel haben. Also, was gut war, ist, daß die SPD sich schrittweise abgelöst hat von einer starren und mit Marx meiner Meinung nach auch gar nicht zu rechtfertigenden bürokratischen Apparatur der Wirtschaftsplanung. Aber falsch ist natürlich, sich zu lösen zum Beispiel von dem Arbeitsbegriff, den Marx erarbeitet hat, sich zu lösen von der Erkenntnis, wie ungeheuer stark die Wirtschaft strukturell politische Entscheidungen vorprägt. Wenn ich heute »Linke« reden höre, dann moralisieren sie manchmal wie evangelische Pastoren. Daß strukturelle ökonomische Gesetzmäßigkeiten existieren, davon hört man heute in Deutschland nur abseitsstehende Akademiker reden. Diese ganze Enkel-Generation, die haben meist nur Günther Anders im Nachtschrank. Dagegen habe ich ja nichts, wenn sie auch noch die *Kritik der Politischen Ökonomie* gelesen hätten, in ihrer Jugend wenigstens. Dieser Trend zu einem doch im Grunde machtlosen Moralisieren, das immer dann, wenn man keine Mehrheit mehr hat, sehr leicht umschlägt in Larmoyanz, ist ein Problem der jüngeren Führungsgeneration der europäischen Linken, nicht in allen Ländern, aber doch in vielen.

### **Wir bitten unsere Leser**

uns aus dem Kreise ihrer Genossen und Freunde  
**Adressen mitzuteilen, an die wir, ohne Kosten**  
 für die Adressaten, **Probenummern** senden können.  
**Jeder neugewonnene Abonnent gibt uns die**  
**Möglichkeit, die SPW. weiter auszubauen**  
**und reichhaltiger zu gestalten.**

## Besprechung

**Feit, Margret: Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik.** Organisation — Ideologie — Strategie, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1987 (241 S., br., 36,- DM)

Daß die »Neue Rechte« in den letzten Jahren an politischem und ideologischem Terrain gewonnen hat, ist keine neue Einsicht. Arno Klönne hat 1984 in seinem Buch »Zurück zur Nation« deutlich gemacht, daß die »Neue Rechte« im Kontext der konservativen Wende einen originären Beitrag zu diesem Prozeß der Umwandlung der Werte leistete. Er hat ihr nicht so sehr im parteipolitischen, als vielmehr im philosophischen und publizistischen Rahmen einen nicht unwichtigen Einfluß zugeschrieben und ihre Rolle bei der Formulierung weltanschaulicher Alternativen zum Prinzip der Gleichheit als »Generalangriff gegen alles aufklärerische Denken« beschrieben.

Margret Feit hat in ihrer Studie nun versucht, diese »Neue Rechte« ihrer organisatorischen wie ideologischen Herkunft und Entwicklung nach zu beschreiben. Daß sie die »Neue Rechte« dabei aus deren Selbstbeschreibung definiert und sich nicht der methodischen Schwierigkeit politikwissenschaftlicher Definitionsversuche, wie sie bei Dudek/Jaschke (1984) unternommen wurden, gestellt hat, mindert den Wert der Arbeit nicht. Sie kommt so zu einer Umfangsdefinition der Personen und Organisationen, der auch aus der vielfältigen Literatur zum Thema Rechtsextremismus und Neofaschismus zuzustimmen ist. Zumindest für den hier anvisierten Zweck, die Frage beantworten zu können, ob die »Neue Rechte« sich ideologisch und organisatorisch von ihren rechtsextremen Ursprüngen getrennt habe, oder ob es sich hier nur um »Rechtsextremismus in neuem Gewand« handele, scheint die Definition ausreichend. Dies vor allem deshalb — und damit nehme ich ein Ergebnis vorweg —, weil die »Neue Rechte« für Margret Feit letztlich doch nur Teil des rechten Lagers ist; die Frage nach der Trennung von diesem nur rhetorischen Charakter hat. Die »Neue Rechte« wird vielmehr als rechtsextreme Antwort auf veränderte gesellschaftliche, politische wie ökonomische Entwicklungen beschrieben und stellt nach Feits Darlegungen eher eine den heutigen politisch-sozialen Verhältnissen optimal angepaßte Variante des Rechtsextremismus dar.

Um dies zu belegen, beschreibt die Autorin die Rechte und ihre politische, organisatorische wie ideologische Entwicklung seit 1945. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik erweisen sich die Konzepte der rechten Sammelparteien als wenig erfolgreich; so bildet sich schon in den fünfziger Jahren ein »neuer Nationalismus« in einer prowestlichen wie einer national-neutralistischen Variante heraus. In letzterer finden sich früh Vertreter der späteren »Neuen Rechten«. Aber erst der Niedergang der NPD nach 1969 bildet den Ausgangspunkt für die organisatorische und publizistische Entstehung der »Neuen Rechten«. Den Anfang bildet die noch von der NPD zum Zwecke der Integration ihres aktionistischen, vor allem jungen Flügels gegründete »Aktion Widerstand«. Hier, so Feit, entstand zum ersten Mal ein »breiter Schirm« der organisatorischen Zusammenarbeit. In Folge behandelt sie dann u.a. so unterschiedliche organisatorische und publizistische Formen wie die Zeitschrift »Mut«, den »Bund nationaler Studenten«, die »revolutionären Basisgruppen«, verschiedene »Koordinationsorgane« der Nationalrevolutionäre, die »Volkssozialisten«, die Zeitschrift »Nation Europa« und die »Aktion Neue Rechte«. Sie kommt dabei zu dem Schluß, daß die Ausdifferenzierung der nationalrevolutionären Kräfte ab ca. 1975 und ihr Versuch des Hineinwirkens ins gesamte politische Spektrum der BRD eine wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme des Kampfes um die Erringung der »kulturellen Hegemonie« war. Parallel zur politisch-gesellschaftlichen Krisenentwicklung seit Mitte der siebziger Jahre habe sich die »Neue Rechte« dann im politisch-ideologischen Feld der BRD etablieren können. Vor allem die verschiedenen nationalrevolutionären Organisationen wie SdV/NRAO, die »Solidaristen« und die Zeitschrift *Criticon* hätten als »Ferment« nicht nur unter den Rechten, sondern sogar in Teilen der Linken, vor allem aber im konservativen Lager gewirkt.

Nach 1980 sei es diesen und weiteren Gruppen wie Zeitschriften gelungen, ihren Aktionsradius auszuweiten und sich im politischen Spektrum zu verankern. Hier findet sich auch der Hinweis auf Zusammenhänge mit der ML-Bewegung, der aber Schwachpunkte der Studie verdeutlicht. Wenn sie schreibt, daß die ML-Bewegung in der BRD nur »eine kleine politische Splittergruppe« gewesen sei, verkennt die Autorin zum einen die nur sehr marginalen Zusammenhänge zwischen Teilen dieser Bewegung und den »Neuen Rechten«, zum anderen aber die Traditionslinien, in denen die ML-Bewegung in ihrer Mehrheit weiter stand und die später eher zu den *Grünen*, aber auch wieder zur neoorthodoxen Linken führte. An dieser Stelle sei weiter angemerkt, daß die Ausführungen zur organisatorischen und personellen Entwicklung bzw. zu deren Zusammenhang sich weitgehend auf die bekannten Untersuchungen von Stöss (1983), Dudek/Jaschke (1984) und einigen anderen beziehen. — Im zweiten Teil der Arbeit wird die ideologische und politische Programmatik der »Neuen Rechten« referiert. Die wichtigsten Aspekte sind dabei: a) die neurechte Erkenntnistheorie, der ein »okzidentales Syndrom« aus einer »europiden Rationalität«, »logischem Empirismus« und »okzidentalem Leistungsprinzip« zu eigen sei, die sich scharf gegen den »Gleichheitsmythos« des »egalitären Universalismus« wende; b) das biologistische Menschenbild des triebbestimmten und durch sein Erbgut determinierten Menschen, woraus sowohl die Notwendigkeit hierarchischer Ordnung als auch ein nach außen gerichteter völkischer Rassismus sowie ein nach innen gerichteter ebensolcher Nationalismus als Identifikationsmodell resultierten; c) die politischen Grundpositionen der »nationalen Identität« oder des Nationalismus und die aus ihm resultierenden Neuordnungsmodelle des »Befreiungsnationalismus« und des großeuropäischen Konzepts des »Dritten Weges« möglichst unter deutscher Hegemonie.

Auch die hier wiedergegebenen Vorstellungen der »Neuen Rechten« sind im wesentlichen schon von Bartsch (1975) dargelegt worden und stellen somit nicht wesentlich neue Erkenntnisse vor. Der letzte Teil, in dem auf die strategischen Konzepte der »Neuen Rechten« eingegangen wird, versucht deutlich zu machen, daß die »Neue Rechte« wohl in der Lage war, Themen zu vergeben und Deutungsmuster zu etablieren, indem sie nicht nur akademische Fragen aufgriff, sondern an »konkreten Bedürfnissen und Ängsten« ansetzte. Die neuen sozialen Bewegungen, die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung, aber auch das konservative Lager boten dazu Ansatzpunkte. Ebenso konstatiert die Autorin, daß Wissenschaftler zunehmend der Rechten ihre Ergebnisse in einer Weise offerierten, die diese in »bisher ungewohnt breitem Maße« politisch nutzen könnten. Verwissenschaftlichung der Argumentation wird hier als wichtiges Kennzeichen der Reorganisation innerhalb der Rechten angeführt, dennoch muß sich die Autorin nach ihrem Begriff von Wissenschaft fragen lassen, wenn sie glaubt, daß die Verwendung wissenschaftlicher Ergebnisse wie wissenschaftlichen Sprachgebrauchs unhinterfragt zum »seriösen Anstrich« gereiche. Ist Wissenschaft denn eine Art wertfreier Vorgang, der nicht mehr nach erkenntnisleitenden Interessen befragt werden muß und nach seinen Voraussetzungen wie Optionen?

Ihre abschließende These, wonach es der »Neuen Rechten« erfolgreich gelungen ist, eine neue, in sich geschlossen argumentierende Ideologie für den Rechtsextremismus bereitzustellen, um »in unverdächtiger Packung die gleichen Thesen« wie früher zu verbreiten, klingt einerseits plausibel, andererseits aber kann diese neue Ideologie — auch nach Feits eigenen Darlegungen — keineswegs als »unverdächtig« gelten; richtig dagegen ist, daß sich das politische Klima in der Bundesrepublik z.T. durch die Rechte selbst in einer Weise gewandelt hat, daß nicht nur Themen wie »nationale Identität«, sondern auch die dazu gehörigen Lösungsmuster als »seriös« bis hinein in die Linke erscheinen. Insoweit ist trotz aller Einschränkungen der Autorin schon zuzustimmen, wenn sie die »Neue Rechte« als eine »Erneuerungsbewegung« dieses Spektrums bezeichnet. Allerdings ist ihre stark personalisierende und argumentationswidergebende Darstellung nicht geeignet, die sozialen und politischen Ursachen dieser Entwicklung zu zeigen. Ein »hilffloser« und nur »anklagender« Antifaschismus hat der hier feststellbaren Entwicklung nichts entgegenzusetzen.

Hartmut Reese (Paderborn)

## Über die Autorinnen und Autoren

*Badekow, Helmut*, geb. 1950; freier Journalist. Mitglied in der IG Druck und Papier

*Bimboes, Detlef*, geb. 1946; Dr.rer.nat., Dipl.-Biologe. Arbeitsgebiet: Schadstoff-Toxikologie. Mitglied in SPD, ÖTV und Touristenverein »Die Naturfreunde«

*Ekkehard Bock*, geb. 1962; Studium der Politikwissenschaft in Bremen, Juso-Unterbezirkvorsitzender Bremerhaven, Mitglied in SPD, HBV, SJD-Die Falken, SHB

*Ewald, Thomas Ralf*, geb. 1957; Bilanzbuchhalter IHK, Diplompädagoge, Mitglied in SJD-Die Falken, SPD und AWO

*Christ, Rainer*, geb. 1953; Soziologe. Mitglied im UB-Vorstand Mainz-Stadt. Mitglied in ÖTV, Falken, SPD

*Gröning, Katharina*, geb. 1957; Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin, Frauenbeauftragte in Maintal (Hessen). Mitglied in SPD, ÖTV und Pro-Familia

*Günther, Joachim*, geb. 1951; Pressesprecher der Berliner SPD-Bundestags- und Europa-Abgeordneten, Mitglied in Redaktion und Geschäftsführung von spw

*Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr.phil., Prof. für Philosophie an der FU Berlin. Veröffentl. u.a.: *Kritik der Warenästhetik* (1971, 1983); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, 1975); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur* (1980); *Der Zeitungsroman oder der Kongress der Ausdrucksberater* (Realsatire, 1980); *Pluraler Marxismus* (1985/87); *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, AS 80 (1986); *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt* (1987). Mitglied in der GEW

*Ingersleben, Sigurd v.*, geb. 1944; Dr.phil., Soziologe/Publizist. Veröffentlichungen zu Wissenschafts- und Medizinthorie; Drehbücher, Rezensionen. Mitglied in SPD und ÖTV

*Karnatz, Michael*, geb. 1955; Gymnasiallehrer für Mathematik/Physik. Mitglied in SPD, GEW, spw-Redaktion

*Machnig, Matthias*, geb. 1960; stellv. Bezirksvorsitzender der Jusos Westliches Westfalen. Mitglied in SPD, GEW, DFG-VK, SHB

*Naumann, Klaus*, geb. 1949; Dr., Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Arbeitsgebiete: Innen- und Gesellschaftspolitik, politisches System der BRD, Technologiepolitik. Mitglied im BdWi

*Reese, Hartmut*, geb. 1949; Soziologe. Arbeitsgebiete: Sozialgeschichte, Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Neue Rechte, Mediensoziologie. Mitglied in der IG Drupa/dju

*Schneider, Kerstin*, geb. 1962; Studium der Politischen Wissenschaft am Institut d'Etudes Politiques Paris und am Otto-Suhr-Institut Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Beschäftigungspolitik, Frankreichforschung

*Wehr, Andreas*, geb. 1954; Jurist, Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) des Landesvorstandes der Berliner SPD. Veröffentlichungen u.a. *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980). Mitglied in SPD, HBV, AWO sowie in Redaktion und Geschäftsführung der spw

*Weinzen, Hans Willi*, geb. 1953; Dipl.-Pol., tätig in der politischen Bildung. Arbeitsgebiete: Deutsche Arbeiterbewegung, Parteien und Verbände, Deutschlandpolitik. Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) und der Berlin-Programm-Kommission der Berliner SPD. Mitglied der SPD, GEW und spw-Redaktion

*Zimmer, Jochen*, geb. 1947; Hochschullehrer am Integrierten Studiengang Sozialwissenschaften der GH Duisburg. Veröffentlichungen u.a.: *Rock-Soziologie* (1981); *Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde – Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung* (Hrsg., 1984); *Jugendbildungsarbeit im Sport* (1984). Mitglied in SJD-Die Falken, Touristenverein die Naturfreunde und GEW



SP-Verlag  
Schüren  
Deutschhaus-  
straße 31  
D-3550 Marburg  
☎ 0 64 21 /  
6 30 84

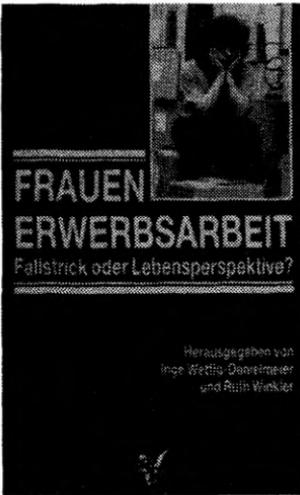
**NEU**

Inge Wettig-Danielmeier  
Ruth Winkler (Hg.)

**FRAUENERWERBSARBEIT**  
Fallstrick oder Lebensperspektive?

1987, 128 Seiten, br., DM 16,80  
ISBN 3-924800-80-4

Welche Zukunft kann angesichts schlechter Ausbildungsbedingungen für Mädchen, stark verbreiteter Frauenarbeitslosigkeit und der Doppelbelastung von Frauen durch Haus- und Erwerbsarbeit Frauenarbeit heute noch haben? Diskussionen, Vorträge und Protokolle zum Thema Frauen zwischen Familie und Beruf. Mit dabei: **Frigga Haug, Annette Kuhn, Herrad Schenk, Ingrid Strobel, Magdalena Hoff u.a.**



Herausgegeben von  
Inge Wettig-Danielmeier  
und Ruth Winkler

☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆

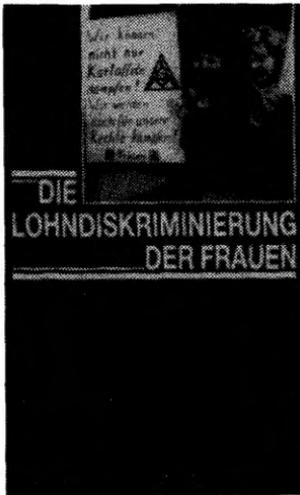
Renate Wald/Ditmar Gatzmaga  
Kerstin Mutz/Vera Wisniewski

»WAS WILL  
DIE DENN HIER?«

Frauen in gewerbl.-techn. Berufen  
1986, 156 Seiten, br., 28.- DM  
ISBN 3-924800-82-0

»Der Verdienst der vorliegenden Untersuchung besteht in der Erhebung qualitativer Daten von Frauen, die nach ihrer Ausbildung im gewerblich-technischen Beruf oder einem verwandten Beruf Fuß zu fassen vermochten und Erfahrungen sammeln konnten.« **Ursula Engelen-Kefer**, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit

☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆☆



Petra Drohsel

**DIE LOHNDISKRIMINIERUNG  
DER FRAUEN**

Lohn und Lohndiskriminierung  
von erwerbstätigen Frauen in der  
Bundesrepublik 1945 - 1984  
1986, 278 Seiten, br., 36.- DM  
ISBN 3-924800-81-2

»Im Lohn für die Erwerbstätigkeit der Frauen spiegeln sich, wie durch ein Brennglas gebündelt, alle geschlechtsspezifischen Diskriminierungen in unserem Lande wider. Die Lohndiskriminierung von Frauen ist zwar allgemein bekannt, doch ein umfassendes Bild ist erst jetzt gezeichnet worden.« **Gisela Kessler**, Frauensekretärin im Hauptvorstand der IG Druck und Papier.

**Bestellungen:**  
Direkt beim  
Verlag oder  
in jeder guten  
Buchhandlung

Detlev Albers/Kurt Neumann (Hrsg.)

**Über Irsee hinaus!**  
Zur Kritik  
am Programmmentwurf  
der SPD



**spw**